



Statistisches Monatsheft Thüringen

Dezember 2010

Zeichenerklärung

- nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt

Anmerkung: Abweichungen in den Summen, auch im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen, erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

Impressum – Statistisches Monatsheft Thüringen

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt

Schriftleitung:

Günter Krombholz

Auskunft erteilt:

Präsidialbereich Grundsatzfragen, Presse
Ronald Münzberg
Telefon 0361 37-84111
Telefax 0361 37-84697
E-Mail: Ronald.Muenzberg@statistik.thueringen.de
Internet: www.statistik.thueringen.de

Satz und Druck:

Thüringer Landesamt für Statistik

Titelfoto:

© PDU - Fotolia.com

Heft-Nr.: 281/10

Preis: 5,00 Euro

ISSN 0948-5449

Bestell-Nr.: 40301

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Statistisches Monatsheft Thüringen

17. Jahrgang • Dezember 2010

Inhalt

Neues aus der Statistik

Lebenserwartung nimmt in Thüringen weiter leicht zu • Mehr als die Hälfte der Thüringer hat Übergewicht _____	3
Weltmännertag am 3. November • Durchschnittliche Kinderzahl je Frau im Jahr 2009 nicht weiter gestiegen _____	4
Demografischer Wandel, Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftigkeit • Altersteilzeit im „Block-Modell“ am beliebtesten bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst in Thüringen _____	5
Zensus 2011 – Erste Befragungen • Januar bis August 2010: Mehr als jede dritte Neugründung eines Einzelunternehmens durch eine Frau _____	6
Januar bis September 2010: Zwei Prozent mehr Schlachtungen • Rangfolge der Thüringer Industrie von Januar bis September 2010 nach Kreisen _____	7
August 2010: Die Thüringer Industrie im deutschlandweiten Vergleich _____	8
September 2010: Weiterhin weniger Unfalltote im Straßenverkehr • Mehr als 8 000 Behandlungsfälle wegen Diabetes mellitus 2009 in Thüringer Krankenhäusern _____	9
Ein Behandlungsfall im Krankenhaus kostete 2009 in Thüringen durchschnittlich 3 423 Euro • Mehr Patienten in den Thüringer Vorsorge- oder Rehabilitations-einrichtungen im Jahr 2009 _____	10
Die Gewerbesteuer ist trotz starken Rückgangs die aufkommensstärkste Steuerart der Gemeinden • Durchschnittshebesätze der Thüringer Gemeinden im Jahr 2009 _____	11
Abfallentsorgung 2009 in Thüringen • Wieder mehr Haushaltsabfälle in Thüringen im Jahr 2009 _____	12
Unfälle mit Wasser gefährdenden Stoffen in Thüringen im Jahr 2009 _____	13
Thüringen aktuell _____	14

Aufsätze

Claudia Staps: Lohnsteuererlegung in Thüringen 2007 _____	29
Regina Dontschew: Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2009 _____	38
Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren _____	49
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren im Überblick _____	55
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Mitteldeutschland _____	56
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Vergleich _____	58
Zahlenspiegel Thüringen _____	60

Neues

Lebenserwartung nimmt in Thüringen weiter leicht zu

Die Lebenserwartung der Thüringer hat weiter zugenommen. Wie aus den Angaben der Sterbetafelberechnung für den aktuellen Zeitraum 2007/2009 hervorgeht, liegt sie jetzt für einen neugeborenen Jungen bei 76,2 Jahren und für ein neugeborenes Mädchen bei 82,0 Jahren. Das sind 6,3 bzw. 5,7 Jahre mehr als vor 18 Jahren (1989/91) und 3,2 bzw. 2,3 Jahre mehr als vor 10 Jahren (1997/99).

Gegenüber der für Deutschland berechneten Lebenserwartung für neugeborene Jungen und Mädchen (77,3 bzw. 82,5 Jahre) liegt sie in Thüringen um fast 1,2 Jahre (Jungen) bzw. 0,5 Jahre (Mädchen) darunter. Im Vergleich mit dem Durchschnitt aller neuen Bundesländer sind es 0,1 bzw. fast 0,4 Jahre und im Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet 1,4 bzw. fast 0,6 Jahre weniger.

Die neueste Berechnung für Thüringen lässt auch bei den älteren Personen einen Anstieg der Lebenserwartung erkennen. So können ein 65-jähriger Mann im Durchschnitt mit weiteren 16,5 Lebensjahren (3,7 Jahre mehr als 1989/91) und eine gleichaltrige Frau mit weiteren 19,8 Jahren (4,0 Jahre mehr als 1989/91) rechnen. Einem 80-jährigen Mann sollten immerhin noch 7,1 Lebensjahre vergönnt sein (1,7 Jahre mehr als vor 18 Jahren) - einer 80-jährigen Frau entsprechend noch 8,4 Jahre (2,0 Jahre mehr als 1989/91).

Die durchschnittliche Lebenserwartung ist eine wichtige theoretische Kennziffer der Sterbetafel und umfasst die durchschnittliche Zahl von zusätzlichen Lebensjahren, die ein Mensch auf Basis der für einen bestimmten Zeitraum (zumeist 3 Jahre) geltenden altersspezifischen Sterblichkeitsverhältnisse voraussichtlich noch leben würde. Sie wird sowohl für Neugeborene als auch für jedes bereits erreichte Alter als fernere durchschnittliche Lebenserwartung berechnet.

Mehr als die Hälfte der Thüringer hat Übergewicht

Im Rahmen des Mikrozensus 2009 - der jährlichen repräsentativen Haushaltbefragung - wurden die in die Befragung einbezogenen Personen gebeten, Angaben zu ihrer Körpergröße und zum Körpergewicht zu machen. Die Beantwortung der Fragen war freiwillig. Rund 75 Prozent der um Auskunft gebetenen Personen im Alter von 18 und mehr Jahren machten hierzu Angaben. Die Thüringer Männer wogen im Durchschnitt 83 Kilogramm bei einer Körpergröße von 1,77 Meter und die Frauen durchschnittlich 69 Kilogramm bei 1,65 Meter.

Die zum Body-Maß-Index (BMI)¹⁾ aufbereiteten Daten zeigen, dass in Thüringen mehr als jeder zweite Erwachsene (56 Prozent) übergewichtig (BMI \geq 25) war.

Auf das Geschlecht bezogen weist der Body-Maß-Index erhebliche Unterschiede auf. So waren Männer mit einem Anteil von 63 Prozent häufiger übergewichtig als Frauen mit 48 Prozent.

Darüber hinaus scheint der Familienstand das Übergewicht zu beeinflussen. Von den ledigen Frauen hat nur jede vierte (25 Prozent) mit Übergewicht zu kämpfen, bei verheirateten Frauen ist das bei jeder zweiten der Fall (53 Prozent).

Verheiratete Männer neigen eher zu Übergewicht als ledige. So haben 7 von 10 verheirateten Männern Gewichtsprobleme (74 Prozent). Bei ledigen Männern ist das bei 4 von 10 der Fall (42 Prozent). Dennoch ist das Übergewicht bei ledigen Männern bei weitem häufiger anzutreffen als bei ledigen Frauen.

Erwartungsgemäß ist das Übergewicht auch vom Alter abhängig. Waren 63 Prozent der Erwachsenen im Alter von 18 bis unter 40 Jahren normalgewichtig (BMI von 18,5 bis unter 25) trifft diese Aussage in der Gruppe der 40 bis unter 65 Jahren nur noch auf fast 4 von 10 Thüringern (37 Prozent) zu.

1) Ein international anerkanntes Maß zur Beurteilung von Übergewicht ist der Body-Maß-Index (BMI= kg/m²). Er errechnet sich aus dem Körpergewicht in Kilogramm dividiert durch die Körpergröße in Metern zum Quadrat. Danach gelten Erwachsene mit einem BMI unter 18,5 als untergewichtig, zwischen 18,5 und unter 25 als normalgewichtig und bei einem BMI von 25 bis unter 30 als übergewichtig bzw. bei größer als 30 stark übergewichtig.

Weltmännertag am 3. November

In Thüringen gibt es nach wie vor mehr Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts. Ende 2009 waren rund 49 Prozent (1,11 Mill.) der 2,25 Mill. in Thüringen lebenden Menschen Jungen und Männer. Dies entspricht - bezogen auf die Gesamtbevölkerung - in etwa dem deutschlandweiten Verhältnis.

Allerdings gleicht sich das Geschlechterverhältnis immer weiter an. 1950 standen - vor allem infolge der Kriege - 1 000 Männern noch 1 252 Frauen gegenüber. 1970 waren es 1 156 und im Jahr 1990 dann 1 095 Frauen je 1 000 Männer.

Ende 2009, fast 60 Jahre später, lag das Verhältnis bei 1 000 zu 1 026 und damit der Gesamt-Parität etwas näher als im Bundesgebiet (1 000 zu 1 040).

Da von den Thüringern, die über 65 Jahre alt sind, nur noch circa 41 Prozent männlichen Geschlechts waren (d.h. 1 417 Frauen auf 1 000 Männer; in Deutschland bei knapp 43 Prozent sind es 1 348 Frauen), lässt das fast ausgeglichene Gesamtverhältnis andererseits auf einen überwiegenden Anteil des „starken Geschlechts“ im Erwerbsaltersbereich schließen. Nur 928 Frauen im Alter von 18 bis unter 65 Jahre kommen hier auf 1 000 Männer (in Deutschland 979 Frauen). Bei den 25 bis unter 40-Jährigen sind es in Thüringen gar nur 850 Frauen (d.h. männlicher Bevölkerungsanteil hier: 54 Prozent), da zählt man in Deutschland in dieser Altersgruppe 973 Frauen je 1 000 Männer (fast 51 Prozent).

Unter allen kreisfreien Städten und Landkreisen gab es Ende 2009 nur im Eichsfeld und im Wartburgkreis einen Männerüberschuss in der Gesamtbevölkerung – hier kamen auf 1 000 Jungen und Männer zusammengefasst nur 987 bzw. 996 Mädchen und Frauen.

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau im Jahr 2009 nicht weiter gestiegen

In Thüringen kamen im Jahr 2009 insgesamt 16 854 Kinder zur Welt, 8 549 Jungen und 8 305 Mädchen. Das waren 478 Kinder weniger als im Jahr zuvor. Damit wurde der Aufwärtstrend von 2007 und 2008 unterbrochen. Das Ergebnis von 2009 wurde in den vergangenen zehn Jahren nur in den Jahren 2005 und 2006 unterboten.

Auch die statistische durchschnittliche Kinderzahl je Frau, d.h. die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern ²⁾, hat sich im Jahr 2009 im Land auf 1,36 Kinder leicht verringert (2008: 1,37 Kinder).

Lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau im Jahr 1990 bei 1,50 Kindern, war deren Entwicklung seitdem rückläufig und erreichte im Jahr 1994 mit 0,77 Kindern je Frau den tiefsten Stand.

Seit 1995 stieg das Geburtenniveau fast stetig an. 2007 und 2008 fiel der Aufwärtstrend wieder deutlicher aus. Die Entwicklung im Jahr 2009 beendet vorläufig den positiven Trend der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau in Thüringen.

Der Trend des steigenden Durchschnittsalters der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder setzt sich auch im Jahr 2009 ungebremst fort. Die Mütter waren bei der Geburt durchschnittlich 29,0 Jahre alt (2008: 28,8 Jahre).

Mit steigender Dynamik setzt sich ein weiterer Trend fort, dass es immer weniger Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren gibt. Gab es im Jahr 1995 noch 523 137 Frauen in dieser Altersgruppe, waren es im Vorjahr noch 393 542 Frauen. 2009 ging deren Zahl um weitere 17 326 auf 376 216 Frauen zurück. Eine Ursache ist das Nachrücken der geburtenschwachen Jahrgänge der 90er Jahre in das Alter, in dem diese selbst Mütter und Väter werden sollten. Gegenwärtig sind die Auswirkungen dieses Prozesses kaum spürbar, aber in wenigen Jahren wird diese Generation das Alter erreicht haben (20-30 Jahre), indem die meisten Kinder geboren werden. Dann ist mit weiteren Geburtenausfällen zu rechnen, die durch eine leichte Zunahme der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau voraussichtlich nicht ausgeglichen werden können.

2) Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern, auch als zusammengefasste Geburtenziffer bezeichnet, gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn sich ihr Geburtenverhalten ausschließlich nach dem aller Frauen zwischen 15 und 44 Jahren im jeweils betrachteten Jahr richten würde.

Demografischer Wandel, Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftigkeit

Die Auswirkungen des demografischen Wandels in Deutschland auf die Zahlen von Krankenhauspatienten und Pflegebedürftigen sind vor zwei Jahren in einer Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder untersucht worden. Mit dem Vorliegen einer neuen Bevölkerungsvorausberechnung sind diese Untersuchungen auf eine aktuelle Grundlage gestellt worden. Zugleich ist der Horizont für die Berechnungen für die Bundesländer von 2020 auf das Jahr 2030 erweitert worden.

Trotz insgesamt rückläufiger Bevölkerungszahlen in den kommenden Jahrzehnten ist mit einem Anstieg der Patientenzahlen in Krankenhäusern zu rechnen. Zu diesem Ergebnis kommen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in einer neuen Gemeinschaftsveröffentlichung.

Für ganz Deutschland beziffert sich dieser Anstieg bis 2030 im Vergleich zu 2008 als Basisjahr auf 8,0 Prozent. Dabei wird ein konstant bleibendes Krankheitsrisiko unterstellt. In den einzelnen Bundesländern wird die Entwicklung der Krankenhaufälle, bezogen auf die Landesbevölkerung, sehr unterschiedlich gesehen. So gibt es allein unter den neuen Bundesländern erhebliche Abweichungen: Während Brandenburg mit knapp 10 Prozent etwa dem Bundestrend entspricht, wird für Mecklenburg-Vorpommern mit 2,3 Prozent ein deutlich geringerer Zuwachs an Patientenzahlen berechnet. Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt weisen jeweils sogar einen Rückgang der Fallzahlen aus, den größten dabei Sachsen-Anhalt mit 7,3 Prozent. In Thüringen werden sich die Fallzahlen nach diesen Berechnungen um 2,6 Prozent verringern. Hauptursache für den Rückgang in Thüringen dürfte die demografische Gesamtentwicklung sein, d.h. trotz zunehmender Überalterung der Gesellschaft gehen die Fallzahlen zurück, da die Gesamtbevölkerungszahl in stärkerem Maße abnimmt.

Der größte Anstieg der Patientenzahlen in Krankenhäusern wurde für die beiden großen Flächenländer Baden-Württemberg und Bayern sowie die beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit Spitzenwerten um 13,5 ... 14,1 Prozent errechnet.

Gegenüber den Krankenhaufällen wird die Anzahl der Pflegebedürftigen deutlich stärker ansteigen, bundesweit um 50,0 Prozent bis 2030, wieder bezogen auf 2008 als Basisjahr und wieder ein gleich bleibendes Pflegerisiko unterstellt. Am geringsten ist der Anstieg in den nördlichen Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit 34,2 und 38,3 Prozent sowie im Saarland mit 34,8 Prozent. Thüringen kommt auf 50,3 Prozent und liegt somit gleichauf mit Sachsen (50,2 Prozent) genau im Bundestrend. Sechs Bundesländer weisen höhere Anstiege auf als Thüringen, den höchsten verzeichnet Brandenburg mit über 70 Prozent.

In absoluten Zahlen bedeutete das für Deutschland im Jahr 2030 rund 1,4 Mill. Krankenhauspatienten mehr als im Jahr 2008, während die Zahl der Pflegebedürftigen um über 1,1 Mill. anwachsen würde. In Thüringen würde die Zahl der Krankenhaufälle in diesem Zeitraum um 15 Tsd. abnehmen, die der Pflegebedürftigen dagegen um 37 Tsd. anwachsen.

Der Publikation ist einleitend eine Betrachtung über die zu erwartenden Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung vorangestellt. Demnach werden – unter den Annahmen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – im Jahr 2030 rund 7,3 Mill. mehr 60-Jährige und Ältere in Deutschland leben (28,5 Mill.) als im Jahr 2009 (21,2 Mill.). Dies entspricht einer Zunahme von 34,5 Prozent. Grundsätzlich wird darüber hinaus angenommen, dass das Risiko, zu erkranken bzw. pflegebedürftig zu werden, verglichen mit den heutigen Verhältnissen sich nicht ändert. Eine zweite Variante, die bei steigender Lebenserwartung tendenziell auch ein sich ins höhere Alter verschiebendes Krankheits- bzw. Pflegerisiko annimmt, wird zum Vergleich daneben gestellt.

Altersteilzeit im „Block-Modell“ am beliebtesten bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst in Thüringen

Von den 69 228 Arbeitnehmern /-innen des öffentlichen Dienstes Thüringens (ohne Bund) waren am 30. Juni 2009 insgesamt 9 244 in Altersteilzeit, davon 6 488 Frauen und 2 756 Männer. Dies entsprach einem Anteil von 13 Prozent an allen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen des öffentlichen Dienstes.

Seit 1998 kann von der gesetzlich oder tarifvertraglich geregelten Möglichkeit einer Altersteilzeitbeschäftigung Gebrauch gemacht werden. Fast jeder Zweite (44 Prozent) der 55- bis 65-jährigen Arbeitnehmer/-innen

im öffentlichen Dienst waren zu Jahresmitte 2009 in Altersteilzeit. Das waren 6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Zur Jahresmitte 2008 befanden sich 8 716 Personen in Altersteilzeit.

Ein Großteil der Altersteilzeitbeschäftigten (96 Prozent) nutzte das sogenannte Block-Modell. Das heißt, in der ersten Hälfte der Altersteilzeit (Arbeitsphase) arbeiten sie im vollen Umfang der bisherigen Arbeitszeit, in der zweiten Hälfte (Freistellungsphase) sind sie von der Arbeitspflicht befreit.

Von den 8 863 Personen, die das Block-Modell nutzen, befanden sich am 30. Juni 2009 bereits 3 835 Personen (43 Prozent) in der Freistellungsphase.

Nur 4 Prozent, nämlich 381 Personen, wählten das Teilzeit-Modell, bei diesem Modell ist die Arbeitszeit variabel vereinbart, von einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit über eine Reduzierung der Arbeitstage pro Woche bis hin zu längeren Freizeitphasen, die sich mit Arbeitszeiten abwechseln.

Im Jahr 1999, im ersten Jahr der Einführung der Altersteilzeit, hatten 775 Arbeitnehmer/-innen des öffentlichen Dienstes, davon 446 Frauen und 329 Männer, das Modell der Altersteilzeit in Anspruch genommen. Seitdem ist die Zahl, vor allem bei den Frauen, kontinuierlich gestiegen.

Die Altersteilzeit war bis Ende 2009 tarifvertraglich für den gesamten öffentlichen Dienst (Bund, Länder und Kommunen) im „Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit“ geregelt. Künftige Regelungen obliegen den unterschiedlichen Tarifparteien.

Zensus 2011 – Erste Befragungen

Dass im nächsten Jahr eine große Volkszählung ansteht, wird sich Gebäude- und Wohnungseigentümern schon in diesen Wochen ankündigen. Das Thüringer Landesamt für Statistik hat bereits mit den Vorbereitungen begonnen und schreibt ab November etwa 300 000 Gebäude- und Wohnungseigentümer bzw. -verwalter im Freistaat an. Im Rahmen dieser Vorbefragung sollen Anschriften und Besitzverhältnisse von Immobilien geklärt werden. Das Anschreiben enthält den Rückmeldebogen zur „Vorbereitung der Gebäude- und Wohnungszählung 2011“, auf dem Anschriften und andere Angaben korrigiert werden können. Die Beantwortung, die auch online möglich ist, dauert pro Gebäude nicht einmal 5 Minuten und sollte innerhalb von 14 Tagen erfolgen.

Diese Vorarbeit erleichtert den Statistikern die Organisation der Gebäude- und Wohnungszählung, die für den Stichtag 9. Mai 2011 angesetzt ist.

Entsprechend einer Verordnung der Europäischen Union sind alle Mitgliedstaaten angehalten, im zukünftig 10-jährigen Turnus, Volkszählungen durchzuführen. Deutschland bildet im europäischen Vergleich eines der Schlusslichter, sodass der Zensus 2011 nicht nur eine umzusetzende Pflicht, sondern auch zwingend erforderlich ist.

Die vorhandenen Daten basieren auf den Volkszählungen 1987 in der BRD und 1981 in der DDR sowie der Gebäude- und Wohnungszählung 1995 in den neuen Bundesländern. Als Entscheidungs- und Planungsgrundlage werden sie durch den Zensus 2011 erheblich verbessert.

Bei der Aufbereitung der Daten, die für den Zensus 2011 erhoben werden, ist der Datenschutz gewährleistet. Alle Informationen von und über Menschen unterliegen abgeschottet, im gesicherten Bereich der amtlichen Statistik, strengsten Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

Januar bis August 2010: Mehr als jede dritte Neugründung eines Einzelunternehmens durch eine Frau

Von Januar bis August 2010 ging die Zahl der Gewerbebeanmeldungen in Thüringen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 688 bzw. 5,5 Prozent auf 11 787 zurück.

Unter den 11 787 Anmeldungen waren 9 970 Neugründungen (84,6 Prozent). Diese neuen Unternehmen wurden von 10 639 Gewerbetreibenden allein oder gemeinsam angemeldet. Das waren 4,4 Prozent weniger als im vergleichbaren Zeitraum 2009.

Mit 3 268 Frauen blieb die Zahl der Neugründerinnen in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Knapp ein Viertel dieser Frauen (732) gründeten neue Betriebe im Handel. Etwa ein Fünftel der Frauen (640) wagte den Schritt in die Selbstständigkeit mit Betrieben zur Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Zu diesen Dienstleistungen gehören zum Beispiel Wäschereien, Frisör- und Kosmetiksalons, sowie Solarien.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres lag der Frauenanteil gemessen an allen Existenzgründern im Gesundheits- und Sozialwesen mit 76,2 Prozent (99 Frauen) und bei der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen mit 72,8 Prozent (640 Frauen) am höchsten. Dagegen blieb das Baugewerbe mit einem Frauenanteil von 5,7 Prozent (67 Frauen) in Männerhand.

Unter den 8 274 neu gegründeten Einzelunternehmen wurde mehr als ein Drittel von einer Unternehmerin angezeigt (2 841 bzw. 34,3 Prozent). Das waren 4,3 Prozent weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Von Januar bis August 2010 meldeten 1 266 Frauen ihre Geschäftstätigkeit im Nebenerwerb an. Das waren 9,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Frauen gründeten in den ersten acht Monaten ein Einzelunternehmen häufiger im Nebengewerbe als Männer; 44,6 Prozent der Existenzgründerinnen, aber nur 38,3 Prozent der Existenzgründer machten sich im Nebenerwerb selbstständig.

Januar bis September 2010: Zwei Prozent mehr Schlachtungen

Von Januar bis September 2010 wurden in Thüringen 1 341 597 als tauglich beurteilte Tiere geschlachtet. Das waren 26 899 Tiere bzw. 2,0 Prozent mehr Schlachtungen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

1 329 517 Tiere wurden gewerblich geschlachtet und 12 080 Tiere waren Hausschlachtungen (knapp ein Prozent aller Schlachtungen).

Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum stiegen die gewerblichen Schlachtungen um 28 239 Stück (+ 2,2 Prozent). Die Hausschlachtungen sanken dagegen um 1 340 Tiere (- 10,0 Prozent).

Nach Tierkategorien differenziert wurden insgesamt 1 276 784 Schweine (gegenüber Januar bis September 2009: + 2,0 Prozent), 59 267 Rinder (+ 4,3 Prozent), 4 633 Schafe (- 9,3 Prozent) und 913 Ziegen und Pferde (- 4,0 Prozent) geschlachtet.

Aus den von Januar bis September dieses Jahres geschlachteten Tieren wurden 136 714 Tonnen Fleisch erzeugt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg die Schlachtmenge damit um 4 197 Tonnen bzw. um 3,2 Prozent.

- Nach Fleischarten differenziert wurden erzeugt:
- 17 614 Tonnen Rindfleisch (Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum: + 4,4 Prozent),
- 118 932 Tonnen Schweinefleisch (+ 3,0 Prozent),
- 115 Tonnen Schaffleisch (- 6,8 Prozent) und
- 53 Tonnen Ziegen- und Pferdefleisch (+ 3,0 Prozent).

Rangfolge der Thüringer Industrie von Januar bis September 2010 nach Kreisen

Die Betriebe in 5 Landkreisen und 2 kreisfreien Städten erwirtschafteten in den ersten neun Monaten 2010 mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes der Thüringer Industriebetriebe mit mehr als 50 Beschäftigten in Höhe von 9,7 Mrd. Euro.

An erster Stelle steht der Landkreis Gotha (1,6 Mrd. Euro) als Umsatzspitzenreiter, die Stadt Eisenach (1,6 Mrd. Euro) als Zweiter und dann der Spitzenreiter des Vorjahres, der Ilm-Kreis (1,5 Mrd. Euro). Es folgten der Wartburgkreis (1,4 Mrd. Euro), der Saale-Orla-Kreis (1,3 Mrd. Euro), der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt (1,2 Mrd. Euro) und die Stadt Jena (1,1 Mrd. Euro).

Vergleichsweise niedrige Umsätze erzielten die Betriebe der Stadt Suhl (89 Mill. Euro) und der Stadt Weimar (171 Mill. Euro).

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Umsatz insgesamt (Exportquote) betrug von Januar bis September 2010 im Durchschnitt 31,4 Prozent und erhöhte sich zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 0,7 Prozentpunkte.

Hohe Exportquoten erreichten die Stadt Jena und der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt mit jeweils 45,2 Prozent, der Kyffhäuserkreis mit 38,5 Prozent, der Landkreis Sonneberg mit 37,8 Prozent, der Ilm-Kreis mit 33,3 Prozent, der Saale-Orla-Kreis mit 32,5 Prozent und der Landkreis Greiz mit 32,1 Prozent.

Lediglich 15,5 Prozent betrug der Anteil des Auslandsumsatzes am Umsatz im Landkreis Nordhausen. Im Landkreis Altenburger Land waren es 17,6 Prozent, in der Stadt Gera 19,0 Prozent und im Landkreis Hildburghausen 20,6 Prozent.

Im Monatsdurchschnitt von Januar bis September 2010 waren in den Thüringer Industriebetrieben 125 Tsd. Personen tätig, 2 118 Personen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Drei kreisfreie Städte und vier Landkreise hatten jedoch einen Zuwachs an Industriebeschäftigten: die Stadt Erfurt mit einem Anstieg von 331 Personen, der Saale-Orla-Kreis (+ 234 Personen), die Landkreise Sonneberg (+ 146 Personen) und Nordhausen (+ 58 Personen), die Städte Gera (+ 153 Personen) und Weimar (+ 36 Personen) sowie der Landkreis Eichsfeld (+ 13 Personen).

Einen hohen Rückgang der Beschäftigtenzahl wiesen vor allem der Landkreis Schmalkalden-Meiningen (- 779 Personen), die Stadt Suhl (- 451 Personen), der Landkreis Gotha (- 428 Personen), der Landkreis Sömmerda (- 275 Personen), die Stadt Jena (- 258 Personen) und der Unstrut-Hainich-Kreis (- 155 Personen) aus.

August 2010: Die Thüringer Industrie im deutschlandweiten Vergleich

Der Umsatz in den größeren Thüringer Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten stieg im August 2010 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um 19,4 Prozent auf 2,1 Mrd. Euro. In der Summe der neuen Bundesländer fiel der Anstieg mit 16,1 Prozent geringer aus. Deutschlandweit war der Umsatzzuwachs mit 19,4 Prozent so hoch wie in Thüringen. Im bundesweiten Ländervergleich erreichte Thüringen den 7. Platz bei der Umsatzentwicklung.

Der Thüringer Absatz auf dem inländischen Markt stieg im August 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat um 19,2 Prozent. In den Industriebetrieben aller neuen Bundesländer und in Deutschland fielen die Zuwächse mit 14,2 bzw. 14,7 Prozent niedriger aus. Mit seinem Umsatzanstieg im Geschäft mit dem Inland rangierte Thüringen auf dem 6. Platz.

Der Auslandsumsatz Thüringens erhöhte sich im August 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat um 19,9 Prozent. In den Industriebetrieben der neuen Bundesländer erhöhte sich dieser um 20,0 Prozent. Deutschlandweit stieg er um 25,7 Prozent und damit deutlicher als in Thüringen. Bei der Entwicklung des Auslandsgeschäftes rangierte Thüringen auf dem 9. Platz der Bundesländer.

Die Exportquote, d.h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, betrug in Thüringen 30,7 Prozent. Damit war sie um 2,9 Prozentpunkte niedriger als die der neuen Bundesländer und lag um 14,3 Prozentpunkte unter dem deutschlandweiten Wert.

Bei der Entwicklung der Beschäftigten lag Thüringen im August 2010 im Vergleich zum Vorjahresmonat mit einem Plus von 0,8 Prozent über der Entwicklung in den neuen Bundesländern. Hier wurde ein Zugang um 0,7 Prozent ermittelt. In Deutschland sank die Beschäftigtenzahl um 1,3 Prozent. Thüringen lag an 2. Stelle aller Bundesländer.

Der Umsatz je Beschäftigten stieg in Thüringen schneller als im Durchschnitt der neuen Bundesländer, jedoch langsamer als im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich der 16 Bundesländer rangierte Thüringen auf Platz 9.

September 2010: Weiterhin weniger Unfalltote im Straßenverkehr

Im September 2010 wurden durch die Thüringer Polizei 4 673 Unfälle aufgenommen. Das waren 86 Unfälle bzw. 1,8 Prozent weniger als im September 2009.

Dabei ist die Zahl der Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen, um 120 Unfälle bzw. 16,9 Prozent auf 591 Unfälle zurückgegangen.

Unfälle mit Sachschaden verzeichneten eine leichte Steigerung um 0,8 Prozent auf 4 082 Unfälle. Mehr als 90 Prozent aller Sachschadensunfälle sind Bagatellunfälle, deren Zahl stieg um 1,1 Prozent. Sachschadensunfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderer berauschender Mittel sanken um 10,3 Prozent auf 35 Unfälle.

Die Zahl der Unfälle, bei denen ein schwerer Sachschaden entstand, wobei mindestens ein Kraftfahrzeug abgeschleppt werden musste, sank um 1,3 Prozent auf 221 Unfälle.

Bei den 591 Verkehrsunfällen mit Personenschaden im September 2010 wurden 770 Personen verletzt und 8 Personen getötet. Damit kamen im September 2010 halb so viele Personen im Straßenverkehr ums Leben als im September 2009.

Unter den Getöteten waren 5 Pkw-Fahrer, ein Motorradfahrer, ein Fahrradfahrer sowie ein Lkw-Fahrer. Damit ist seit vier Monaten die Zahl der Verkehrstoten auf Thüringer Straßen rückläufig.

Von *Januar bis September 2010* ereigneten sich auf Thüringer Straßen 41 586 Straßenverkehrsunfälle. Das waren 371 Unfälle bzw. 0,9 Prozent weniger polizeilich erfasste Unfälle als in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres.

Bei den meisten Unfällen (87,8 Prozent) kam es im Zeitraum Januar bis September 2010 zu Sachschäden. Die Zahl der Sachschadensunfälle stieg dabei leicht um 0,6 Prozent auf 36 519 Unfälle.

Deutlich verringert haben sich die Unfälle mit Personenschaden um 10,6 Prozent auf 5 067 Unfälle.

Bei diesen Unfällen kamen 85 Verkehrsteilnehmer ums Leben, 28 Menschen weniger als von Januar bis September 2009. Auch die Zahl der Verletzten ging um 751 auf 6 580 Personen zurück.

Mehr als 8 000 Behandlungsfälle wegen Diabetes mellitus 2009 in Thüringer Krankenhäusern

Im Jahr 2009 wurden in den Thüringer Krankenhäusern in 8 139 Fällen Patienten wegen Diabetes mellitus vollstationär behandelt. Der Anteil an allen Krankenhausfällen betrug 1,4 Prozent.

Diabetes mellitus ist eine Stoffwechselkrankheit, die chronisch verläuft und deren Kennzeichen erhöhte Blutzuckerwerte sind. Diesen liegt eine Störung oder ein Wegfall der Insulinproduktion oder eine Insulinresistenz zugrunde.

Während in den Jahren 2005 und 2006 mehr Frauen als Männer in Krankenhäusern behandelt wurden (2005: 52,2 Prozent, 2006: 51,3 Prozent), waren 2007 und 2008 die Anteile der Frauen und Männer fast gleich (2007: 50,3 Prozent und 2008: 49,9 Prozent Frauen). Im Jahr 2009 wurden 331 mehr Männer als Frauen vollstationär in Krankenhäusern behandelt. Der Anteil der Männer stieg auf 52,0 Prozent.

Zwei Drittel der wegen Diabetes mellitus vollstationär behandelten Patienten (65,9 Prozent) waren älter als 65 Jahre. Bei den männlichen Patienten betrug der Anteil dieser Altersgruppe 56,1 Prozent und bei den Frauen waren mehr als drei Viertel (76,5 Prozent) älter als 65 Jahre.

Im Jahr 2009 starben 1 366 Thüringer an Diabetes mellitus. Das entsprach einem Anteil von 5,1 Prozent an allen Sterbefällen.

Die Frauen waren - wie auch in den Jahren zuvor - deutlich mehr betroffen als die Männer. Ihr Anteil liegt seit 2005 immer über 60 Prozent. Im Jahr 2005 verstarben 492 mehr Frauen als Männer (65,8 Prozent) an dieser Krankheit. Im Jahr 2007 lag der Anteil bei 61,6 Prozent und im Jahr 2009 bei 65,2 Prozent.

Ein Behandlungsfall im Krankenhaus kostete 2009 in Thüringen durchschnittlich 3 423 Euro

Im Jahr 2009 fielen in den Thüringer Krankenhäusern Gesamtkosten in Höhe von 2,1 Mrd. Euro an. Damit stiegen die Gesamtkosten gegenüber dem Vorjahr um 104 Mill. Euro bzw. 5,2 Prozent.

Fast zwei Drittel der Gesamtkosten (1,3 Mrd. Euro bzw. 60,7 Prozent) waren, wie bereits im Jahr zuvor, Personalkosten. Im Jahr 2009 wurde fast ein Drittel der Personalkosten (402 Mill. Euro bzw. 31,5 Prozent) für den Pflegedienst ausgegeben, 385 Mill. Euro bzw. 30,3 Prozent für den ärztlichen Dienst, 183 Mill. Euro (14,4 Prozent) für den medizinisch-technischen Dienst und 123 Mill. Euro (9,7 Prozent) für den Funktionsdienst.

Mit 790 Mill. Euro entfiel mehr als ein Drittel der Gesamtkosten der Krankenhäuser (37,6 Prozent) im Jahr 2009 auf die Sachkosten. Gegenüber dem Jahr davor erhöhten sich diese um 40 Mill. Euro bzw. 5,3 Prozent.

Von den Sachkosten entfiel im vergangenen Jahr fast die Hälfte (392 Mill. Euro bzw. 49,7 Prozent) auf den medizinischen Bedarf, wie z.B. Arzneimittel, ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente, Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Laborbedarf und Implantate.

Fast 13 Mill. Euro brachten die Krankenhäuser für Zinsen und ähnliche Aufwendungen sowie für Steuern auf. Die Kosten für Ausbildungsstätten und die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds betragen zusammen mehr als 22 Mill. Euro.

Werden die Gesamtkosten bereinigt um Bestandteile, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der stationären Leistungserbringung anfallen, wie z.B. Kosten der Ambulanz sowie Kosten für wissenschaftliche Forschung und Lehre, so erhält man die pflegesatzfähigen Kosten. Diese können wiederum auf die aufgestellten Betten, Behandlungsfälle und auf die Berechnungs- und Belegungstage bezogen werden.

Im Jahr 2009 betragen die pflegesatzfähigen Kosten 1,9 Mrd. Euro. Sie stiegen gegenüber dem Jahr davor um 4,8 Prozent (2008: 1,8 Mrd. Euro).

Für einen Berechnungs- und Belegungstag im Krankenhaus, bezogen auf die pflegesatzfähigen Kosten, wurden im Jahr 2009 durchschnittlich 419 Euro ermittelt. Das waren 19 Euro mehr als im Jahr 2008.

Bei einer durchschnittlichen Verweildauer der stationär behandelten Patienten von 8,2 Tagen (2008: 8,3 Tage) ergaben sich rein rechnerisch je Behandlungsfall von der Einlieferung bis zur Entlassung Kosten in Höhe von 3 423 Euro (2008: 3 308 Euro).

Die durchschnittlichen Kosten je Krankenhausbett beliefen sich im vergangenen Jahr auf 118 796 Euro (2008: 114 214 Euro).

Mehr Patienten in den Thüringer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Jahr 2009

Im Jahr 2009 gab es in Thüringen 36 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit 6 076 Betten. Das waren 82 aufgestellte Betten weniger (- 1,4 Prozent) als im Jahr 2008.

Die Anzahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen hat sich dagegen seit dem Jahr 2005 nicht verändert.

Allein 7 dieser Einrichtungen mit rund einem Viertel aller aufgestellten Betten (1 578 bzw. 26 Prozent) waren im Wartburgkreis ansässig. Jeweils 4 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen gab es in den Landkreisen Hildburghausen und Weimarer Land (762 bzw. 716 Betten).

Von diesen 36 Einrichtungen verfügten 18 über eine Fachabteilung Orthopädie, 17 über eine Fachabteilung Innere Medizin, 9 über eine Fachabteilung Psychotherapeutische Medizin. In jeweils 6 Einrichtungen gab es die Fachabteilungen Kinderheilkunde bzw. Neurologie.

Im Jahr 2009 wurden in den 36 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 68 368 Patienten vollstationär behandelt. Das waren 2 349 Fälle mehr als im Jahr zuvor und entsprach einem Anstieg um 3,6 Prozent.

Dadurch stieg der Nutzungsgrad der Betten von 76,6 Prozent im Jahr 2008 auf 80,7 Prozent im Jahr 2009. Im Jahr 2005 lag dieser Wert noch bei 66,9 Prozent.

Die Patienten verbrachten im Jahr 2009 - wie im Jahr zuvor - durchschnittlich 26,2 Tage in einer Kureinrichtung. Dabei gab es in den einzelnen Fachabteilungen große Unterschiede. So betrug die durchschnittliche Verweildauer in der Fachabteilung Orthopädie 21,9 Tage und in der Fachabteilung Psychiatrie und Psychotherapie 87,8 Tage.

Um diese 68 368 Patienten kümmerten sich 294 hauptamtliche Ärzte. Im nichtärztlichen Bereich waren 2 980 Personen um das Wohl der Patienten besorgt, darunter 738 Personen als Pflegepersonal und 941 Personen im medizinisch-technischen Bereich.

Die Gewerbesteuer ist trotz starken Rückgangs die aufkommensstärkste Steuerart der Gemeinden

Die Gewerbesteuereinnahmen der Thüringer Gemeinden beliefen sich im ersten Halbjahr 2010 auf 227 Mill. Euro netto, das heißt nach Abzug der an Bund und Land zu zahlenden Gewerbesteuerumlage.

Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum waren das 35 Mill. Euro bzw. 13,3 Prozent weniger.

Trotz des gesunkenen Aufkommens ist die Gewerbesteuer für die Gemeinden die aufkommensstärkste Steuerart. Ihr Anteil am Gesamtaufkommen an Steuern und steuerähnlichen Einnahmen betrug Mitte 2010 rund 50 Prozent.

Die Gewerbesteuer gibt es seit 200 Jahren. 1810 führte Preußen eine Gewerbesteuer per Edikt ein. 1936 wurde die Gewerbesteuer dann flächendeckend eingeführt. Seit Gründung der Bundesrepublik folgten viele Reformen - zuletzt 2008 bei der Unternehmenssteuerreform.

Durchschnittshebesätze der Thüringer Gemeinden im Jahr 2009

Bei Standortentscheidungen von Unternehmen oder für private Grundstückskäufe können die Hebesätze³⁾ der Realsteuern eine wichtige Rolle spielen. Ihre Höhe hat aber auch Auswirkungen auf die Höhe der Steuereinnahmen der Gemeinden. Die Hebesätze werden von den Gemeinden selbst festgelegt.

Der gewichtete durchschnittliche Hebesatz für die Gewerbesteuer 2009 lag in Thüringen bei 341 Prozent. Geringere Hebesätze hatten im Durchschnitt die Gemeinden der Länder Brandenburg und Schleswig-Holstein mit 321 bzw. 337 Prozent. Der Durchschnitt aller Flächenländer betrug 383 Prozent.

Der Durchschnittshebesatz für die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) lag 2009 in Thüringen bei 237 Prozent. Nur Nordrhein-Westfalen wies mit 220 Prozent einen geringeren Durchschnittshebesatz aus. Im Durchschnitt aller Flächenländer waren es 297 Prozent für die Grundsteuer A.

3) Hebesätze sind prozentuale Steuersätze der Realsteuern (Gewerbesteuer; Grundsteuer A und B). Sie werden auf die vom Finanzamt ermittelten Steuermessbeträge angewandt. Die Höhe der Hebesätze wird von den Gemeindevertretungen im Rahmen der Haushaltsplanung festgelegt.

Für die Grundsteuer B (bebaute und unbebaute Grundstücke) wurde für Thüringen ein durchschnittlicher Hebesatz von 335 Prozent ermittelt. Alle neuen Bundesländer hatten höhere Hebesätze, von 359 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern bis 448 Prozent in Sachsen. Der Durchschnitt der Flächenländer betrug 379 Prozent.

Abfallentsorgung 2009 in Thüringen

Das an die 270 Thüringer Abfallanlagen (z.B. Kompostierungsanlagen, Feuerungsanlagen und Deponien) im Jahr 2009 angelieferte Abfallaufkommen betrug nach vorläufigen Ergebnissen mehr als 5 Mill. Tonnen. Das waren knapp 63 Tsd. Tonnen bzw. 1,2 Prozent weniger als im Jahr 2008.

Etwa 3 Mill. Tonnen bzw. mehr als drei Fünftel (63,4 Prozent) des Abfallaufkommens (darunter 1 Mill. Tonnen betriebseigene Abfälle) kamen aus Thüringen selbst. Während die Abfälle aus dem eigenen Bundesland um 115 Tsd. Tonnen zunahmen, wurden entgegen dem Trend der letzten vier Jahre rund 186 Tsd. Tonnen weniger Abfall aus anderen Bundesländern angeliefert.

Aus dem Ausland kam mit 73 Tsd. Tonnen bzw. 1,4 Prozent (2008: 66 Tsd. Tonnen) noch vergleichsweise wenig Abfall in den Freistaat. Hier ist die Tendenz steigend.

Rund 320 Tsd. Tonnen bzw. 6,1 Prozent der im Jahr 2009 an die Thüringer Abfallanlagen angelieferten Abfälle wurden deponiert. Der weitaus größere Teil wurde direkt oder über verschiedene Behandlungsanlagen einer Verwertung zugeführt.

Knapp 1,2 Mill. Tonnen wurden in Feuerungsanlagen energetisch und rund 322 Tsd. Tonnen Abfall thermisch verwertet.

Stofflich verwertet wurden fast 3,5 Mill. Tonnen. Mehr als ein Viertel der stofflichen Verwertung erfolgte mit 876 Tsd. Tonnen in den Kompostierungsanlagen, das waren 31 Tsd. Tonnen mehr als im Jahr zuvor.

Wieder mehr Haushaltsabfälle in Thüringen im Jahr 2009

Im Jahr 2009 wurden in Thüringen rund 891 Tsd. Tonnen Haushaltsabfälle eingesammelt. Damit ist das Abfallaufkommen - entgegen dem Trend der Vorjahre - im vergangenen Jahr um 27 Tsd. Tonnen bzw. um 3,2 Prozent angestiegen.

Je Einwohner waren das im Jahr 2009 durchschnittlich 396,1 Kilogramm Haushaltsabfälle; 15,2 Kilogramm mehr als im Jahr zuvor.

Das Abfallaufkommen in Thüringen setzte sich überwiegend aus Hausmüll, getrennt erfassten Wertstoffen, organischen Abfällen und Sperrmüll zusammen.

Auf den von der öffentlichen Müllabfuhr eingesammelten Hausmüll⁴⁾ entfielen 348 Tsd. Tonnen oder 154,8 Kilogramm je Einwohner. Im Gegensatz zu den letzten drei Jahren ist erstmals wieder ein leichter Anstieg dieser Abfallmenge um mehr als 2 Tsd. Tonnen bzw. um 2,2 Kilogramm je Einwohner zu beobachten.

Mehr als die Hälfte, 459 Tsd. Tonnen, der in den Haushalten eingesammelten Abfälle wurden im Jahr 2009 getrennt gesammelt (51,6 Prozent). Dies waren 17 Tsd. Tonnen bzw. 3,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Davon waren knapp 293 Tsd. Tonnen getrennt erfasste Wertstoffe, wie Papier, Glas und gemischte Verpackungen und fast 167 Tsd. Tonnen organische Abfälle⁵⁾. Während bei den getrennt erfassten Wertstoffen nur ein Zugang von rund 2 Tsd. Tonnen zu beobachten war, stieg das Aufkommen an organischen Abfällen um 16 Tsd. Tonnen oder um 10,4 Prozent. Das entspricht einer Menge von 74,1 kg je Einwohner (2008: 66,6 kg).

4) einschließlich hausmüllähnliche Gewerbeabfälle

5) Abfälle aus der Biotonne und biologisch abbaubare Abfälle (aus Garten- und Parkabfällen)

An Sperrmüll wurden außerdem 76 Tsd. Tonnen von den Haushalten abgeholt.

In den kreisfreien Städten und Landkreisen fielen die eingesammelten Mengen sehr unterschiedlich aus. Unter den kreisfreien Städten Thüringens wies die Stadt Weimar mit 200,5 Kilogramm je Einwohner die höchste Hausmüllmenge auf. Am geringsten war sie mit 128,9 Kilogramm in der Stadt Eisenach. Dagegen betrug die Hausmüllmenge je Einwohner in den Landkreisen durchschnittlich 149,5 Kilogramm. Am höchsten war sie mit 220,5 Kilogramm im Weimarer Land, am niedrigsten mit 77,7 Kilogramm im Landkreis Gotha.

Unfälle mit Wasser gefährdenden Stoffen in Thüringen im Jahr 2009

Wassergefährdende Stoffe sind in unserem Alltag allgegenwärtig, und zwar sowohl im gewerblichen wie auch im privaten Bereich. Sie sind nach Art und Menge geeignet, die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Wassers nachteilig zu verändern.

In Thüringen wurden im Jahr 2009 insgesamt 80 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen gemeldet, von denen 79 ausgewertet werden konnten.

Unfälle sind plötzlich auftretende unvorhersehbare, zufällige Ereignisse, deren Häufung von Jahr zu Jahr kaum absehbar ist. Die Ursache bei mehr als der Hälfte aller Unfälle war auf menschliches Fehlverhalten zurückzuführen.

In mehr als 77 Prozent aller Fälle liefen Mineralölprodukte wie Kraftstoffe oder Motoren-, Getriebe-, Hydrauliköle aus. Trotz des hohen Anteils an der Unfallzahl ist der Anteil an der freigesetzten Gesamtmenge wassergefährdender Stoffe gering und liegt mit knapp 24,2 Kubikmeter (m³) bei 4 Prozent. Die Mehrzahl (47) der 61 Unfälle mit Mineralölprodukten ereignete sich im Verkehr durch Lkw oder Pkw. Die anderen 14 Unfälle wurden u. a. beim Umgang in Betriebsanlagen und auch als illegale Entsorgungen registriert. Knapp 95 Prozent der ausgelaufenen Mineralöle konnten wiedergewonnen oder einer geordneten Entsorgung zugeführt werden.

Rund 96 Prozent (574 m³) aller freigesetzten wassergefährdenden Substanzen kamen im Jahr 2009 aus der Rubrik "Sonstige Stoffe", zu denen auch Jauche, Gülle oder andere Abwässer zählen. Diese Stoffe sind meist keiner Wassergefährdungsklasse zugeordnet, aber auf Grund der bei einem Unfall austretenden sehr großen Mengen bergen sie dennoch ein gewisses Gefahrenpotential.

Insgesamt mussten fast 800 Kubikmeter kontaminiertes Material, wie z. B. verunreinigtes Erdreich, ausgehoben, aufbereitet oder entsorgt und durch unbelastetes Material ausgetauscht werden.

Bei den Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen kam es auch zu Verunreinigungen von Oberflächengewässern: In 25 Fällen wurden Flüsse und Seen beeinträchtigt, dabei wurden 8 Fälle mit zum Teil erheblichem Fischsterben angezeigt.

Edgar Freund
 Telefon: 0361 37-84114; e-mail: edgar.freund@statistik.thueringen.de

Thüringen aktuell

Im Monat September 2010 hat sich das wirtschaftliche Wachstum im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vormonatsmonat deutlich erhöht (bei gleicher Zahl an Arbeitstagen), was sich sowohl beim Umsatz, bei der Produktivität, bei den Auftragseingängen als auch bei den Beschäftigtenzahlen widerspiegelte. Im Vergleich zum Vormonat sind die genannten Kennziffern ebenfalls angestiegen (bei wiederum gleicher Zahl an Arbeitstagen).

Im Bauhauptgewerbe lagen Umsatz, Produktivität und Auftragseingänge über den Werten des Vormonats, jedoch unter den vergleichbaren Vorjahreswerten. Die Beschäftigtenzahl lag auf dem gleichen Niveau wie im Vormonat und war damit etwas höher als im September 2009.

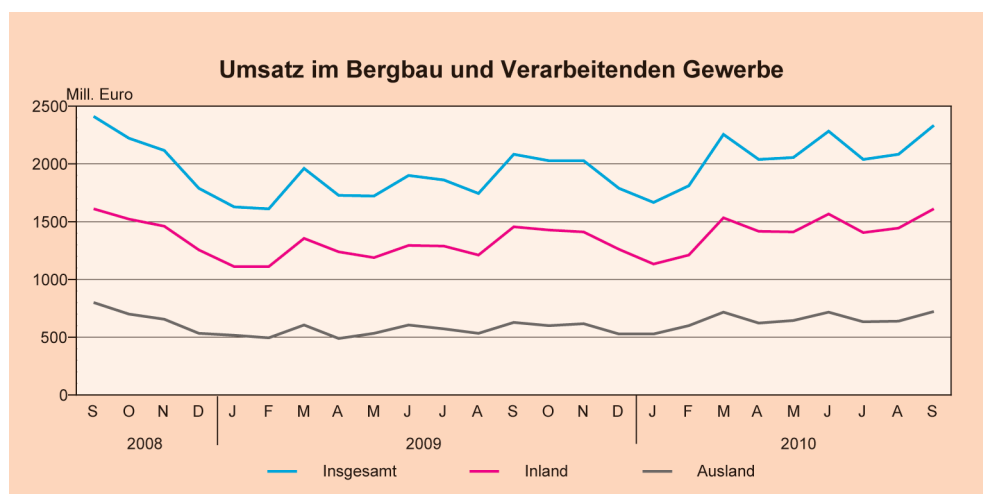
Im Ausbaugewerbe lagen die Kennziffern Umsatz, Produktivität und Beschäftigtenzahlen über den Werten des Vorquartals und auch über den vergleichbaren Vorjahreswerten.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im September gegenüber dem Vormonat weiter zurückgegangen und lag deutlich unter der vergleichbaren Vorjahreszahl.

Umsätze stiegen gegenüber Vormonat bzw. Vorjahresmonat deutlich an

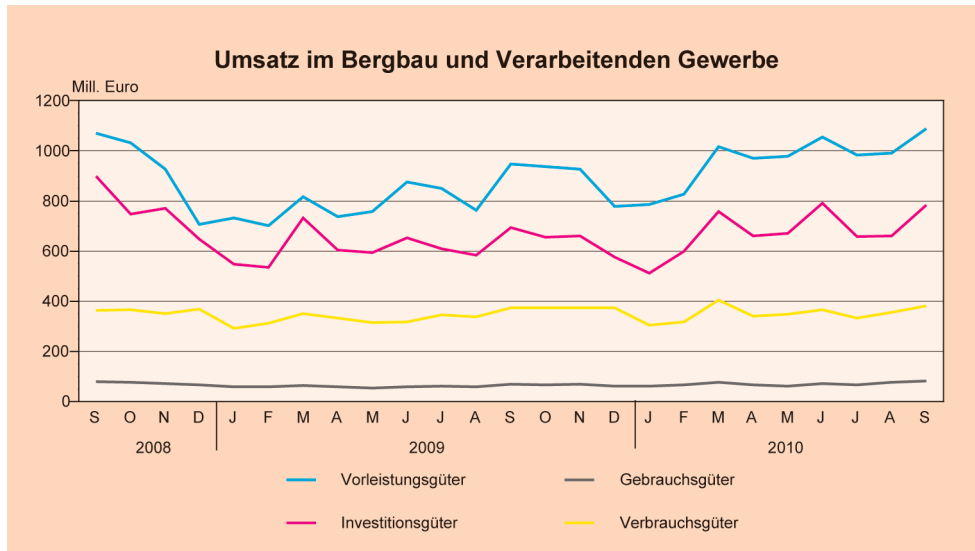
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe wurde von den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten im Monat September 2010 ein **Gesamtumsatz** von 2 336 Mill. Euro (davon 1 613 Mill. Euro Inlandsumsatz und 723 Mill. Euro Auslandsumsatz) erzielt, 12,1 Prozent mehr als im Vormonat (bei gleicher Zahl an Arbeitstagen). Gegenüber September 2009 ist der Umsatz um 12,0 Prozent angestiegen (bei ebenfalls gleicher Zahl an Arbeitstagen). Der Anstieg gegenüber September 2009 erfolgte sowohl beim Inlandsumsatz (+ 10,8 Prozent) als auch beim Auslandsumsatz (+ 14,8 Prozent). Durch den stärkeren Anstieg des Auslandsumsatzes erhöhte sich die **Exportquote** von 30,2 Prozent im September 2009 auf 31,0 Prozent im September dieses Jahres.



Eine Umsatzsteigerung zum gleichen Vorjahresmonat konnten alle vier Hauptgruppen erzielen, darunter hatten die Gebrauchsgüterproduzenten (+ 18,3 Prozent) und die Vorleistungsgüterproduzenten (+ 15,0 Prozent) die höchsten Anstiege zu verzeichnen.

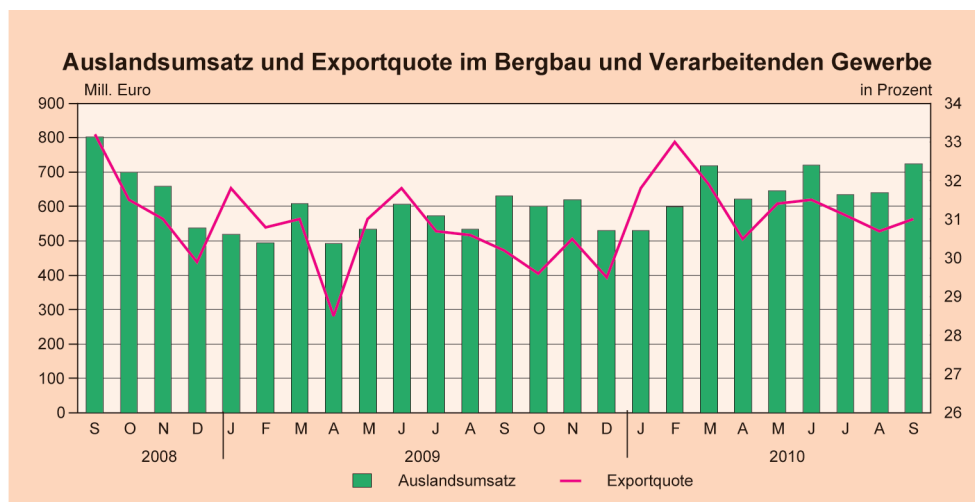
Gebrauchs- und Vorleistungsgüterproduzenten erzielten höchste Umsatzsteigerungen gegenüber Vorjahresmonat



Bei einer kumulativen Betrachtung der Monate Januar bis September 2010 betrug der Anstieg des Gesamtumsatzes (18,6 Mrd. Euro) in den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum 14,3 Prozent bzw. 2,3 Mrd. Euro (bei einem Arbeitstag mehr). Während sich der Inlandsumsatz in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 13,1 Prozent auf 12,7 Mrd. Euro erhöhte, stieg der Auslandsumsatz um 16,9 Prozent auf 5,8 Mrd. Euro an. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz erhöhte sich dadurch in diesem Zeitraum von 30,7 Prozent im Jahr 2009 auf 31,4 Prozent im Berichtsjahr.

Die höchste Exportquote wies nach wie vor die Gruppe der Investitionsgüterproduzenten aus, die mit 38,9 Prozent auch um 0,2 Prozentpunkte höher war als im Vorjahreszeitraum. Die niedrigste Exportquote hatte mit 15,8 Prozent die Gruppe der Verbrauchsgüterproduzenten, wobei diese Hauptgruppe die einzige war, in der die Exportquote gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückging (- 1,1 Prozentpunkte).

Höchste Exportquote weiterhin bei den Investitionsgüterproduzenten



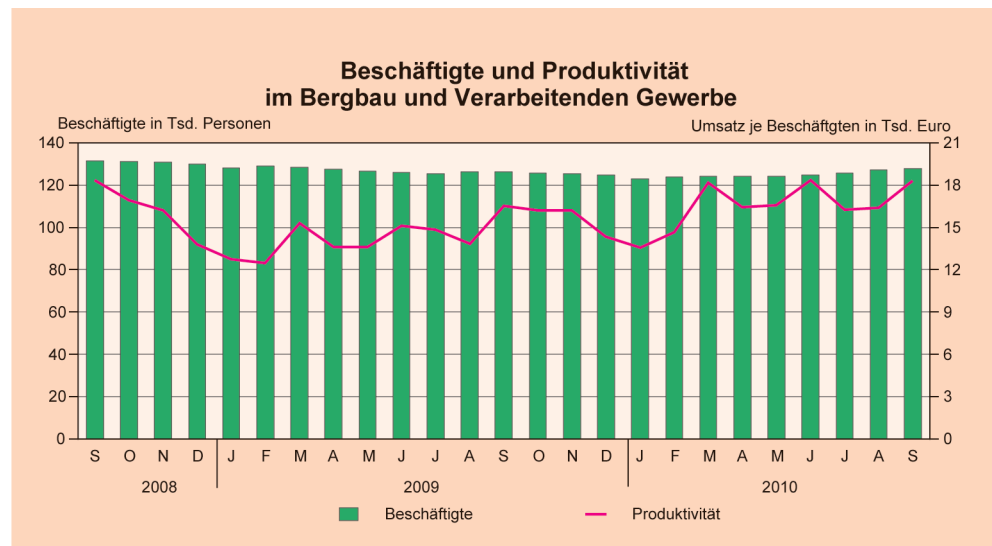
In den ersten drei Quartalen dieses Jahres stieg der Umsatz in allen vier Hauptgruppen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum an, wobei die Vorleistungsgüterproduzenten mit 21,0 Prozent den höchsten Anstieg verzeichnen konnten.

Beschäftigtenzahl angestiegen

Die Zahl der **Beschäftigten** im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten) hat sich im September 2010 gegenüber dem Vormonat etwas erhöht (+ 0,4 Prozent bzw. + 484 Personen) und war mit 127 715 Personen auch um 1,1 Prozent bzw. 1 438 Personen höher als im gleichen Vorjahresmonat.

Im Vergleich zum Monat September 2009 hat sich die Beschäftigtenzahl in allen vier Hauptgruppen erhöht, darunter am stärksten bei den Vorleistungsgüterproduzenten (um 1,4 Prozent bzw. 837 Personen) und bei den Verbrauchsgüterproduzenten (+ 2,5 Prozent bzw. + 509 Personen).

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl war in den ersten drei Quartalen dieses Jahres jedoch noch um 1,7 Prozent (- 2 118 Personen) niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dieser Rückgang erfolgte bei den Gebrauchsgüterproduzenten (- 3,7 Prozent), den Investitionsgüterproduzenten (- 3,5 Prozent) und den Vorleistungsgüterproduzenten (- 1,9 Prozent). Bei den Verbrauchsgüterproduzenten stieg die durchschnittliche Beschäftigtenzahl um 3,6 Prozent an.



Produktivitätsniveau deutlich angestiegen

Der **Umsatz je Beschäftigten** (Produktivität) erreichte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im September 2010 mit 18 289 Euro einen um 11,7 Prozent höheren Wert als im Vormonat und lag auch um 10,8 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert.

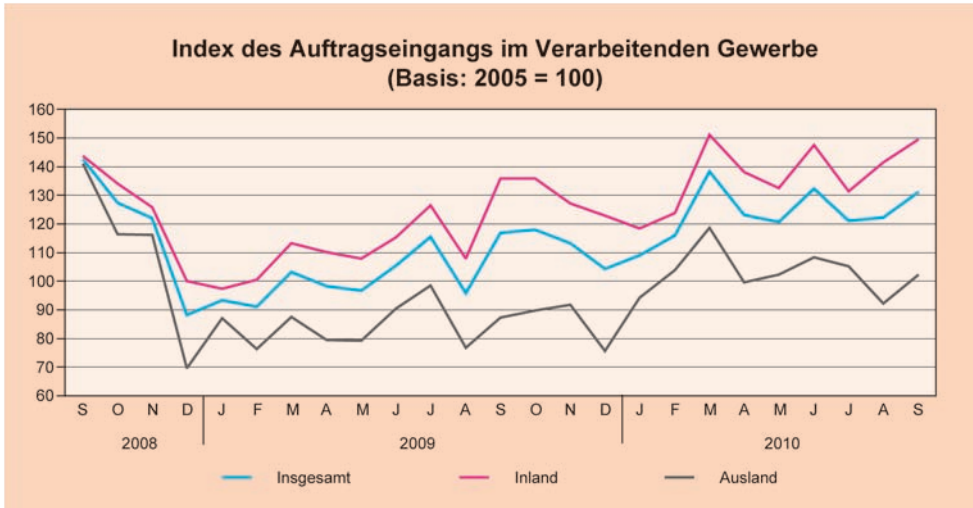
In den ersten drei Quartalen 2010 konnte ein Produktivitätsanstieg gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 16,3 Prozent verzeichnet werden. Der Produktivitätsanstieg erfolgte in allen vier Hauptgruppen, darunter am deutlichsten bei den Vorleistungsgüterproduzenten (+ 23,3 Prozent).

Die geleisteten **Arbeitsstunden** waren im Monat September 2010 mit 18,1 Mill. Stunden um 3,7 Prozent höher als im Vormonat und auch um 5,5 Prozent höher als im September des Vorjahres. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug 6,4 Stunden (September 2009: 6,2 Stunden; August 2010: 6,2 Stunden).

Auftragslage hat sich weiter verbessert

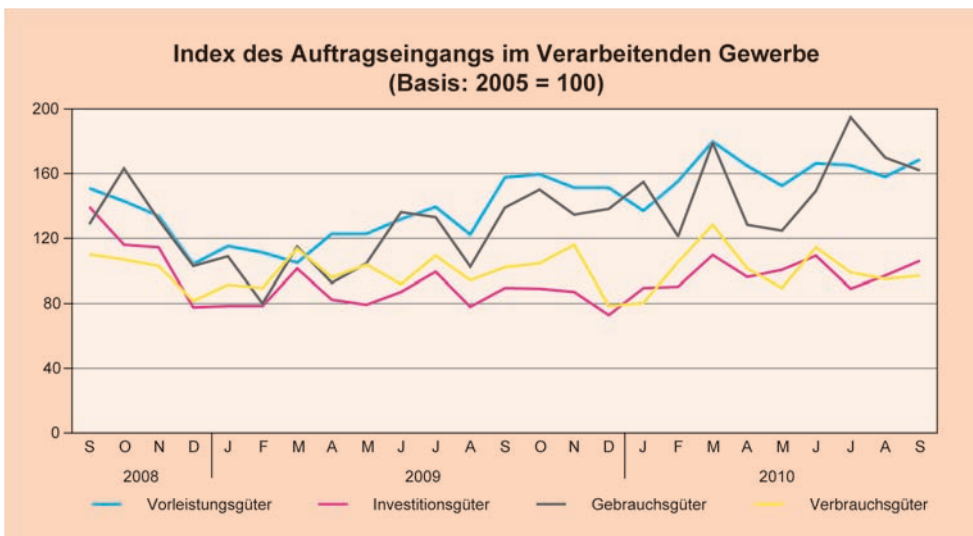
Der **Volumenindex des Auftragseingangs** (2005 = 100) erreichte in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes im Monat September 2010 einen Wert von 131,1

und war damit deutlich höher als im Vormonat (122,2). Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres stieg der Auftragseingangsindex um 12,1 Prozent. Dieses Wachstum resultierte sowohl aus gestiegenen Aufträgen aus dem Inland (+ 10,7 Prozent) als auch aus dem Ausland (+ 15,6 Prozent).



Im Zeitraum Januar bis September 2010 wurde im Verarbeitenden Gewerbe mit einem Auftragseingangsindex von durchschnittlich 123,7 der Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraumes um 21,8 Prozent überboten. Der Index des Auftragseingangs aus dem Inland stieg dabei um 22,0 Prozent und der aus dem Ausland um 21,4 Prozent.

Steigende Auftragseingänge verzeichneten in diesem Zeitraum alle vier Hauptgruppen, darunter die Gebrauchsgüterproduzenten (+ 37,1 Prozent) und die Vorleistungsgüterproduzenten (+ 28,6 Prozent) mit den größten Anstiegen.



Baugewerbe

Im **Baugewerbe** wurde in den Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten der **Umsatz** im 3. Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorquartal um 17,3 Prozent erhöht. Mit einem Volumen von 803 Mill. Euro war dieser Umsatz jedoch geringer als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (- 2,6 Prozent), wobei der Umsatzrückgang allein im Bauhauptgewerbe (- 4,4 Prozent)

Umsatzsteigerungen im 3. Quartal gegenüber Vorquartal sowohl im Bauhaupt- als auch im Ausbau-gewerbe

verursacht wurde; im Ausbaugewerbe wurde ein Umsatzanstieg von 2,4 Prozent erzielt. Der Anteil des Umsatzes des Bauhauptgewerbes am Umsatz des Baugewerbes insgesamt verringerte sich dadurch im 3. Quartal dieses Jahres auf 71,4 Prozent (3. Quartal 2009: 72,8 Prozent).

In der Summe der ersten drei Quartale des Jahres 2010 war der Umsatz gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 3,4 Prozent gesunken, wiederum allein durch das Bauhauptgewerbe verursacht.

Die Zahl der **Beschäftigten** im Baugewerbe war Ende September 2010 mit 25 001 Personen höher als im Vorquartal (+ 0,5 Prozent bzw. + 132 Personen) und lag auch über der Beschäftigtenzahl Ende des 3. Quartals 2009 (+ 1,0 Prozent bzw. + 243 Personen).

Umsatz im Bauhauptgewerbe höher als im Vormonat, aber niedriger als im September 2009

Im **Bauhauptgewerbe** lag der **Umsatz** im Monat September dieses Jahres unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Mit 200 Mill. Euro Umsatz wurde im September 2010 der Wert des Vorjahresmonats (207 Mill. Euro) um 3,5 Prozent unterschritten (bei gleicher Zahl an Arbeitstagen). Im Vergleich zum Vormonat stieg der Umsatz um 6,9 Prozent (bei ebenfalls gleicher Zahl an Arbeitstagen).

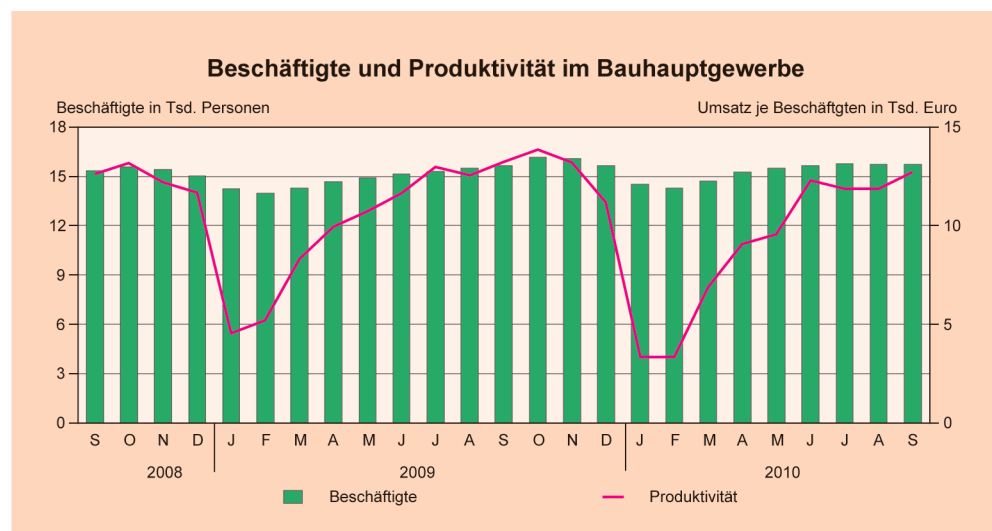
Der Umsatz war in den ersten neun Monaten dieses Jahres im Bauhauptgewerbe mit 1 250 Mill. Euro um 6,6 Prozent niedriger als im vergleichbaren Zeitraum 2009, wobei der Umsatzrückgang allein vom öffentlichen und Straßenbau (Rückgang des baugewerblichen Umsatzes um 11,8 Prozent bzw. 99 Mill. Euro) verursacht wurde. Im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau ist der baugewerbliche Umsatz dagegen um 2,9 Prozent (+ 3 Mill. Euro) bzw. 0,9 Prozent (+ 3 Mill. Euro) angestiegen.

Die Zahl der **Beschäftigten** in den Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes blieb im September dieses Jahres gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert und lag mit 15 721 Personen um 0,5 Prozent bzw. 81 Personen über der vergleichbaren Vorjahreszahl.

Durchschnittliche Beschäftigtenzahl hat sich erhöht

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Monate Januar bis September 2010 war um 2,6 Prozent bzw. 386 Personen höher als im vergleichbaren Zeitraum 2009.

Die Produktivität (**Umsatz je Beschäftigten**) im Bauhauptgewerbe war im September dieses Jahres mit 12 709 Euro um 6,9 Prozent höher als im Vormonat, lag jedoch um 4,0 Prozent unter der Produktivität vom September 2009.



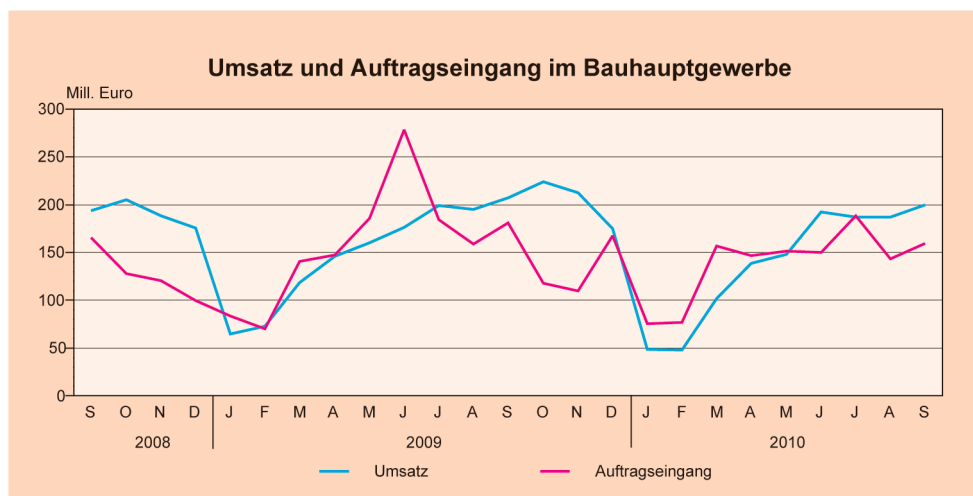
Von Januar bis September 2010 war die Produktivität im Bauhauptgewerbe durchschnittlich um 9,0 Prozent geringer als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der geleisteten **Arbeitsstunden** hat sich im September 2010 gegenüber dem Vormonat um 3,1 Prozent auf 2 039 Tsd. Stunden erhöht. Im Vergleich zu September 2009 stieg die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 0,3 Prozent. Dieser Anstieg wurde vom gewerblichen Bau (+ 7,8 Prozent) und vom Wohnungsbau (+ 5,7 Prozent) erzielt. Im öffentlichen und Straßenbau ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 5,0 Prozent zurück.

Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Monat September gestiegen

Im Zeitraum Januar bis September 2010 war die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden insgesamt um 0,3 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Im gewerblichen Bau stieg die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 6,2 Prozent; im öffentlichen und Straßenbau sowie im Wohnungsbau ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden dagegen um 3,2 Prozent bzw. 2,6 Prozent zurück.

Die **Auftragseingänge** im Bauhauptgewerbe waren im September dieses Jahres deutlich geringer als im gleichen Vorjahresmonat. Während im September 2009 Aufträge mit einem Volumen von 181 Mill. Euro eingingen, waren es im September dieses Jahres nur Aufträge für 159 Mill. Euro. Dieser Rückgang wurde allein im öffentlichen und Straßenbau (- 27 Mill. Euro) verzeichnet. Im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau hat sich das Auftragsvolumen dagegen erhöht (jeweils + 2 Mill. Euro). Der Volumenindex des Auftragseingangs (2005 = 100) ging gegenüber September 2009 um 13,2 Prozent auf 103,5 zurück.



In den ersten neun Monaten 2010 war das Auftragsvolumen mit 1 247 Mill. Euro um 183 Mill. Euro niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Auftragseingänge bis Ende September geringer als im Vorjahr

Der **Umsatz** im **Ausbaugewerbe** erreichte im 3. Quartal 2010 mit 230 Mill. Euro einen um 11,5 Prozent höheren Wert als im 2. Quartal und lag auch um 2,4 Prozent über dem Wert des 3. Quartals 2009.

Im Zeitraum Januar bis September 2010 war das Umsatzvolumen im Ausbaugewerbe um 4,2 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Zahl der **Beschäftigten** war Ende September dieses Jahres mit 9 280 Personen (Ende Juni 2010: 9 217 Personen) um 1,8 Prozent bzw. 162 Personen höher als im September 2009.

Produktivität im Ausbaugewerbe angestiegen

Die Produktivität (**Umsatz je Beschäftigten**) im Ausbaugewerbe erreichte im 3. Quartal 2010 einen Wert von 24 747 Euro und war damit um 10,7 Prozent höher als im 2. Quartal. Im Vergleich zum 3. Quartal 2009 erhöhte sich die Produktivität um 0,6 Prozent.

Von Januar bis September 2010 war die Produktivität durchschnittlich um 2,4 Prozent höher als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres, da der Umsatz stärker anstieg als die Beschäftigtenzahl.

Baugenehmigungen und Bauanzeigen

Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen insgesamt bis Ende September niedriger als im Vorjahr

Von Januar bis September 2010 wurden in Thüringen mit den gemeldeten 3 368 Baugenehmigungen bzw. Bauanzeigen 2 063 *Wohnungen* zum Bau freigegeben. Die Anzahl der genehmigten Wohnungen (einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden) verringerte sich gegenüber den ersten neun Monaten 2009 um 435 Wohnungen bzw. um 17,4 Prozent. Diese Entwicklung betrifft vor allem genehmigte Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern und Wohnungen, die im Rahmen von Um-, Aus- und Erweiterungsbauten an bestehenden Gebäuden entstehen sollen.

Gut 79 Prozent der genehmigten Wohnungen werden in Neubauten entstehen, davon 1 616 Wohnungen in neuen Wohngebäuden und 16 Wohnungen in neuen Nichtwohngebäuden.

Genehmigt wurden 406 Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern. Das sind 233 Wohnungen bzw. 36,5 Prozent weniger als in den ersten neun Monaten 2009.

Die Zahl der genehmigten Wohnungen in neuen Zweifamilienhäusern nahm um 40 Wohnungen bzw. 25,3 Prozent ab. Ihre Anzahl verringerte sich damit auf 118 genehmigte Wohnungen.

Im Rahmen von Um-, Aus- und Erweiterungsbauten an bestehenden Gebäuden sollen 431 Wohnungen entstehen und damit 32,4 Prozent weniger als in den ersten neun Monaten 2009 (638 Wohnungen).

Zahl der genehmigten neuen Einfamilienhäuser ist jedoch angestiegen

Allein bei neuen Einfamilienhäusern wurde mit 1 092 Wohnungen das Niveau der ersten neun Monate 2009 um 44 Wohnungen bzw. 4,2 Prozent überschritten.

Der Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern an allen genehmigten neuen Wohnungen lag von Januar bis September 2010 bei fast 67 Prozent. Diese Gebäudeart dominiert damit nach wie vor den Wohnungsneubau.

Von Januar bis September 2010 gaben die Thüringer Bauaufsichtsbehörden 1 032 neue *Nichtwohngebäude* bzw. Baumaßnahmen für Um-, Aus- und Erweiterungsbauten an bestehenden Nichtwohngebäuden zum Bau frei. Das waren 9 Baugenehmigungen bzw. 0,9 Prozent mehr als in den ersten neun Monaten 2009. Damit ist von Jahresbeginn an eine steigende Nachfrage nach Gewerbeobjekten im Vergleich mit dem Vorjahr festzustellen.

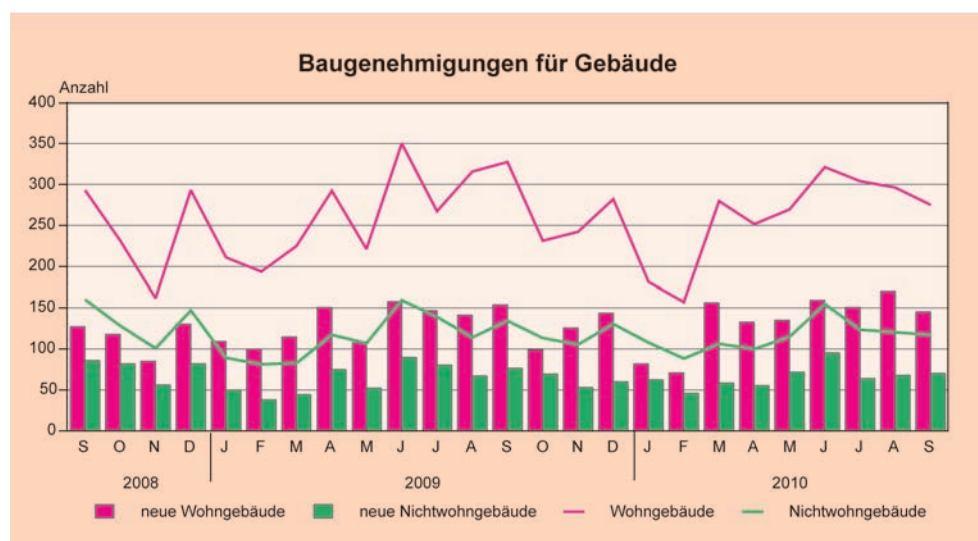
Von den insgesamt 1 032 Baugenehmigungen im Nichtwohnbau entfielen 442 auf Um-, Aus- und Erweiterungsbauten an bestehenden Gebäuden und 590 auf neue Nichtwohngebäude. Der Neubau erreicht damit einen Anteil von 57,2 Prozent.

Im Vergleich der ersten neun Monate 2009 und 2010 stiegen die Genehmigungen für neue Nichtwohngebäude um 18 Vorhaben bzw. 3,1 Prozent. Das neugeplante Raumvolumen erhöhte sich um 36,6 Prozent auf 3 562 Tsd. Kubikmeter. Die Wirtschaftsunternehmen sind für den Neubau von Nichtwohngebäuden die wichtigste

Bauherrengruppe. Von Januar bis September wurden in diesem Wirtschaftsbereich 3 109 Tsd. Kubikmeter umbauter Raum zum Neubau freigegeben. Das waren 40,4 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum 2009.

Im öffentlichen Hochbau (einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck) und bei den privaten Bauherren stieg die Nachfrage ebenfalls. Mit rund 333 Tsd. Kubikmetern bzw. 120 Tsd. Kubikmetern stieg das Neubauvolumen in diesen Bereichen in den ersten neun Monaten 2010 um 26,8 Prozent bzw. 25,3 Prozent.

Von Januar bis September 2010 wurden für den Neubau von Nichtwohngebäuden 311 Mill. Euro Kosten veranschlagt, 19,4 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2009.



Handel

Die Thüringer Unternehmen des **Großhandels** einschließlich der Handelsvermittlung (ohne Kfz-Handel) verbuchten nach vorläufigen Ergebnissen von Januar bis September 2010 reale (preisbereinigte) **Umsatzzuwächse** von 2,9 Prozent. Die nominalen Umsätze (in jeweiligen Preisen) stiegen gegenüber Januar bis September 2009 um 8,1 Prozent.

Umsätze im Großhandel höher als im September 2009

Die **Beschäftigtenzahlen** lagen im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 2010 unter dem Niveau des Vorjahreszeitraumes (- 0,9 Prozent). Dabei sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,4 Prozent, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im gleichen Zeitraum um 1,9 Prozent anstieg.

Im bundesweiten Durchschnitt konnte der Großhandel in den ersten drei Quartalen 2010 ein stärkeres Wachstum vorweisen. Nach vorläufigen Ergebnissen wuchsen die Umsätze des Großhandels in Deutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum real um 6,7 Prozent und nominal um 11,4 Prozent.

Maßgeblichen Einfluss auf das Wachstum der realen Umsätze im Thüringer Großhandel hatte insbesondere die Entwicklung im „Großhandel mit Verbrauchs- und Verbrauchsgütern“ (real: + 2,7 Prozent, nominal: + 4,0 Prozent). In den beiden anderen umsatzstarken Branchen des Thüringer Großhandels, dem „Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren“ (real: - 0,5 Prozent, nominal: + 2,0 Prozent) und dem „sonstigen Großhandel“ (real: - 0,4 Prozent, nominal: + 9,8 Prozent) gingen die realen Umsätze im Vergleich zu Januar bis

September 2009 hingegen leicht zurück, die nominalen Umsätze stiegen jedoch ebenfalls an. Dies bedeutet, dass in diesen beiden Branchen von Januar bis September 2010 insgesamt etwas weniger Ware verkauft wurde als im Vorjahreszeitraum. Durch einen Preisanstieg der gehandelten Waren im gleichen Zeitraum konnte der im Vorjahreszeitraum erzielte Umsatz allerdings, im „sonstigen Großhandel“ deutlich, überboten werden.

Umsätze und Beschäftigtenzahlen im Einzelhandel höher als im September 2009

Im September 2010 sind nach vorläufigen Ergebnissen sowohl die Umsätze als auch die Beschäftigtenzahlen im Thüringer **Einzelhandel** gestiegen.

Im Vergleich zum September 2009 erhöhten sich die **Umsätze** real um 2,0 Prozent, die nominalen Umsätze stiegen um 3,1 Prozent an.

Die Zahl der **Beschäftigten** wuchs im gleichen Zeitraum um 0,8 Prozent. Dabei lag der Zuwachs der Teilzeitbeschäftigten (+ 1,2 Prozent) deutlich über dem der Vollzeitbeschäftigten (+ 0,2 Prozent).

Im bundesweiten Durchschnitt stiegen die Einzelhandelsumsätze ebenfalls an. So wurde nach vorläufigen Ergebnissen im September 2010 im deutschen Einzelhandel real 0,4 Prozent mehr umgesetzt als im Vorjahresmonat. Die nominalen Umsätze lagen 1,6 Prozent über denen im September 2009. Beide Monate hatten jeweils 26 Verkaufstage.

Getragen wurde die insgesamt positive Entwicklung im Thüringer Einzelhandel wie schon im August auch im September 2010 von den Zuwächsen im „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“ (z. B. Einzelhandel mit Bekleidung, Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren oder Einzelhandel mit Uhren und Schmuck). Hier stiegen die realen Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,3 Prozent, die nominalen Umsätze wuchsen um 4,6 Prozent an und die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 2,9 Prozent.

In dem nach Umsätzen bedeutendsten Bereich des Thüringer Einzelhandels, dem „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ (Supermärkte, SB-Kaufhäuser und Verbrauchermärkte) sanken die Umsätze real um 0,6 Prozent, stiegen allerdings nominal um 1,0 Prozent an.

Der nach Umsätzen drittgrößte Bereich, der „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten usw.“ hatte im September 2010 sowohl reale (- 0,8 Prozent) als auch nominale (- 0,4 Prozent) Umsatzverluste zu verbuchen.

Einzelhandelsumsatz bis Ende des III. Quartals höher als im Vorjahreszeitraum

Von *Januar bis September 2010* erhöhte sich der Umsatz im Thüringer Einzelhandel real um 1,0 Prozent und nominal um 2,0 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten lag allerdings geringfügig unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums (- 0,2 Prozent).

Veränderung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen im Thüringer Einzelhandel ¹⁾

Wirtschaftsgruppe (WZ 2008)	Januar 2010 - September 2010				
	Umsatz		Beschäftigte		
	real	nominal	insgesamt	davon	
	(in Preisen von 2005)	(in jeweiligen Preisen)		Vollzeit	Teilzeit
	Veränderung gegenüber Januar 2009 - September 2009				
Prozent					
Einzelhandel insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1,0	2,0	- 0,2	- 0,8	0,3
darunter					
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ²⁾³⁾	- 0,9	- 0,1	- 1,9	- 3,6	- 1,2
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. ²⁾	- 2,8	- 1,9	- 1,3	- 2,6	0,2
Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	- 0,5	10,2	- 5,9	- 5,8	- 6,0
Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten usw. ²⁾	- 0,6	0,1	0,0	1,5	- 2,0
Einzelhandel mit sonstigen Gütern ²⁾⁴⁾	3,4	4,2	2,3	1,3	2,9
Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten ⁵⁾	3,4	13,0	- 5,7	- 7,4	- 1,1

1) vorläufige Ergebnisse

2) in Verkaufsräumen

3) z.B. Supermärkte, Kaufhäuser, Verbrauchermärkte

4) z.B. Einzelhandel mit Bekleidung, Schuhen, Lederwaren, Schmuck; Augenoptiker, Apotheken

Gastgewerbe

Die Unternehmen des Thüringer Gastgewerbes **setzten** nach vorläufigen Ergebnissen von Januar bis September 2010 real 2,5 Prozent weniger **um** als im Vorjahreszeitraum. Nominal verharrten die Umsätze hingegen auf einem konstanten Niveau (+ 0,1 Prozent). Die Beschäftigtenzahl sank um 1,1 Prozent, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten etwas stärker zurückging (- 1,3 Prozent) als die der Teilzeitbeschäftigten (- 0,9 Prozent).

Im Thüringer *Beherbergungsgewerbe* wurden in den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 real 3,8 Prozent weniger umgesetzt als von Januar bis September 2009. Die nominalen Umsätze stiegen hingegen im gleichen Zeitraum leicht an (+ 1,3 Prozent).

Bedingt durch einen deutlichen Zuwachs an Teilzeitbeschäftigten (+ 3,6 Prozent) ging die Zahl der im Beherbergungsgewerbe insgesamt Beschäftigten nur geringfügig zurück (- 0,3 Prozent).

Die Thüringer *Gastronomie* hatte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen realen Umsatzrückgang von 1,8 Prozent und einen nominalen Umsatzrückgang von 0,6 Prozent zu verbuchen. Die Zahl der Beschäftigten ging in den ersten drei Quartalen 2010 ebenfalls zurück (- 1,5 Prozent).

Insbesondere beim „Ausschank von Getränken“ (z.B. Schankwirtschaften) waren seit Jahresbeginn mit real - 11,6 Prozent und nominal - 10,7 Prozent hohe Umsatzrückgänge festzustellen. Die Zahl der Beschäftigten ging in dieser Branche ebenfalls deutlich um 15,4 Prozent zurück.

Realer Umsatzverlust im Gastgewerbe

Beim „Ausschank von Getränken“ waren die höchsten Umsatzrückgänge zu verzeichnen

Beherbergungswesen

Gäste- und Übernachtungszahlen im September 2010 höher als im Vorjahr

Die Thüringer Beherbergungsstätten (mit neun und mehr Betten) und Campingplätze (ohne Dauercamping) haben im September 2010 mehr Gäste und Übernachtungen gemeldet als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Gäste stieg um 6,0 Prozent auf rund 357 Tausend. Zugleich gab es mit 908 Tsd. Übernachtungen 2,6 Prozent mehr Übernachtungen als im September 2009.

Mit 6,4 Prozent nahm die Zahl der ausländischen Gäste etwas stärker zu als die der Gäste aus dem Inland (+ 5,9 Prozent). Aus dem Ausland reisten rund 27 Tsd. Besucher an. Sie verweilten mit durchschnittlich 2,1 Tagen jedoch kürzer in Thüringen als die deutschen Gäste mit 2,6 Tagen.

Das prozentual größte Wachstum war im Thüringer Vogtland und im Reisegebiet Übriges Thüringen¹⁾ mit 12,2 beziehungsweise 8,1 Prozent mehr Gästen zu beobachten.

Die höchsten absoluten Zuwächse verzeichnete hingegen das Reisegebiet der Städte (Eisenach, Erfurt, Jena und Weimar). Hier konnten 6 498 Gäste mehr begrüßt werden als noch im September 2009 (+ 5,9 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen stieg um 9 094 auf 205 Tausend (+ 4,6 Prozent).

Thüringer Wald war beliebteste Reiseregion

Mit 136 Tsd. Gästen war der Thüringer Wald die beliebteste Reiseregion im Freistaat. Dort reisten 4,6 Prozent mehr Gäste an als vor einem Jahr, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich jedoch nur leicht auf 405 Tausend (+ 0,3 Prozent).

Von *Januar bis September 2010* wurden in Thüringen bei etwa 2,7 Mill. Gästen insgesamt 7,3 Mill. Übernachtungen registriert. Dies war ein Anstieg der Gästezahlen um 1,9 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen ging allerdings, auf Grund einer im Vergleich zum Vorjahreszeitraum etwas kürzeren Aufenthaltsdauer der Gäste, um 0,3 Prozent zurück.

Preisindex

Jahresteuersatz im September angestiegen

Der **Verbraucherpreisindex** sank im Monat September gegenüber dem Vormonat August um 0,1 Prozent. Er erreichte einen Indexstand von 107,6 (Basis 2005=100). Die Jahresteuersatz stieg von 0,8 Prozent im August auf 1,1 Prozent im September.

Im Vergleich zum Vormonat sank der Verbraucherpreisindex um 0,1 Prozent. Indexbeeinflussend wirkten sich die saisonal bedingten Preisrückgänge im Bereich Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (- 3,0 Prozent) und im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur (- 1,9 Prozent) aus. So fielen die Preise für Mieten der Ferienwohnungen und -häuser um 24,9 Prozent, die der Pauschalreisen um 9,1 Prozent.

Weiterhin rückläufige Preise wurden im Bereich Verkehr (- 0,3 Prozent) verzeichnet. Die Kraftstoffpreise sanken im September im Durchschnitt um 0,5 Prozent.

Im September erfolgte in einer Vielzahl der Bekleidungsgeschäfte der Übergang von der Frühjahr/Sommer- auf die Herbst/Winterkollektion. Dies hatte Auswirkungen auf die Preisentwicklung für Bekleidung und Schuhe, welche um 6,0 Prozent teurer angeboten wurden. Erhebliche Preissteigerungen wiesen z. B. das Herrenshirt mit + 24,7 Prozent, die Damenbluse mit + 14,7 Prozent sowie das Kindershirt mit + 25,9 Prozent aus.

1) Zum Reisegebiet Übriges Thüringen gehören die Landkreise Eichsfeld, Kyffhäuserkreis, Saale-Holzland-Kreis, Sömmerda, Unstrut-Hainich-Kreis und Weimarer Land sowie der überwiegende Teil des Altenburger Landes.

Eine leichte Preissenkung von 0,2 Prozent wurde für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke berechnet. So konnten Speisefette und -öle (- 1,8 Prozent), Gemüse (- 2,1 Prozent), Obst (- 1,3 Prozent) und Kaffee, Tee, Kakao (- 2,0 Prozent) günstiger eingekauft werden. Teurer wurden dagegen Mineralwasser, Säfte, Limonaden (+ 1,2 Prozent), Fleisch und Fleischwaren (+ 0,6 Prozent) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+ 0,2 Prozent).

Im Vergleich zum September 2009 stieg der Verbraucherpreisindex um 1,1 Prozent. Nachhaltig wirkten sich die im Jahresvergleich wieder ansteigenden Kraftstoffpreise auf die Entwicklung des Verbraucherpreisindex aus. Sie stiegen von 6,5 Prozent im August auf 7,9 Prozent im September. Die Herbst/Winterbekleidung (+ 4,3 Prozent) wurde deutlich teurer gegenüber dem Saisonwechsel vor einem Jahr.

Kraftstoffpreise wieder angestiegen

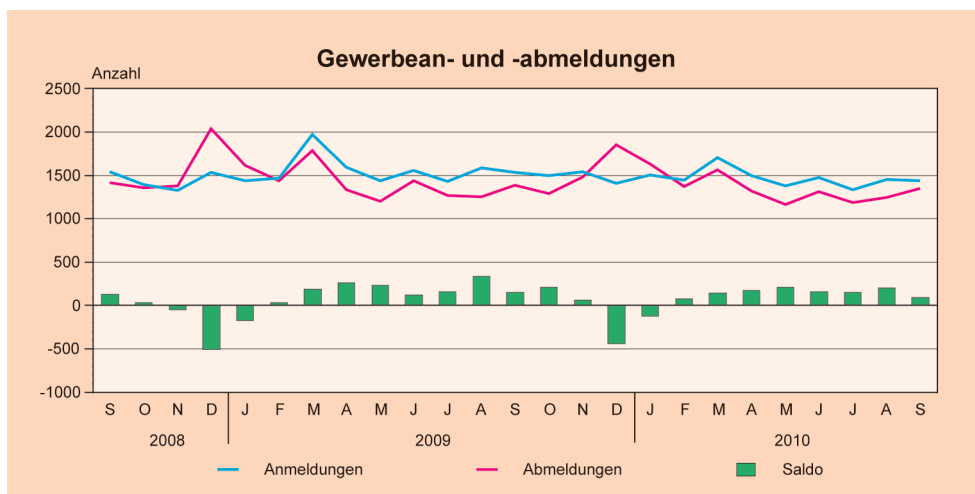
Obst und Gemüse waren zwar im Monatsvergleich billiger, wiesen aber beachtliche Preissteigerungen in der Jahresteuering aus. Nennenswert sind hier Kopf- oder Eisbergsalat (+ 59,2 Prozent), Speisezwiebeln (+ 50,0 Prozent), Blumenkohl (+ 43,8 Prozent), Zitronen (+ 33,3 Prozent) sowie Apfelsinen (+ 32,5 Prozent).

Gewerbeanzeigen

In den Monaten Januar bis September dieses Jahres wurden 13 226 **Gewerbebeanmeldungen** (Januar bis September 2009: 14 007) und 12 140 **Gewerbeabmeldungen** (12 706) registriert. Das Verhältnis von Ab- und Anmeldungen betrug dabei 92 Abmeldungen je 100 Anmeldungen (Vorjahr: 91 Abmeldungen je 100 Anmeldungen). Am höchsten war dieses Verhältnis weiterhin im Handel und Gastgewerbe mit 108 Gewerbeabmeldungen je 100 Gewerbebeanmeldungen, d.h. es wurden in diesem Bereich mehr Gewerbe abgemeldet als angemeldet. In diesem Bereich gab es auch die höchste Anzahl aller Gewerbean- und -abmeldungen (30,5 Prozent aller Anmeldungen bzw. 36,0 Prozent aller Abmeldungen).

Der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen betrug per 30.09.2010 insgesamt 1 086 gegenüber 1 301 im gleichen Vorjahreszeitraum.

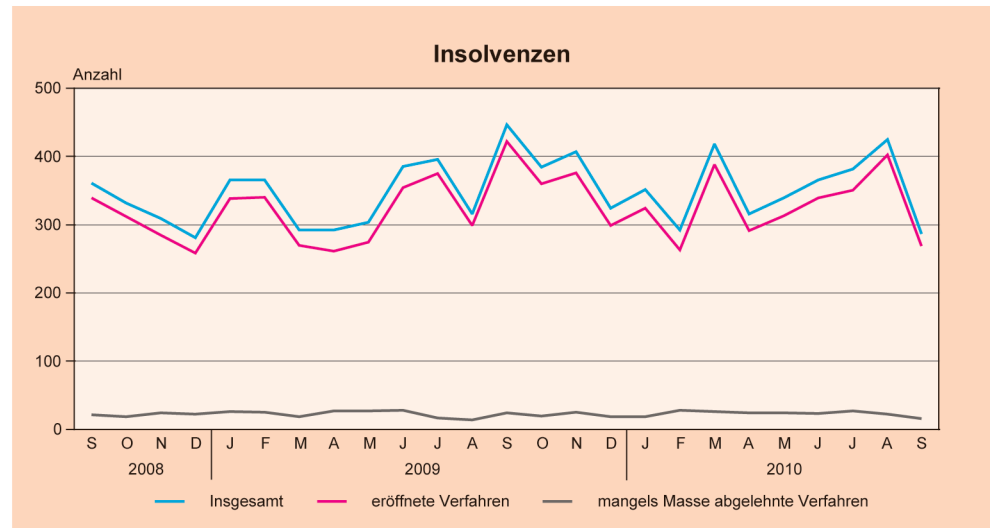
Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen hat sich verringert



Insolvenzen

Zahl der Insolvenzen insgesamt leicht angestiegen

Bis Ende September 2010 verzeichneten die Amtsgerichte in Thüringen insgesamt 3 173 Anträge auf Eröffnung eines **Insolvenzverfahrens**, darunter 286 im Monat September. Damit hat sich die Anzahl der in den ersten neun Monaten gestellten Anträge gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum leicht um 0,4 Prozent bzw. 14 Fälle erhöht. In 2 939 Fällen bzw. 92,6 Prozent aller Insolvenzanträge konnten die Amtsrichter das Verfahren eröffnen, da die vorhandene Masse zumindest zur Abdeckung der Verfahrenskosten als ausreichend angesehen wurde. Bei 25 Verfahren wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen und 209 Verfahren wurden mangels Masse abgelehnt.



Die voraussichtliche Höhe der von den Gläubigern angemeldeten Forderungen belief sich in den ersten drei Quartalen dieses Jahres auf 494 Mill. Euro (Vorjahreszeitraum: 845 Mill. Euro), das waren durchschnittlich 156 Tsd. Euro je Verfahren (Vorjahreszeitraum: 268 Tsd. Euro je Verfahren).

Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging zurück

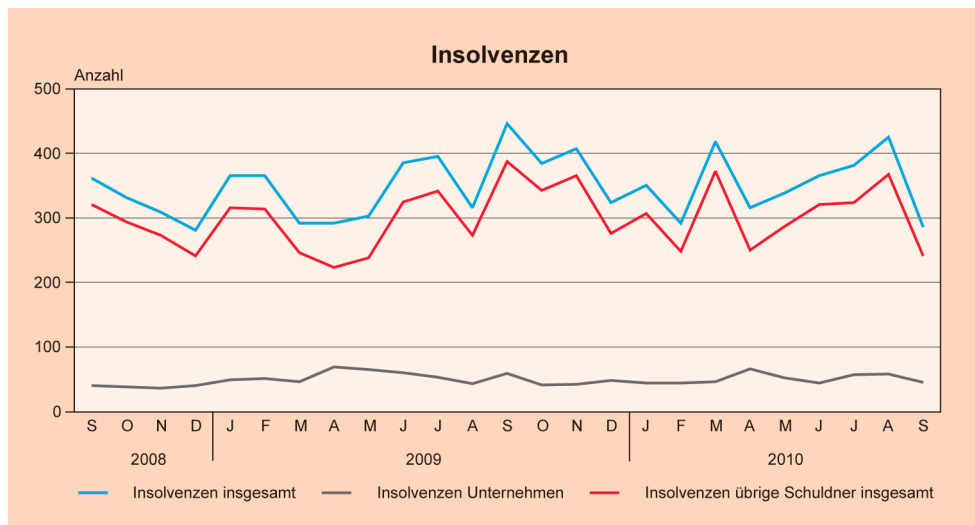
456 Insolvenzanträge entfielen bis Ende September 2010 auf Unternehmen einschließlich Kleingewerbe. Das waren 39 Verfahren bzw. 7,9 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Zum Zeitpunkt des Insolvenzantrages waren 1 803 Beschäftigte in den Unternehmen betroffen (Vorjahreszeitraum: 2 952 Beschäftigte).

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Unternehmensinsolvenzen lag von Januar bis September 2010 mit 92 Verfahren weiterhin im Baugewerbe, gefolgt vom Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit 66 Verfahren. Gegenüber Januar bis September 2009 ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Baugewerbe um 17,9 Prozent und im Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sogar um 31,3 Prozent zurück.

Im Verarbeitenden Gewerbe war ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen von 54 auf 57 Insolvenzverfahren zu beobachten. In einigen Dienstleistungsbereichen stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ebenfalls an.

Bis Ende September 2010 betrug die Zahl der übrigen Schuldner, die einen Insolvenzantrag gestellt hatten, 2 717. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 2 664, d.h. deren Zahl hat sich etwas erhöht (+ 2,0 Prozent). Bei den privaten Verbrauchern stiegen die Insolvenzanträge um 6,6 Prozent auf 2 074 Verfahren an.



Arbeitsmarkt

Die Zahl der **Arbeitslosen** hat sich im September 2010 gegenüber dem Vormonat um weitere 5,9 Prozent bzw. 6 379 Personen auf 102 311 Personen verringert und lag damit auch um 18,7 Prozent bzw. 23 498 Personen unter der vergleichbaren Vorjahreszahl. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl gegenüber September 2009 erfolgte sowohl bei den Männern (- 19,6 Prozent bzw. - 12 514 Personen) als auch bei den Frauen (- 17,7 Prozent bzw. - 10 984 Personen). Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen insgesamt erhöhte sich gegenüber September 2009 um 0,6 Prozentpunkte auf 49,8 Prozent.

Arbeitslosenzahl weiter deutlich gesunken

Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) sank gegenüber dem Vormonat um 0,6 Prozentpunkte auf 8,6 Prozent, davon bei den Männern auf 8,2 Prozent und bei den Frauen auf 9,1 Prozent. Im Vergleich zu September 2009 ist die Arbeitslosenquote insgesamt um 1,9 Prozentpunkte gesunken.

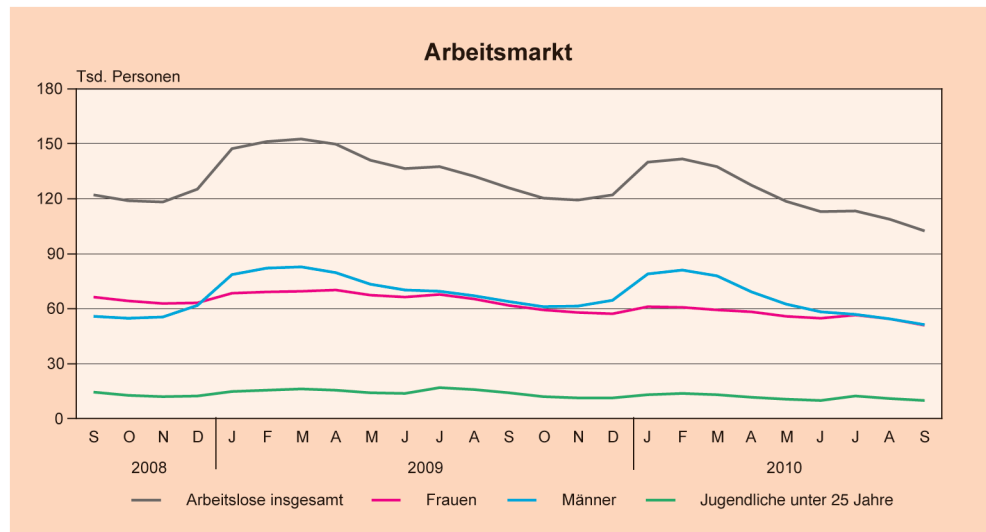
Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren verringerte sich im September 2010 gegenüber dem Vormonat um 1 181 Personen (- 10,7 Prozent) auf 9 810 Personen und lag damit auch um 4 443 Personen (- 31,2 Prozent) unter dem Wert vom September 2009. Die Jugendarbeitslosenquote war mit 7,6 Prozent im September 2010 deutlich niedriger als im Vormonat (8,5 Prozent) und wesentlich geringer als im September des Vorjahres (10,3 Prozent).

Jugendarbeitslosigkeit deutlich niedriger als im Vorjahr

Der **Bestand an offenen Arbeitsstellen** hat sich im Monat September 2010 leicht erhöht und lag bei 11 768 Stellen (Vormonat: 11 576 offene Arbeitsstellen).

Bestand an offenen Arbeitsstellen hat sich leicht erhöht

Der **Zugang an offenen Arbeitsstellen** war mit 6 374 höher als im Vormonat (+ 10,3 Prozent).





Claudia Staps

Praktikantin 5. Semester /
Betriebswirtschaftslehre Uni Jena

Lohnsteuerzerlegung in Thüringen 2007

„Ohne die Lohnsteuerzerlegung zwischen den Bundesländern – die Ermittlung der Lohnsteuerbeiträge, die nicht vom Wohnsitzland des Steuerpflichtigen abgeführt worden sind – fehlte die Datengrundlage für den Länderfinanzausgleich. Dies hätte drastische Auswirkungen auf die Haushalte der Bundesländer.“¹⁾

Steuerstatistiken

Die Lohnsteuerzerlegung ist Teil der Steuerstatistik vom Einkommen, die durch das Thüringer Landesamt für Statistik zu erstellen ist. Daneben zählen auch die Lohn- und die Einkommensteuerstatistik, die Statistik im Feststellungsverfahren (Statistik der Personengesellschaften und Gemeinschaften) und die Statistik der veranlagten Körperschaftsteuer zu diesem Teilbereich. Weitere Bestandteile der Steuerstatistik sind die Umsatzsteuer, die Gewerbesteuer sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Die Lohnsteuer

Grundlage der Lohnsteuerzerlegung bildet die Lohnsteuer. Als Erhebungsform der Einkommensteuer ist sie die Abgabe, welche vom Arbeitnehmer auf seinen Arbeitslohn aus nichtselbstständiger Arbeit geleistet wird. Der steuerpflichtige Arbeitslohn setzt sich dabei aus der Barvergütung, aus Sachbezügen sowie aus geldwerten Vorteilen zusammen. Folglich ist der Arbeitnehmer Steuerschuldner der Lohnsteuer, währenddessen es Aufgabe des Arbeitgebers ist, die Lohnsteuer bei der Lohnzahlung einzubehalten und an das für ihn zuständige Finanzamt abzuführen. Die Aufgabe der Überwachung der Einbehaltung auf der einen und der Abführung der Lohnsteuer auf der anderen Seite wird von den Finanzverwaltungen der Länder übernommen. Im Gegensatz zur Lohnsteuer umfasst die Einkommensteuer auch die Einnahmen aus der Besteuerung anderer Einkunftsarten. Die Höhe der Lohnsteuer wird nach §38a Absatz 2 EStG „nach dem Jahresarbeitslohn so bemessen, dass sie der Einkommensteuer entspricht, die der Arbeitnehmer schuldet, wenn er ausschließlich Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit erzielt.“

Zur Erleichterung der Steuerberechnung für den Arbeitgeber sind die Arbeitnehmer nach deren Familienstand in 6 Steuerklassen (Tab.1) eingeteilt.

Die Lohnsteuerabzugsmerkmale liegen dem Arbeitgeber, durch die vom Arbeitnehmer abzugebende Lohnsteuerkarte, die vor Beginn des Kalenderjahres von der

Die Lohnsteuer ist Bestandteil der Einkommensteuer

Ab dem Kalenderjahr 2011 wird die Papierlohnsteuerkarte durch die elektronische Lohnsteuerbescheinigung ersetzt

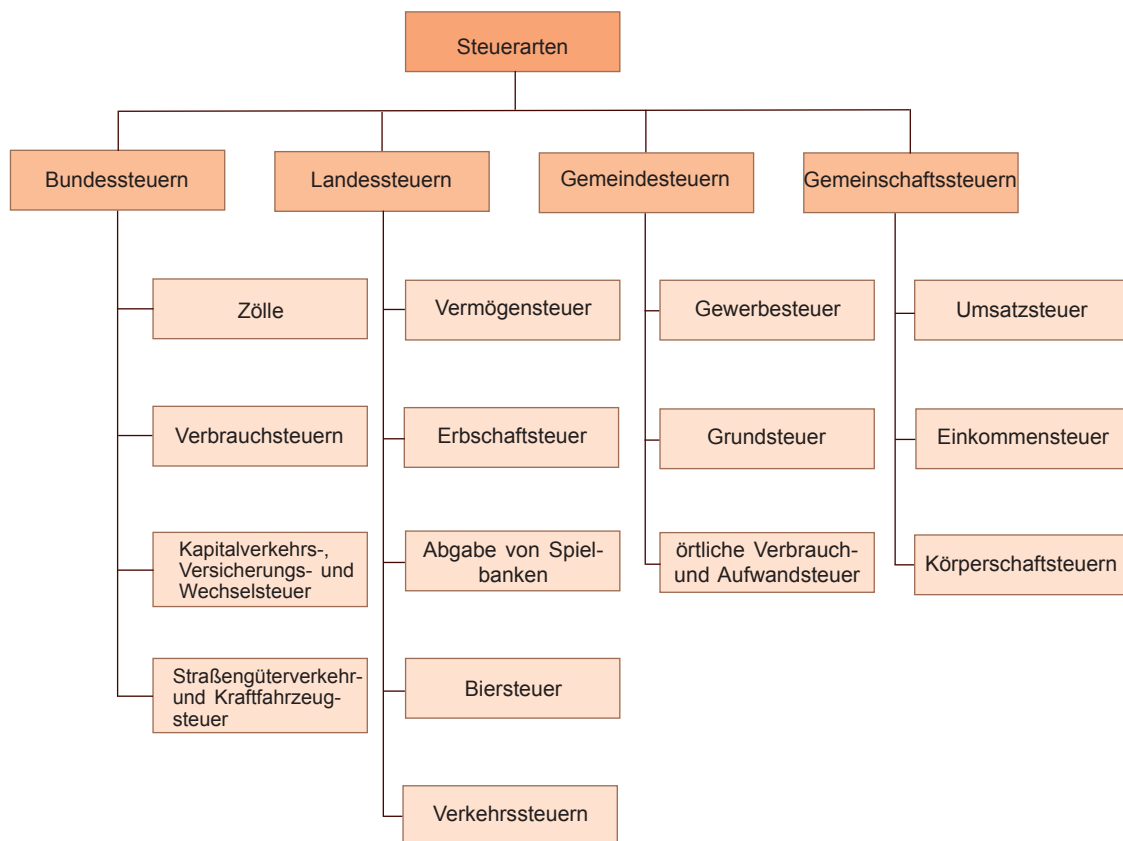
1) Statistische Ämter des Bundes und der Länder: „Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik“ (2005)

Gemeinde des Wohnortes des Arbeitnehmers unentgeltlich ausgestellt und dem Arbeitnehmer übermittelt wird, vor. Die derzeit noch in Papierform ausgestellte Lohnsteuerkarte wird jedoch ab dem Kalenderjahr 2011 durch eine vom Arbeitgeber abrufbare elektronische Lohnsteuerbescheinigung ersetzt. Erfasste Merkmale sind die Anschrift, das Geburtsdatum, das zuständige Finanzamt, die Steuerklasse, ggf. Kinderfreibeträge und andere Freibeträge, die Religionszugehörigkeit, der Amtliche Gemeindeschlüssel sowie die Identifikationsnummer des Arbeitnehmers.²⁾

Tab. 1: Steuerklassen der Arbeitnehmer nach §38b EStG

Steuerklasse	Familienstand des Arbeitnehmers
I	Alleinstehende ledige, geschiedene, dauernd getrennt lebende und verwitwete (ab dem 2. Jahr, welches dem Tod des anderen Ehegatten folgt) Arbeitnehmer
II	Alleinstehende der Steuerklasse I, wenn ihnen der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende zusteht
III	verheiratete und zusammenlebende (im Inland wohnende) Arbeitnehmer, von denen nur ein Ehegatte Arbeitnehmer oder ein Ehegatte in Steuerklasse V eingereicht ist
IV	verheiratete, zusammenlebende und im Inland wohnende Arbeitnehmer, wenn beide Ehegatten Arbeitslohn beziehen
V	Arbeitnehmer, dessen Ehegatte der Steuerklasse III zugehörig ist
VI	Arbeitnehmer, die nebeneinander von mehreren Arbeitgebern Arbeitslohn beziehen und mehrere Lohnsteuerkarten besitzen

Abb.1: Zuordnung der Steuerarten zu den unterschiedlichen Staatsebenen nach Art. 106 G



²⁾ vgl. Thüringer Finanzministerium: Lohnsteuer 2010 – Kleiner Ratgeber für Steuerzahler (2010)

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer werden zwischen den öffentlichen Haushalten aufgeteilt. Es handelt sich folglich um eine Gemeinschaftssteuer, bei der dem Bund und den Ländern jeweils 42,5 Prozent und den Gemeinden 15 Prozent des Aufkommens zustehen. Neben der Einkommensteuer werden nach Artikel 106 des Grundgesetzes auch noch die Umsatz- und die Körperschaftsteuer als Gemeinschaftssteuer klassifiziert. Andere Steuerarten (siehe Abb.1) werden hingegen im Gesamtaufkommen den einzelnen Staatsebenen zugeordnet.

Die Einkommensteuer ist eine Gemeinschaftssteuer und wird auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt

Das Wohnsitzprinzip

Die vereinnahmte Lohnsteuer steht dem Land zu, in dem der Wohnsitz des Steuerschuldners liegt. In Folge dessen ist in der Lohnsteuerzerlegung die nicht vom Wohnsitzland vereinnahmte Lohnsteuer zu ermitteln. Maßgebend dafür ist der Wohnsitz des Steuerpflichtigen am 20. September des Jahres, welches dem der Gültigkeit der Lohnsteuerkarte voraus geht.³⁾

Maßgeblich für die Verteilung der Lohnsteuer ist der Wohnsitz des Arbeitnehmers

Stimmen Finanzamt des Steuerschuldners und das des Arbeitgebers nicht überein, kommen unterschiedliche Gründe in Betracht. Zum einen kann es sich um einen pendelnden Arbeitnehmer handeln, der einer Beschäftigung außerhalb des Bundeslandes nachgeht, indem er ansässig ist. Oder zum anderen kann der Arbeitnehmer seine steuerpflichtige Tätigkeit in einem Unternehmen ausführen, das zwar eine (oder auch mehrere) Betriebsstätte(n) im Bundesland des Arbeitnehmers betreibt, aber dessen Abrechnung zentral in einem anderen Bundesland durchgeführt wird. In beiden Fällen ist eine Lohnsteuerzerlegung erforderlich.

Wurde folglich der Steuerbetrag von einem anderen Land vereinnahmt, hat dieses den Betrag nach §1 Absatz 3 Zerlegungsgesetz (ZerlG) an das steuerberechtigte Land zu überweisen. Die Ermittlung dessen ist Aufgabe des Statistischen Landesamtes des Wohnsitzlandes. Deshalb sind nach §7 Absatz 3 ZerlG die Lohnsteuerkarten bzw. die Daten der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung für den Feststellungszeitraum „mit Stand des 28. Februar des dritten Folgejahres, das dem Feststellungszeitraum folgt, an das Statistische Landesamt des Wohnsitzlandes zu leiten.“ In der Vergangenheit wurden dazu die Lohnsteuerkarten aller Thüringer Arbeitnehmer im Statistischen Landesamt per Hand sortiert und ausgewertet. Aufgrund der Digitalisierung der Daten ist das heute nur noch in seltenen Fällen notwendig. Darüber hinaus ist ein Computerprogramm zur Lohnsteuerzerlegung im Statistischen Landesamt in Thüringen erstellt worden, welches künftig bundesweit eingesetzt werden wird.

Nach der Durchführung der Lohnsteuerzerlegung hat das Statistische Landesamt dies den obersten Finanzbehörden der Einnahmeländer mitzuteilen. Als Ergebnis der Lohnsteuerzerlegung gehen Zerlegungsprozentsätze hervor, die bisher pauschal über 3 Jahre angewendet wurden, um dem Wohnsitzland den entsprechenden Ausgleichsbetrag zuschreiben zu können. Ab dem Jahr 2007 sind diese jedoch jährlich zu bestimmen.

Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Als Bestandteil des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ist die Lohnsteuerzerlegung von zentraler Bedeutung. Der Finanzausgleich gliedert sich dabei in *vier Stufen* und ist angelehnt an die Grundzüge der Finanzausstattung zwischen Bund und Ländern, die aus der Verfassung ersichtlich werden. Die Notwendigkeit ergibt sich aus dem föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik, wonach die 16 Länder,

Die Lohnsteuerzerlegung spielt eine zentrale Rolle beim bundesstaatlichen Finanzausgleich

3) vgl. §39 Abschnitt 2 Einkommensteuergesetz (EStG)

neben dem Bund als zentrale Ebene, als eigenständig gelten. Sie stellen eine mit Rechten und Pflichten ausgestattete Einheit dar und benötigen folglich ausreichende Finanzmittel, um die aus dem Grundgesetz hervorgehenden Aufgaben angemessen erfüllen zu können.

Steuern sind die bedeutendste Einnahmequelle für die öffentlichen Haushalte

1. Stufe: Vertikale Steuerverteilung

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte setzen sich aus Steuern, Gebühren und Beiträgen sowie Erlösen aus dem Verkauf von Vermögen und Krediten zusammen. Den aufkommenstärksten Teil nehmen dabei die Steuern ein. Im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs werden in der ersten Stufe die gesamten Steuereinnahmen auf den Bund und die Gesamtheit der Länder übertragen, zusätzlich wird den Gemeinden eine ergänzende Ertragszuweisung zugeschrieben.

2. Stufe: Horizontale Steuerverteilung

Steht die Summe des Steueraufkommens fest, welches den Ländern insgesamt zusteht, ist die Verteilung auf die einzelnen Bundesländer zu bestimmen. Grundsätzlich gilt dabei (mit Ausnahme der Umsatzsteuer) das Prinzip des örtlichen Aufkommens, d.h. den Ländern steht das Steueraufkommen zu, welches in ihrem Gebiet eingenommen wird. Allerdings ist das Ergebnis bei der Körperschaft- und Einkommensteuer zu zerlegen. Dementsprechend ist die Lohnsteuerzerlegung in diese Stufe des bundesstaatlichen Finanzausgleichs einzuordnen.

Der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne besteht in Ausgleichszahlungen reicherer Bundesländer (Geberländer) an ärmere Bundesländer (Nehmerländer).

3. Stufe: Länderfinanzausgleich

Prinzipiell sind die Volumen der Einnahmen der einzelnen Länder, begründet durch die individuelle wirtschaftliche und geografische Lage, sehr unterschiedlich. Folglich werden die Einnahmeunterschiede verringert, sodass alle Länder ihre aus der Verfassung ableitbaren Aufgaben erfüllen können. Ziel des Länderfinanzausgleichs ist es allerdings nicht, die Finanzkraft vollkommen auszugleichen, um die Eigenverantwortung und die Eigenstaatlichkeit der Bundesländer beizubehalten.

Zur Ermittlung der Höhe der Unterstützung ist die Finanzkraft je Einwohner der einzelnen Länder zu ermitteln. Diese setzt sich additiv aus allen Einnahmen des Landes sowie 64 Prozent der Einnahmen der Gemeinden des Landes zusammen, wobei diese Summe mit der Einwohnerzahl zu gewichten ist.

Für den Länderfinanzausgleich wird eine einheitliche Finanzkraft je Einwohner unterstellt, bei bestimmten Bundesländern bestehen jedoch Ausnahmen. So sind die Einwohner der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen mit 135 Prozent zu gewichten. Für die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (105 Prozent), Brandenburg (103 Prozent) und Sachsen-Anhalt (102 Prozent) ist die Einwohnerzahl ebenfalls fiktiv zu erhöhen, um deren erhöhten Finanzbedarf zu berücksichtigen.

Anhand der Differenz, die zwischen der durchschnittlichen Finanzkraft aller Länder und der Finanzkraft des zu betrachtenden Landes besteht, wird die Höhe der Ausgleichszuweisung bzw. des Ausgleichsbeitrags bestimmt. Mittels eines linearprogressivem Auffüllungs- bzw. Abschöpfungstarifes wird folglich die Differenz verringert, was zur Folge hat, dass die Finanzkraftunterschiede der Bundesländer deutlich verringert werden. Insgesamt entsprechen die von den Geberländern erbrachten Ausgleichsbeiträge den Ausgleichszuweisungen, die die Nehmerländer erhalten. Werden die Länder nach der Höhe ihrer Finanzkraft je Einwohner geordnet, so bleibt die Reihenfolge auch nach der Gewährung des Ausgleichsbeitrags bzw. nach Erhalt der Ausgleichszuweisung bestehen.

4. Stufe: Bundesergänzungszuweisungen

Finanzschwache Länder erhalten über den Länderfinanzausgleich hinaus Zuwendungen des Bundes, die sogenannten Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), welche zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs beitragen. Die Notwendigkeit der Bereitstellung dieser Mittel ergibt sich aus Artikel 107 Absatz 2 GG, wonach die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen, d.h. unter Beachtung des Finanzbedarfes des jeweiligen Landes, auszugleichen ist.

Zusätzlich zum Länderfinanzausgleich erhalten finanzschwache Länder Bundesergänzungszuweisungen aus dem Bundeshaushalt

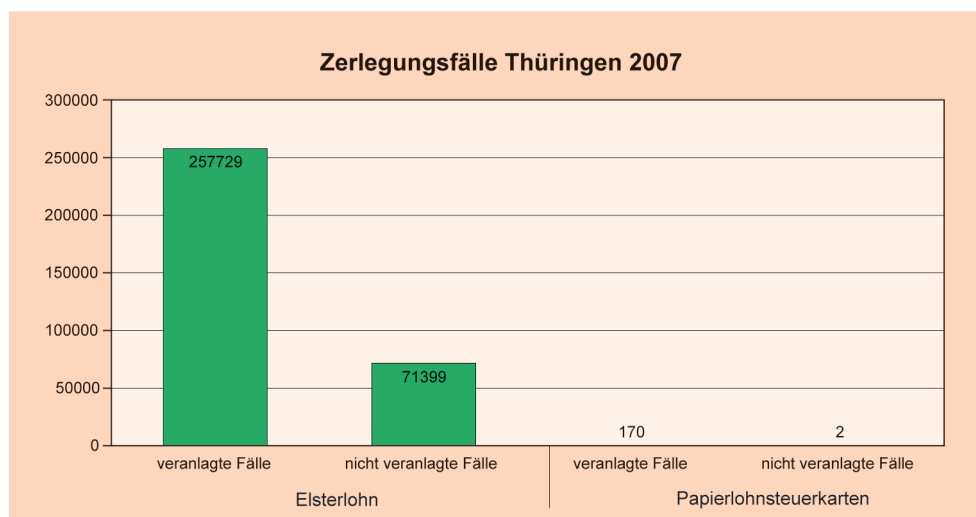
Es werden zwei Arten von BEZ unterschieden. Zum einen existieren allgemeine BEZ, welche die Finanzkraft je Einwohner weiter erhöht. Empfänger sind hierbei die Länder, deren Finanzkraft je Einwohner nach dem Länderfinanzausgleich unter 99,5 Prozent der durchschnittlichen liegt. Die Unterschreitung dieser Länder wird dabei zu 77,5 Prozent beglichen. Zum anderen werden Ländern, die spezielle Sonderlasten tragen, Sonderbedarfs-BEZ gewährt. Zum Beispiel bekommen die neuen Länder bis zum Jahr 2019 besondere Mittel, um die teilungsbedingten Sonderlasten zu kompensieren. Darüber hinaus erhalten sie mit Ausnahme Berlins aufgrund hoher struktureller Arbeitslosigkeit weitere Zuwendungen. Vor dem Hintergrund der überproportional hohen Kosten der politischen Führung empfangen die zehn leistungsschwachen kleineren Länder ebenfalls Unterstützung durch den Bund.⁴⁾

Ergebnisse der Lohnsteuerzerlegung 2007

Im Veranlagungsjahr 2007 sind durch das Thüringer Landesamt für Statistik 329 300 Zerlegungsfälle - Fälle, in denen die Lohnsteuer nicht an das Finanzamt im Wohnsitzland Thüringen abgeführt wurde - aus den elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen (ElsterLohn) (329 128) und in wenigen Fällen (172) auch anhand der Papierlohnsteuerkarten ermittelt worden. Eine Veranlagung erfolgte dabei in 78 Prozent der Zerlegungsfälle.

In 329 300 Fällen wurde die Lohnsteuer von Thüringer Arbeitnehmern an Finanzämter in anderen Bundesländern abgeführt

Abb.2



Im Vergleich zur letzten Zerlegung der Lohnsteuer im Jahr 2004 ist die Summe der Zerlegungsfälle um fast 30 Prozent gestiegen (siehe Tab.2). Auch gegenüber keinem der anderen Bundesländer waren negative Veränderungen feststellbar. Der höchste prozentuale Zuwachs aller Fälle konnte gegenüber Mecklenburg-Vorpommern (65,19 Prozent) verzeichnet werden. Die Zerlegungsfälle, die gegenüber Rheinland-Pfalz registriert worden, sind ebenfalls signifikant (um 52,75 Prozent)

Die Zerlegungsfälle sind gegenüber 2004 enorm gestiegen

4) Bundesministerium für Finanzen: Der bundesstaatliche Finanzausgleich

angestiegen. Absolut betrachtet, gab es in Bayern (74 772), in Hessen (70 923) und in Nordrhein-Westfalen (57 113) im Jahr 2007 die meisten Zerlegungsfälle. Hingegen ist die Lohnsteuer nur von einer geringen Anzahl Thüringer an Finanzämter der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (745), Bremen (1 758) und dem Saarland (1 957) abgeführt worden.

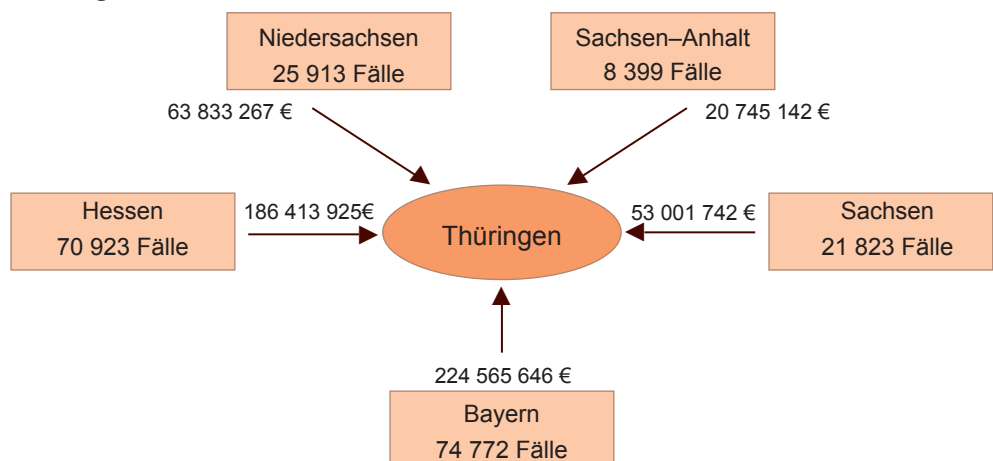
Der höchste Betrag der Lohnsteuer ist mit rund 225 Mill. Euro vom Freistaat Bayern einbehalten worden. Die Lohnsteuer, die von in Thüringen mit Wohnsitz gemeldeten Arbeitnehmern von bayerischen Finanzämtern einbehalten wurde, liegt rund 29 Prozent höher als im zuletzt betrachteten Veranlagungsjahr. Bei der Analyse der gesamten einbehaltenen Lohnsteuer wird ersichtlich, dass der Betrag um 16,49 Prozent angestiegen ist. Unterdurchschnittlich gestiegene Mehreinnahmen verzeichneten dagegen die 3 Stadtstaaten sowie das Flächenland Brandenburg.

Tab.2: Ausgleichsverpflichtungen der anderen Bundesländer gegenüber Thüringen (nach Abzug des Kindergeldes) 2004/2007

Ausgleichverpflichtetes Land	Anzahl Zerlegungsfälle 2004	Anzahl Zerlegungsfälle 2007	Veränderung 2007/2004 in %	Einbehaltene Lohnsteuer 2004 in €	Einbehaltene Lohnsteuer 2007 in €	Veränderung 2007/2004 in %
Schleswig-Holstein	3 226	4 128	+ 27,96	10 624 457	12 099 200	+ 13,88
Hamburg	5 462	6 385	+ 16,90	22 494 503	24 333 360	+ 8,17
Niedersachsen	21 860	25 913	+ 18,54	57 004 184	63 833 267	+ 11,98
Bremen	1 485	1 758	+ 18,38	4 780 729	5 128 894	+ 7,28
Nordrhein-Westfalen	45 613	57 113	+ 25,21	185 791 033	215 303 781	+ 15,88
Hessen	50 790	70 923	+ 39,64	167 444 057	186 413 925	+ 11,33
Rheinland-Pfalz	5 060	7 729	+ 52,75	17 135 993	20 261 009	+ 18,24
Baden-Württemberg	24 850	30 717	+ 23,61	92 461 868	105 610 025	+ 14,22
Bayern	56 179	74 772	+ 33,10	173 879 409	224 565 646	+ 29,15
Saarland	1 822	1 957	+ 7,41	5 255 291	5 913 901	+ 12,53
Berlin	7 742	9 602	+ 24,02	29 964 789	32 355 919	+ 7,98
Brandenburg	6 257	7 336	+ 17,24	16 462 961	17 795 406	+ 8,09
Meckl -Vorpommern	451	745	+ 65,19	1 127 850	1 949 376	+ 72,84
Sachsen	16 235	21 823	+ 34,42	46 644 530	53 001 742	+ 13,63
Sachsen-Anhalt	6 615	8 399	+ 26,97	18 208 369	20 745 142	+ 13,93
Gesamt	253 647	329 300	+ 29,83	849 280 023	989 310 142	+ 16,49

Auffällig ist vor allem, dass die Ausgleichsansprüche der unmittelbaren Nachbarbundesländer mehr als die Hälfte (55,45 Prozent) der bestehenden Gesamtansprüche ausmachten. In Hessen, Niedersachsen, Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt zahlten insgesamt 201 830 Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Thüringen ihre Lohnsteuer. Die Einnahmen dieser Nachbarländer aus der Lohnsteuer betragen dabei rund 549 Mill. Euro.

Abb. 3: Zerlegungsfälle und einbehaltene Lohnsteuer der Nachbarländer Thüringens



noch Abb. 3:

Vergleich zu den Ansprüchen gegenüber den verbleibenden Bundesländern:

Zerlegungsfälle: 127 470
 Ausgleichsanspruch: 440 750 871 €

Im bundesdeutschen Vergleich der Zerlegungsfälle der einzelnen Städte zeigten die Finanzämter Bonns mit 15 319 Fällen die höchste Anzahl auf. Die ehemalige Hauptstadt Deutschlands lag damit deutlich vor Frankfurt/Main mit 13 064 Zerlegungsfällen. In beiden Städten sind die Hauptverwaltungen verschiedener Unternehmen angesiedelt, worauf die Mehrheit der Fälle zurückzuführen ist. An dritter Position befand sich die hessische Stadt Fulda (11 887), wo die geografische Nähe zur Landesgrenze Thüringen auf einen erhöhten Pendleranteil schließen lässt. München wies dagegen 11 517 Zerlegungsfälle aus, aber auch die Städte Wiesbaden, Nürnberg und Coburg kamen auf je über 10 000 Fälle, in denen die Lohnsteuer von in Thüringen wohnenden Arbeitnehmern einbehalten worden ist. Somit liegen diese noch vor der heutigen Hauptstadt Berlin (9 602). Darüber hinaus weisen Finanzämter mit geringer Distanz zur thüringischen Landesgrenze eine erhöhte Anzahl von Zerlegungsfällen auf. Beispiele dafür sind u.a. Kassel (7 641), Leipzig (5 404), Göttingen (5 142), Bad Hersfeld (3 867), Kronach (3 842) oder auch Hof (3 538).

Im Veranlagungsjahr 2007 wurden in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt knapp 7,8 Mill. Zerlegungsfälle (siehe Tab.3) durch die einzelnen Statistischen Landesämter erfasst. Das sind 27,18 Prozent mehr Fälle als noch zur Lohnsteuerzerlegung 2004. Der Anstieg der insgesamt einbehaltenen Lohnsteuer ist hingegen mit 18,38 Prozent auf 37,6 Mrd. Euro geringer als der Anstieg der Zerlegungsfälle. Mit 329 300 Fällen befindet sich der Freistaat Thüringen beim Ranking der Bundesländer im unteren Drittel. Nur Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland, Bremen und Hamburg meldeten weniger Fälle. Die Notwendigkeit der Zerlegung ergab sich dagegen am häufigsten für die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Bundesweit gab es im Jahr 2007 knapp 7,8 Millionen Zerlegungsfälle, welche durch die Statistischen Landesämter ermittelt wurden

Tab.3: Ausgleichsberechtigungen aller Länder 2004/2007

Ausgleichsberechtigte Länder insgesamt	Anzahl Zerlegungsfälle 2004	Anzahl Zerlegungsfälle 2007	Veränderung 2007/2004 in %	Einbehaltene Lohnsteuer 2004 in €	Einbehaltene Lohnsteuer 2007 in €	Veränderung 2007/2004 in %
Schleswig-Holstein	335 671	411 060	+ 22,46	1 923 998 849	2 185 897 301	+ 13,61
Hamburg	182 663	241 639	+ 32,29	1 090 199 917	1 340 436 124	+ 22,95
Niedersachsen	727 472	856 128	+ 17,69	3 675 369 107	4 082 575 495	+ 11,08
Bremen	76 966	97 519	+ 26,70	344 459 460	398 324 921	+ 15,64
Nordrhein-Westfalen	666 213	892 725	+ 34,00	4 010 850 009	4 990 833 294	+ 24,43
Hessen	511 885	635 439	+ 24,14	3 136 367 117	3 713 468 805	+ 18,40
Rheinland-Pfalz	498 634	591 330	+ 18,59	2 598 340 859	2 929 644 281	+ 12,75
Baden-Württemberg	567 937	753 761	+ 32,72	3 157 051 907	3 827 013 464	+ 21,22
Bayern	751 938	900 482	+ 19,75	4 284 254 139	5 004 789 958	+ 16,82
Saarland	78 828	100 738	+ 27,79	360 182 817	440 855 127	+ 22,40
Berlin	274 669	440 250	+ 60,28	1 626 322 239	2 238 620 523	+ 37,65
Brandenburg	375 957	480 056	+ 27,69	1 667 323 036	1 951 877 111	+ 17,07
Meckl -Vorpommern	173 444	233 913	+ 34,86	634 603 592	737 765 465	+ 16,26
Sachsen	373 537	475 639	+ 27,33	1 443 834 737	1 689 638 007	+ 17,02
Sachsen-Anhalt	281 327	357 453	+ 27,06	950 214 809	1 069 044 068	+ 12,51
Thüringen	253 647	329 300	+ 29,83	849 280 023	989 310 593	+ 16,49
Gesamt	6 130 788	7 797 432	+ 27,18	31 752 652 617	37 590 094 537	+ 18,38

Dass es sich bei der Lohnsteuerzerlegung in Thüringen nicht nur um einseitige Ansprüche des Freistaates handelt, zeigt die folgende Tabelle (Tab.4)

Tab.4: Ausgleichsverpflichtungen Thüringens gegenüber den anderen Bundesländern (nach Abzug des Kindergeldes) 2004/2007

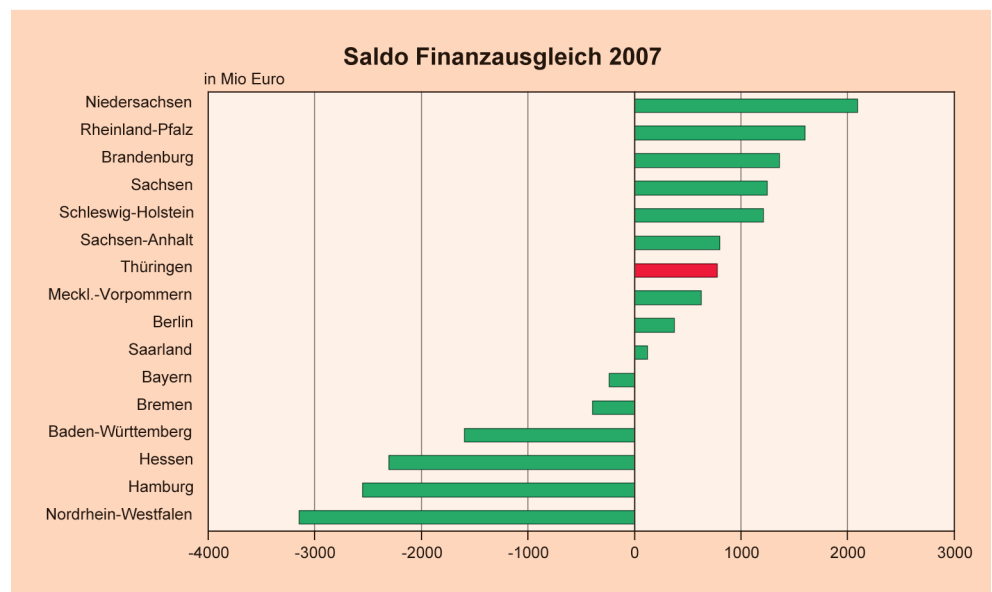
Ausgleichsberechtigte Länder insgesamt	Anzahl Zerlegungsfälle 2004	Anzahl Zerlegungsfälle 2007	Veränderung 2007/2004 in %	Einbehaltene Lohnsteuer 2004 in €	Einbehaltene Lohnsteuer 2007 in €	Veränderung 2007/2004 in %
Schleswig-Holstein	467	671	+ 43,68	2 253 641	2 915 449	+ 29,37
Hamburg	178	430	+ 141,57	1 323 147	1 588 382	+ 20,05
Niedersachsen	2 798	4 274	+ 52,75	15 225 998	18 619 962	+ 22,29
Bremen	55	118	+ 114,55	409 228	737 512	+ 80,22
Nordrhein-Westfalen	2 266	3 538	+ 56,13	14 367 833	19 971 321	+ 39,00
Hessen	5 125	6 821	+ 33,09	26 651 552	31 594 127	+ 18,55
Rheinland-Pfalz	1 028	1 462	+ 42,22	6 342 344	7 383 469	+ 16,42
Baden-Württemberg	1 774	2 263	+ 27,56	10 096 662	12 057 244	+ 19,42
Bayern	6 525	9 344	+ 43,20	33 838 002	40 707 500	+ 20,30
Saarland	91	148	+ 62,64	681 628	748 334	+ 9,79
Berlin	981	1 951	+ 98,88	5 302 746	7 812 589	+ 47,33
Brandenburg	1 591	1 883	+ 18,35	4 753 284	4 938 596	+ 3,90
Meckl.-Vorpommern	995	1 526	+ 53,37	3 103 043	2 839 709	- 9,27
Sachsen	11 608	15 152	+ 30,53	30 565 637	35 884 944	+ 17,40
Sachsen-Anhalt	8 814	11 714	+ 32,90	21 273 806	25 092 818	+ 17,95
Gesamt	44 296	61 295	+ 38,38	176 188 550	212 891 956	+ 20,83

In 61 295 Fällen wurde demnach die Lohnsteuer von Arbeitnehmern, die in den anderen Bundesländern ansässig sind bzw. die in Unternehmen beschäftigt sind, welche in Thüringen ihre Hauptverwaltung betreiben, an Finanzbehörden des Freistaates abgeführt. Deutlich wird wiederum die erhöhte Anzahl der Zerlegungsfälle in den Nachbarbundesländern. Hinsichtlich der insgesamt einbehaltenen Lohnsteuer in Höhe von rund 213 Mill. Euro wird ersichtlich, dass es sich um einen deutlich geringeren Betrag handelt als bei den Ausgleichsansprüchen Thüringens gegenüber den anderen Bundesländern.

Mit einem Forderungsüberschuss von rund 776 Millionen Euro gehört Thüringen zu den Nehmerländern

Werden die Forderungen und die Verpflichtungen saldiert, so ergibt sich für Thüringen ein Forderungsüberschuss in Höhe von rund 776 Mill. Euro. Folglich gehört der Freistaat zu den Nehmerländern der Bundesrepublik. Geberländer im Veranlagungsjahr 2007 sind laut des ermittelten Saldos demnach Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen, Baden-Württemberg, Bremen und Bayern.

Abb.4



In den oben aufgeführten Zerlegungsergebnissen wurde das Kindergeld bereits abgezogen. Die Notwendigkeit ergibt sich, weil bei Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Kindergeldfestsetzung und -zahlung unmittelbar von den Dienstherrn erfolgt. Dementsprechend wird nur eine um das ausgezahlte Kindergeld verminderte Lohnsteuer an das zuständige Finanzamt abgeführt, was die einbehaltene Lohnsteuer der Länder verringern würde. Da aber laut §8 des Bundeskindergeldgesetzes (BKKG) die Mittel für die Kindergeldzahlung vom Bund und nicht von den Ländern aufzubringen sind, werden die Ergebnisse unter Abzug des Kindergeldes von den Statistischen Landesämtern ausgewiesen. Somit ist in 7 474 Fällen vom Arbeitgeber Kindergeld in Höhe von insgesamt 17,9 Mill. Euro an in Thüringen wohnende Arbeitnehmer ausgezahlt worden.

Die ermittelten Forderungen und Gegenforderungen, welche zwischen den einzelnen Bundesländern bestehen, werden jedoch nicht in der vom Statistischen Landesamt ermittelten Höhe unmittelbar beglichen. Die Ansprüche gegenüber den Bundesländern werden von den obersten Finanzbehörden zur insgesamt vereinnahmten Lohnsteuer in Beziehung gesetzt. Als Ergebnis gehen folglich Zerlegungsquoten hervor, die dann für die genaue Festlegung der Ausgleichszahlungen der Bundesländer untereinander maßgebend sind.

Die von den Statistischen Landesämtern ermittelten Beträge gehen in Zerlegungsquoten ein, die dann die genauen Ausgleichszahlungen der Bundesländer regeln

Bedeutung

Grundsätzlich ist die Lohn- und die veranlagte Einkommensteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen der öffentlichen Haushalte. Im Jahr 2007 machten sie rund 30 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus.⁵⁾ Als Gemeinschaftssteuer ist dieses Steueraufkommen demnach von besonderer Bedeutung für Bund, Länder und Gemeinden. Folglich ist die Lohnsteuerzerlegung grundlegend, um die öffentlichen Haushalte durch den bundesstaatlichen Finanzausgleich mit angemessenen und vor allem ausreichenden Finanzmitteln zu versorgen.

5) vgl. Bundesministerium für Finanzen: Steuereinnahmen nach Steuerarten (2008)



Regina Dontschew
Referat Öffentliche Finanzen,
Personal im öffentlichen Dienst

Telefon: 03681 354-271

e-mail: Regina.Dontschew@statistik.thueringen.de

Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2009

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden jährlich am 30. Juni nach den Bestimmungen des Finanz- und Personalstandstatistikgesetzes¹⁾ erhoben.

Angesichts der Diskussion um die Verwaltungs- und Gebietsreform sowie der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte stehen Angaben über Anzahl und Struktur des Personals im öffentlichen Dienst im Blickpunkt des allgemeinen Interesses.

Die Entwicklung des Personals im öffentlichen Dienst nach Beschäftigungsbereichen, Aufgabenbereiche, Alter, Geschlecht, Umfang und Art des Dienstverhältnisses im Vergleich der Jahre 1998, 2007 und 2009 werden in diesem Aufsatz dargestellt.

Mitte des Jahres 2009 waren im öffentlichen Dienst Thüringens 121 Tsd. Personen beschäftigt. Jeder sechste Beschäftigte in Thüringen war bei einem öffentlichen Arbeitgeber angestellt.

Die größten Arbeitgeber waren das Land und die Gemeinden und Gemeindeverbände. Gegenüber 1998 betrug der Personalrückgang rund ein Fünftel der Beschäftigten.

Gründe waren die Ausgliederungen in den privatwirtschaftlichen Bereichen sowie Fusionen der Sozialversicherungen im Mitteldeutschen Raum, als auch der häufige Wegfall von Stellen nach dem Ausscheiden älterer Mitarbeiter in den Ruhestand. Das hatte auch Folgen auf die Altersstruktur der Beschäftigten.

Nur 15 Prozent der Beschäftigten (ohne Bund) waren Mitte 2009 jünger als 35 Jahre, aber der Anteil der Generation 50 plus lag bei 45 Prozent. Die seit 1998 tarifvertragliche Regelung der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst wurde von den älteren Mitarbeitern verstärkt genutzt. 11 Prozent der Gesamtbeschäftigten wählten diese Möglichkeit des frühzeitigen Ausscheidens aus dem aktiven Arbeitsleben.

Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst

Entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst werden jährlich am 30. Juni die Beschäftigten bei öffentlichen Arbeitgebern erhoben.

1) Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz - FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438)

Zu den öffentlichen Arbeitgebern gehören im **unmittelbaren** öffentlichen Bereich die Gebietskörperschaften Bund, Land, Gemeinden und Gemeindeverbände mit ihren Behörden, Gerichten und Verwaltungen, die rechtlich unselbständigen Einrichtungen und die Zweckverbände.

Zum **mittelbaren** öffentlichen Bereich zählen die selbständigen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen (Anstalten und Stiftungen) unter Bundes- und Landesaufsicht sowie die Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit.

Des Weiteren werden die Beschäftigten der rechtlich selbständigen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung (mehr als 50 Prozent mittelbare oder unmittelbare öffentliche Beteiligung am Stimmrecht oder Nennkapital) erfasst, auch als staatliche und kommunale Fonds, Einrichtungen und Unternehmen bezeichnet.

Sie werden mit einem verkürzten Merkmalskatalog erhoben und sind im Aufsatz nur nachrichtlich aufgeführt.

Grundlage für die Einbeziehung in die statistische Erfassung des Personal-Ist-Bestandes ist ein unmittelbares Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis mit einer berichtspflichtigen Dienststelle und in der Regel der Bezug von Gehalt, Entgelt, Vergütung oder Lohn aus den Haushaltsmitteln der Berichtsstelle.

Beschäftigte, die Mutterschafts- oder Krankengeld beziehen sind ebenfalls einbezogen.

Erfasst werden außerdem geringfügig Beschäftigte und ohne Bezüge beurlaubte Beamte und Arbeitnehmer. Sie werden hier nur informativ dargestellt.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst Thüringens insgesamt

Am 30.Juni 2009 hatten in Thüringen 121 370 Beschäftigte einen Dienst- oder Arbeitsvertrag mit einem Arbeitgeber des **unmittelbaren bzw. mittelbaren öffentlichen Dienstes**. Das waren 2 196 Personen weniger als am 30.Juni 2007.

Damit war 2009 jeder sechste Beschäftigte in Thüringen Mitarbeiter eines öffentlichen Arbeitgebers.

Nicht in den Personal-Ist-Bestand einbezogen sind die 1 692 ohne Bezüge beurlaubten und die 1 876 geringfügig Beschäftigten.

Gegenüber 1998 betrug der Personalrückgang 35 020 Personen bzw. rund ein Fünftel der Beschäftigten. Gründe waren Personalreduzierungen, Ausgliederungen in den privatwirtschaftlichen Bereich bzw. Fusionen der Sozialversicherungen der Mitteldeutschen Länder.

Jeder sechste Beschäftigte Mitarbeiter eines öffentlichen Arbeitgebers

Rückgang gegenüber 1998 betrug 35 000 Personen

Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Merkmal	1998	2007	2009
Beschäftigte insgesamt	156 390	123 566	121 370
Beamte/Richter	30 105	42 250	42 626
Arbeitnehmer	126 285	81 316	78 744
Vollzeitbeschäftigte	119 220	76 949	79 462
Teilzeitbeschäftigte (einschl. Altersteilzeit)	37 170	46 617	41 908
Teilzeitquote in Prozent	23,8	37,7	34,5

Außerdem wurden am 30. Juni 2009 in den rechtlich selbstständigen, öffentlich bestimmten Unternehmen in privater Rechtsform 27 709 Personen beschäftigt.

Seit 1998 verringerte sich in diesem Bereich die Mitarbeiterzahl um 5 170 Personen. Sie sind nicht in der Gesamtbeschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes enthalten.

Zahl der Beamten gestiegen, die der Arbeitnehmer gesunken

Von den 121 370 Beschäftigten standen 42 626 **Beamte und Richter** in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. Das waren 35 Prozent der Beschäftigten. Die Erhöhung des Anteils der Beamten um 16 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 1998 ist sowohl auf den Anstieg der Zahl der Beamten und Richter (+ 12 521) als auch auf den Rückgang der Arbeitnehmer (- 47 541) zurückzuführen.

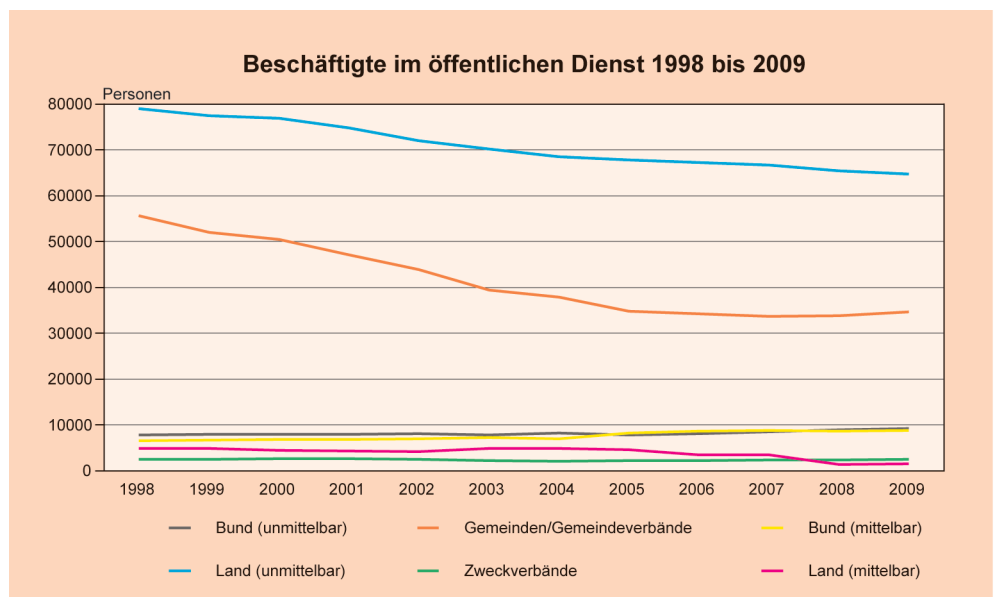
Die Zahl der **Arbeitnehmer** mit einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis betrug 78 744 Personen und sank gegenüber 1998 um 38 Prozent.

Die Nutzung von Teilzeitmodellen jeglicher Art besonders im Landesbereich führte in den vergangenen Jahren zu einem verstärkten Rückgang der Vollzeitbeschäftigten und einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung. Dieser Trend wurde im Jahr 2009 durch die Möglichkeit der verbeamteten Lehrer, aus der Teilzeit- in die Vollzeitbeschäftigung zu wechseln, gebremst.

Die Teilzeitquote, die den Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Gesamtbeschäftigten darstellt, stieg von 1998 bis 2007 um 14 Prozentpunkte an und von 2007 bis 2009 fiel sie um 3 Prozentpunkte.

Beschäftigte nach Beschäftigungsbereichen

In Thüringen wurden mit der Personalstandstatistik am 30.Juni 2009 insgesamt 121 370 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes erfasst. 54 Beschäftigte waren außerhalb Thüringens, u. a. in Berlin (30) und bei der EU in Brüssel (5) tätig.



Mitte 2009 zählten zum **unmittelbaren öffentlichen Dienst** 111 085 Mitarbeiter. Im Land waren 64 678 Personen beschäftigt, die kommunalen Arbeitgeber hatten 34 692 und die Zweckverbände 2 541 Mitarbeiter. Der Bund beschäftigte in Thüringer Dienststellen, Behörden, Gerichten und Einrichtungen 9 174 Personen (einschließlich Berufs- und Zeitsoldaten).

Im **mittelbaren öffentlichen Dienst** waren es 10 285 Beschäftigte, davon im Bundesdienst (Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger unter Bundesaufsicht) 8 779 und im Landesdienst (Sozialversicherungsträger unter Landesaufsicht, Anstalten, Körperschaften, Stiftungen) 1 506 Beschäftigte.

Beschäftigte nach Beschäftigungsbereichen

Beschäftigungsbereich	1998	2007	2009	Davon	
				Vollzeit-	Teilzeit-
				beschäftigte	
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	144 894	111 256	111 085	71 574	39 511
Bund	7 836	8 590	9 174	8 554	620
dar. Berufs- und Zeitsoldaten	4 048	4 890	5 730	5 719	11
Land	913	66 649	64 678	40 646	24 032
Gemeinden und Gemeindeverbände	55 664	33 664	34 692	20 197	14 495
Zweckverbände	2 481	2 353	2 541	2 177	364
Mittelbarer öffentlicher Dienst	11 496	12 310	10 285	7 888	2 397
Bund	6 557	8 758	8 779	6 692	2 187
Land	4 939	3 552	1 506	1 296	210
Insgesamt	156 390	123 566	121 370	79 462	41 908
außerdem: Rechtlich selbständige öffentliche Unternehmen	32 879	25 522	27 709	19 976	7 733

Unmittelbarer öffentlicher Dienst:

Im Dienst des **Bundes** (Bundesbehörden und -gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen; einschließlich Bundeswehr) wurden Mitte 2009 insgesamt 9 174 Mitarbeiter beschäftigt. Darunter waren 5 730 Berufs- und Zeitsoldaten. Im Vergleich zum Jahr 2007 wurden 584 Mitarbeiter mehr gezählt.

Von den 9 174 Beschäftigten waren 8 554 mit voller Arbeitszeit und 620 als Teilzeitkräfte eingesetzt. Der Zugang erfolgte vollständig bei den Vollzeitbeschäftigten, die zu zwei Dritteln Berufs- und Zeitsoldaten waren. Der Anteil der 9 174 Bundesbediensteten an den Beschäftigten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes insgesamt lag in Thüringen bei acht Prozent.

Der größte öffentliche Arbeitgeber war 2009 das **Land** Thüringen. In seinem Dienst standen 64 678 Personen, davon arbeiteten 40 646 mit der vollen und 24 032 mit verkürzter Arbeitszeit. Zwei Jahre zuvor gab es mit 66 649 Landesbediensteten 1 971 mehr. Im Vergleich zum Jahr 1998 betrug der Rückgang 14 235 Personen.

14 000 Beschäftigte beim Land seit 1998 weniger

Innerhalb dieser Zeitspanne gab es eine deutliche Verschiebung von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigung. Gegenüber 1998 haben sich die Vollzeitbeschäftigten um 23 844 Personen bzw. 37 Prozent verringert. Dagegen hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 14 423 auf 24 032 Personen erhöht.

Im Vergleich zum Jahr 2007 stieg die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten um 3 563. Der Anstieg resultiert aus dem Wechsel der verbeamteten Lehrer von Teilzeit in Vollzeit.

Diese Entwicklung schlägt sich bei der Berechnung der Teilzeitquote und der Vollzeitäquivalente (Vollzeitbeschäftigte plus auf Vollzeitbeschäftigte umgerechnete Teilzeitbeschäftigte) nieder. Die Teilzeitquote betrug 37 Prozent Mitte 2009. Das war gegenüber dem Jahr 2007 ein Absinken um 7 Prozentpunkte aber ein Anstieg um 19 Prozentpunkte gegenüber 1998.

Die Teilzeitquote lag 2009 bei 37 Prozent

Besonders beeinflusst wurde die Entwicklung über den gesamten Zeitraum durch die Nutzung der Arbeitszeitmodelle im schulischen Bereich und die Regelungen zur Altersteilzeit.

Ganz deutlich stellt sich das beim Vergleich der Teilzeitquoten bei den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen dar. Arbeiteten in diesem Bereich mit 32 Prozent im Jahr 1998 vergleichsweise schon viele Personen in Teilzeit, erreichte dieser Anteil Mitte 2007 und 2009 77 bzw. 55 Prozent.

Bezogen auf die Einwohnerzahl betrug die Personalausstattung 28,66 Beschäftigte je 1 000 Einwohner.

24,72 Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohner

Berücksichtigt man die Teilzeitbeschäftigten mit ihrem echten Arbeitsvolumen, indem über den individuellen Arbeitszeitfaktor alle Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet werden (= Vollzeitäquivalente - VZÄ), dann ergibt das eine Personalintensität von 24,72 VZÄ je 1 000 Einwohner (2007: 24,54).

Beschäftigte des Landes in Vollzeitäquivalenten je 1 000 Einwohner

Aufgabenbereich		1998	2007	2009
0-8	Kernhaushalt	27,01	22,64	19,99
0	Allgemeine Dienste	9,27	8,37	8,44
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	15,09	11,82	9,46
11,12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	12,25	8,73	9,14
13	Hochschulen	2,37	2,54	-
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	0,41	0,28	0,10
3	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	0,47	0,42	0,35
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0,17	0,39	0,36
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	0,34	0,28	0,54
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	0,07	0,06	0,05
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	0,34	0,34	0,33
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund-, Kapital- und Sondervermögen	0,83	0,69	0,36
0-8	Sonderrechnungen	3,45	1,89	4,73
13	Hochschulen	-	-	4,60
132	Hochschulkliniken	1,77	1,77	1,91
312	Krankenhäuser	1,05	-	-
8	Wirtschaftsunternehmen	0,05	0,04	0,09
Insgesamt		30,46	24,54	24,72

38 Prozent weniger Beschäftigte im kommunalen Bereich gegenüber 1998

Der zweite wichtige öffentliche Arbeitgeber sind die **Gemeinden und Gemeindeverbände** (Gemeindeverbände: Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften). Sie beschäftigten Mitte 2009 insgesamt 34 692 Mitarbeiter, das sind 1 028 Beschäftigte mehr als am 30.Juni 2007. Gegenüber 1998 wurde das Personal um 20 972 Mitarbeiter bzw. 38 Prozent reduziert.

Der Anstieg gegenüber 2007 ergab sich einerseits aus den Rückführungen von Personal in die Schulhorte und Kindertagesstätten und andererseits aus der Kommunalisierung von Landesaufgaben.

Von den 34 692 Beschäftigten arbeiteten 20 197 als Vollzeit- und 14 495 als Teilzeitkräfte. Im Vergleich zum 30.Juni 2007 hatten die Gemeinden und Gemeindeverbände 386 Vollzeitbeschäftigte weniger und 1 414 Teilzeitkräfte mehr beschäftigt. Das ergab eine Teilzeitquote von 42 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2007 ist die Quote um 3 Prozentpunkte gestiegen.

Beschäftigte in Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppe	1998	2007	2009	Davon	
				Vollzeit-	Teilzeit-
				beschäftigte	
Kreisfreie Städte	12 415	9 154	9 459	5 995	3 464
Kreisangehörige Gemeinden	25 098	13 075	13 734	7 540	6 194
Verwaltungsgemeinschaften	2 953	1 950	1 868	839	1 029
Landkreise	15 198	9 485	9 631	5 823	3 808
Insgesamt	55 664	33 664	34 692	20 197	14 495

Die Personalausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände lag 2009 bei 15,37 Personen je 1 000 Einwohner. Werden die Teilzeitbeschäftigten über ihren Arbeitszeitfaktor auf Vollzeitäquivalente umgerechnet, ergibt das eine Personalintensität von 13,46 VZÄ je 1 000 Einwohner (2007:12,80).

**13,46 Vollzeit-
äquivalente je
1 000 Einwohner**

Beschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände in Vollzeitäquivalenten je 1 000 Einwohner

Aufgabenbereich		1998	2007	2009
0-8	Kernhaushalt	17,87	11,73	12,36
0	Allgemeine Verwaltung	3,84	3,05	3,23
02, 05, 06, 08	Übrige allgemeine Verwaltung	2,45	1,79	1,95
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1,61	1,50	1,57
2	Schulen	1,73	0,99	1,05
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	1,79	0,61	0,62
4	Soziale Sicherung	3,22	2,53	2,77
46	Einrichtungen der Jugendhilfe	2,17	1,39	1,49
5	Gesundheit, Sport, Erholung	1,55	0,69	0,75
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	1,66	1,10	1,03
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	2,26	1,20	1,26
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	0,21	0,05	0,06
0-8	Sonderrechnungen	2,01	1,07	1,10
51	Krankenhäuser	1,28	-	-
8	Wirtschaftsunternehmen	0,07	0,21	0,21
Insgesamt		19,88	12,80	13,46

In den **kommunalen Zweckverbänden** waren Mitte 2009 insgesamt 2 541 Personen beschäftigt, 188 mehr als zwei Jahre zuvor. Gegenüber 1998 hat sich ihre Zahl um 60 Personen erhöht. Der überwiegende Teil (86 Prozent) war vollzeitbeschäftigt.

Mittelbarer öffentlicher Dienst:

Bei den erfassten Einrichtungen des mittelbaren öffentlichen Dienstes wurden 10 285 Beschäftigte gezählt, das waren 2 025 weniger als im Jahr 2007. Der Personalabgang resultiert aus der Fusion der AOK Thüringen am 1.1.2008 zur AOK PLUS unter Aufsicht des Freistaates Sachsen.

Weitere 3 254 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor allem bei fusionierten und unter Landesaufsicht von Sachsen stehenden Sozialversicherungsträgern, versehen ihren Dienst in Thüringen. Sie sind nicht in der Zahl der Thüringer Beschäftigten enthalten, sondern in Sachsen.

Der mittelbare Bundesdienst mit Arbeitsort Thüringen beschäftigte am 30. Juni 2009 8 779 Mitarbeiter, darunter 4 898 Mitarbeiter in der Bundesagentur für Arbeit.

Beschäftigte nach Aufgabenbereichen

Von den 64 678 Beschäftigten des **Landes** waren 52 403 Personen in den Kernhaushalten (alle brutto geführten Ämter, Behörden, Gerichte und unselbständigen Einrichtungen) tätig, 9 323 bzw. 17 514 weniger als 2007 bzw. 1998. Bei den Sonderrechnungen (alle aus dem Kernhaushalt ausgegliederten rechtlich unselbständigen Einrichtungen, i.d.R. Eigenbetriebe) wie z.B. die Hochschulen und die Uniklinik Jena, waren es 12 275 Personen Mitte 2009 gegenüber 4 923 Personen zwei Jahre zuvor und 8 996 Beschäftigte im Jahr 1998.

Die Verschiebungen zwischen den Kernhaushalten und Sonderrechnungen in den Jahren 2007 bis 2009 ergeben sich aus dem veränderten Haushaltsvollzug der Hochschulen. Ab 2008 werden sie wie Landesbetriebe geführt.

Fast die Hälfte der Landesbediensteten ist im Schulbereich tätig

Von den Beschäftigten der Kernhaushalte waren 25 744 Personen und damit fast jeder zweite Landesbedienstete im Schulbereich beschäftigt. Gegenüber dem Jahr 2007 wurde der Personalbestand um 1 128 Personen reduziert. Gegenüber dem Jahr 1998 betrug der Personalabbau 6 851 Personen.

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Schulbereich stieg gegenüber dem 30.6.2007 um 5 382 auf 11 511 Personen an und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sank um 6 510 auf 14 233 Personen. 55 Prozent der Beschäftigten im Schulwesen waren Mitte 2009 teilzeitbeschäftigt. Im Jahr 2007 waren es 77 Prozent.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete 2009 der Bereich Allgemeine Dienste mit 20 525 Beschäftigten. Gegenüber dem Jahr 2007 erhöhte sich die Anzahl geringfügig. 39 Prozent der Landesbediensteten arbeiteten in diesem Bereich.

Beschäftigte des Landes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich		1998	2007	2009
0-8	Kernhaushalt	69 917	61 726	52 403
0	Allgemeine Dienste	23 101	20 498	20 525
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	40 206	34 995	26 568
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 037	749	282
3	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 180	1 091	909
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	431	1 008	939
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	850	707	1 346
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	185	152	140
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	848	842	828
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund-, Kapital- und Sondervermögen	2 079	1 684	866
0-8	Sonderrechnungen	8 996	4 923	12 275
13	Hochschulen (einschl. Hochschulkliniken)	-	-	11 943
132	Hochschulkliniken	4 701	4 620	4 923
312	Krankenhäuser	2 702	-	-
Insgesamt		78 913	66 649	64 678

Im Jahr 2009 waren von den 34 692 Beschäftigten bei **Gemeinden und Gemeindeverbänden** (Gemeindeverbände: Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften) 32 001 in den Kernhaushalten tätig. Gegenüber 2007 waren das 1 022 mehr bzw. gegenüber 1998 18 432 Personen weniger.

Beschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	1998	2007	2009
0-8 Kernhaushalt	50 433	30 979	32 001
0 Allgemeine Verwaltung	10 402	7 995	8 365
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 146	3 736	3 841
2 Schulen	4 809	2 777	2 981
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	5 438	1 688	1 639
4 Soziale Sicherung	9 497	7 011	7 398
5 Gesundheit, Sport, Erholung	4 515	1 786	1 917
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	4 381	2 808	2 560
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	6 594	3 045	3 139
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	651	133	161
0-8 Sonderrechnungen	5 231	2 685	2 691
51 Krankenhäuser	3 376	-	-
Insgesamt	55 664	33 664	34 692

Die personalintensivsten Bereiche der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände waren die Allgemeine Verwaltung und die Soziale Sicherung. Jeder zweite Beschäftigte des kommunalen Bereichs wurde in diesen Aufgabenbereichen eingesetzt.

Zur Allgemeinen Verwaltung gehören vor allem die Aufgabenbereiche Gemeinde- und Kreisorgane, Rechnungsprüfung, Haupt- und Finanzverwaltung.

Mehr als die Hälfte der 7 398 Beschäftigten des sozialen Bereiches waren in Kindertageseinrichtungen (3 929 Personen) tätig. Gegenüber 2007 hat sich die Zahl der Beschäftigten in den Kindertagesstätten um 201 Personen erhöht.

Den anzahlmäßig größten Personalabbau seit 1998 verzeichneten die Bereiche Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege (Aufgabenbereich 3), Gesundheit, Sport, Erholung (5) und Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung (7) zu einem großen Teil durch den Wegfall fast aller ABM-Kräfte.

Von den 2 541 Beschäftigten in den **Zweckverbänden** waren 1 752 Personen im Aufgabenbereich Wasserversorgung und 340 bzw. 214 Personen bei der Abwasser- und Abfallbeseitigung tätig.

Beschäftigte nach dem Alter und Geschlecht

Der Personalabbau und die restriktive Einstellungspolitik der vergangenen Jahre blieben im öffentlichen Dienst nicht ohne Folgen auf die Altersstruktur der Beschäftigten. Mit 15 441 Personen betrug der Anteil der Mitarbeiter, die jünger als 35 Jahre sind, Mitte 2009 nur 15 Prozent an den 103 417 Gesamtbeschäftigten (ohne Bund). 2007 waren es 14 Prozent.

Bei diesen Angaben ist zu berücksichtigen, dass die rund 900 ohne Bezüge beurlaubten Mitarbeiter unter 35 Jahren nach beendetem Erziehungsurlaub bzw. absolviertem Wehrdienst wieder den öffentlichen Arbeitgebern zur Verfügung stehen und damit der Anteil der jungen Beschäftigten bei 16 Prozent liegen würde.

2009 waren wie im Vorjahr 15 Prozent der Landesbediensteten und 14 Prozent der Beschäftigten der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen unter 35 Jahren. Darin sind die 2 786 Auszubildenden, Referendare und Anwärter des Landes und der Kommunen enthalten.

Jeder zweite kommunale Beschäftigte in Bereichen Allgemeine Verwaltung und Soziale Sicherung tätig

Nur 15 Prozent der Beschäftigten sind jünger als 35 Jahre

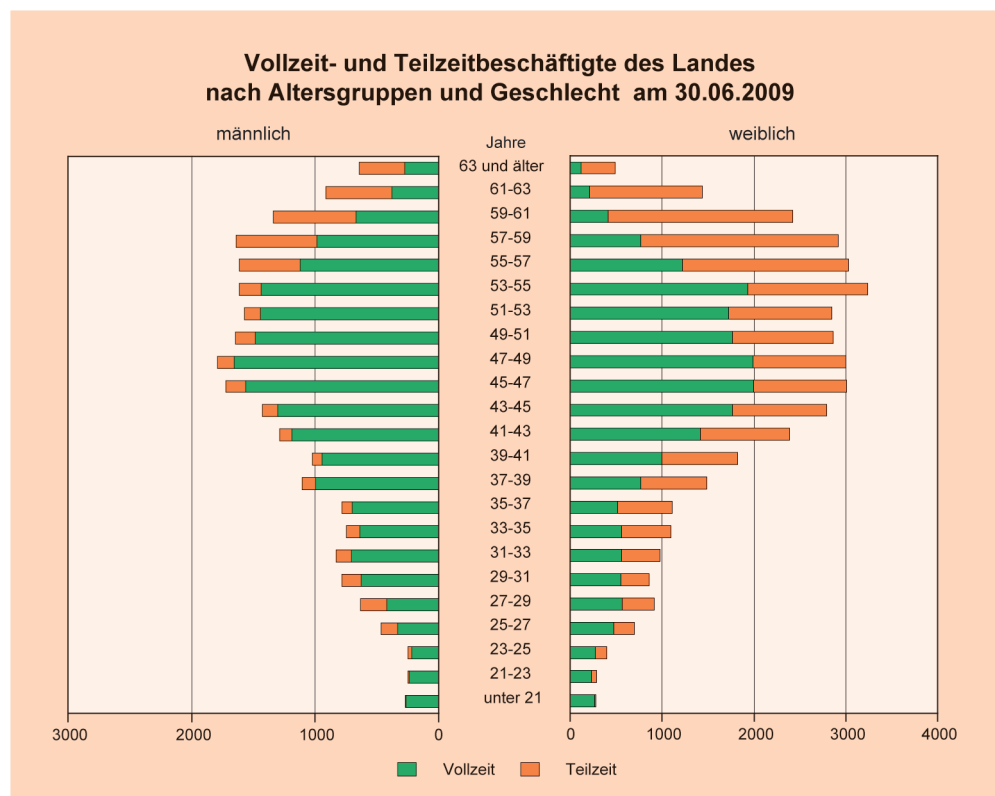
Beschäftigte nach Altersgruppen am 30. Juni 2009

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Land	Gem./GV
	Anteil in Prozent	
unter 25	2,7	4,6
25 – 35	12,4	9,3
35 – 45	23,5	18,4
45 – 55	36,0	39,9
55 – 63	23,7	27,1
63 und mehr	1,7	1,7

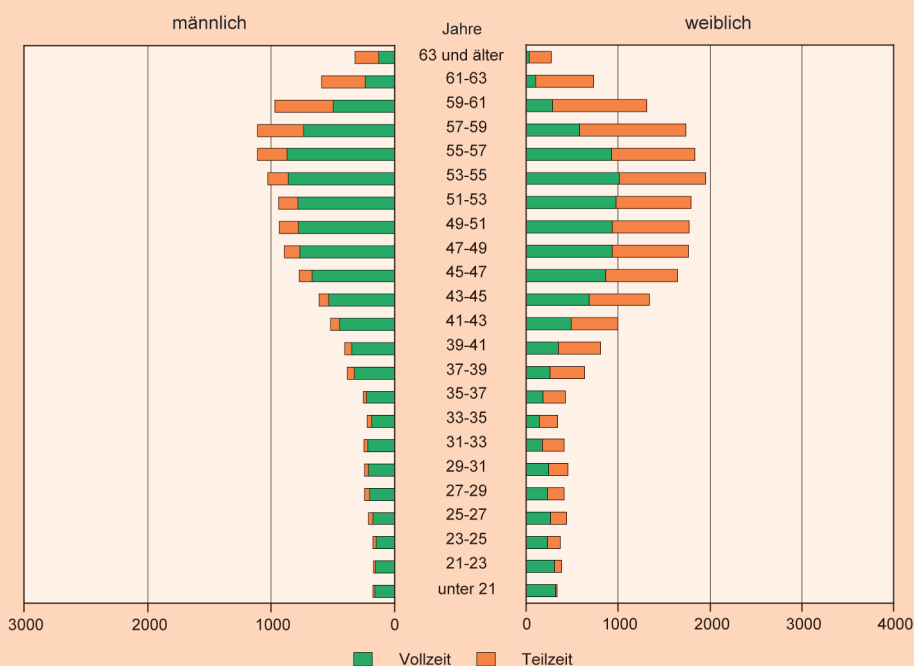
Die Altersstruktur der 64 678 Landesbediensteten und 34 692 Beschäftigten der Gemeinden und Gemeindeverbände geben die nachfolgenden Grafiken wieder. Dabei wird insbesondere die Teilzeitbeschäftigung nach Umfang, Altersgruppen und Geschlecht deutlich. Die Altersteilzeitbeschäftigten sind in den Teilzeitbeschäftigten enthalten.

Von den 64 678 Landesbediensteten waren 40 358 Frauen und 24 320 Männer. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei den Frauen betrug 48 Prozent, das waren 19 274 Personen. Bei den Männern arbeiteten 4 758 Personen in Teilzeit.

In den Gemeinden und Gemeindeverbänden waren 22 201 Frauen und 12 491 Männer tätig. 52 Prozent der Frauen (11 640) und 23 Prozent der Männer (2 855) gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach.



Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Altersgruppen und Geschlecht am 30.06.2009



Beschäftigte in Altersteilzeit

Mit 11 254 Beschäftigten des unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienstes (ohne Bund) nutzte Mitte 2009 fast jeder zweite Beschäftigte der Altersgruppe ab 55 Jahre (41 Prozent) die Möglichkeit der Altersteilzeit.

Im unmittelbaren öffentlichen Dienst waren es 11 187 Personen, 887 mehr als zwei Jahre zuvor.

Es handelt sich dabei um 3 345 Personen in Gemeinden und Gemeindeverbänden und 179 bei Zweckverbänden. Beim Land waren es 7 663 Personen.

Von den 11 187 Personen befanden sich 6 877 Personen in der aktiven Phase (Arbeitsphase und Teilzeitmodell), 821 mehr als zwei Jahre zuvor. In der Freistellungsphase befanden sich 4 310 Beschäftigte, 66 mehr als am 30.Juni 2007.

Beschäftigte in Altersteilzeit am 30. Juni 2009

Modell	Unmittelbarer öffentlicher Dienst (ohne Bund)	Land	Gemeinden/ Gemeindeverbände	Zweckverbände
Altersteilzeit	11 187	7 663	3 345	179
Blockmodell Arbeitsphase	6 443	4 711	1 628	104
Blockmodell Freistellungsphase	4 310	2 713	1525	72
Teilzeitmodell	434	239	192	3

Im mittelbaren Landesdienst nutzten 67 Beschäftigte ein Altersteilzeitmodell. In den Bundesbehörden und Einrichtungen des unmittelbaren und mittelbaren Dienstes waren am 30.Juni 2009 1 052 Personen in Altersteilzeit.

Ausbildungszahlen leicht gesunken

Personal in Ausbildung

Ende Juni 2009 betrug die Anzahl der Auszubildenden im unmittelbaren öffentlichen Dienst (ohne Bund) 2 881 Personen. Das waren 36 Azubis weniger als zwei Jahre zuvor.

In den Behörden und Einrichtungen des Landes erhielten 1 942 Personen (2007: 2 035 Personen), darunter 1 419 als Referendare und Anwärter eine Ausbildung u.a. für den Dienst bei der Polizei, den Gerichten und Staatsanwaltschaften, in Schulen und bei der Steuer- und Finanzverwaltung.

Gemeinden und Gemeindeverbände bildeten 844 Personen aus, schwerpunktmäßig Arbeitnehmer im Bereich der Allgemeinen Verwaltung.

In den Zweckverbänden wurden 95 Azubis ausgebildet.

Der Anteil der Auszubildenden an den Gesamtbeschäftigten lag beim Land bei 3,0 Prozent und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei 2,4 Prozent.

In den Landesbehörden des mittelbaren öffentlichen Dienstes gab es 53 Auszubildende.

Geringfügig Beschäftigte

Im Rahmen der Personalstandstatistik werden auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit einer geringfügigen Alleinbeschäftigung erhoben. Sie werden nur nachrichtlich erfasst, sind also in den Beschäftigtenzahlen insgesamt nicht enthalten.

Zum Stichtag 30.Juni 2009 waren 1 876 Personen (ohne Bund) in einem Beschäftigungsverhältnis tätig, für das sie monatlich nicht mehr als 400 Euro erhalten, davon 168 beim Land, 1 651 in den Gemeinden und Gemeindeverbänden, 43 in den Zweckverbänden und 14 im mittelbaren öffentlichen Dienst.

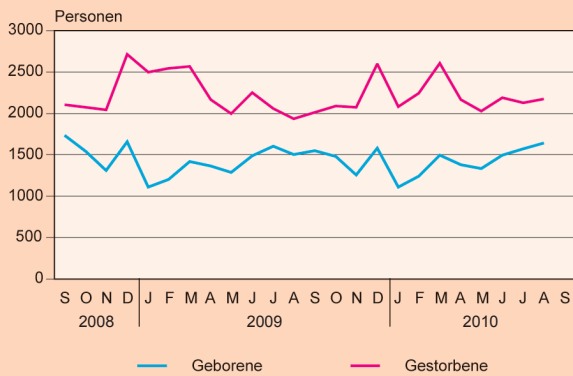
Beurlaubte Beschäftigte

Ebenfalls nachrichtlich, weil nicht zum Personal-Ist-Bestand gehörend, werden die ohne Bezüge beurlaubten Beschäftigten erfasst. Es handelt sich dabei zum größten Teil um Personen im Erziehungsurlaub und um Wehr- und Zivildienstleistende.

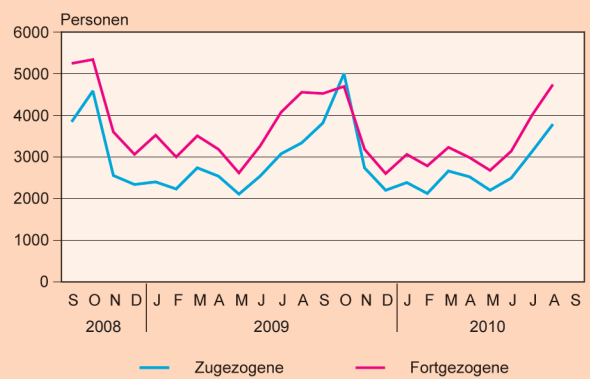
Mitte 2009 waren es insgesamt (ohne Bund) 1 692 Personen (2007: 1 495). Zum Land gehörten davon 1 236 Personen, zu den Gemeinden und Gemeindeverbänden 403 Personen, 20 Personen zu Zweckverbänden und 33 zum mittelbaren öffentlichen Dienst.

Nach dem Dienstverhältnis handelt es sich dabei um 658 Beamte und Richter und 1 034 Arbeitnehmer.

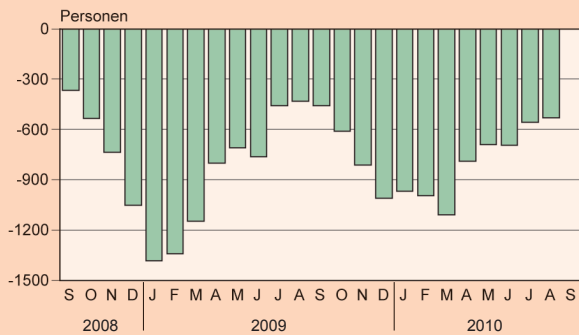
Geborene und Gestorbene



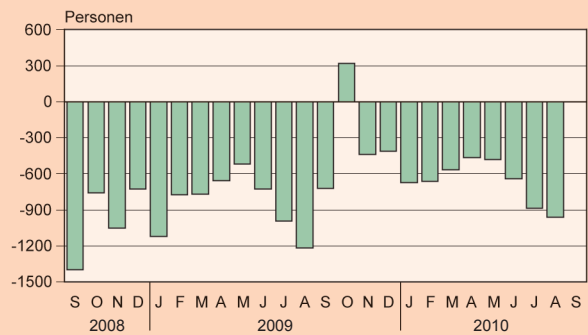
Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogene



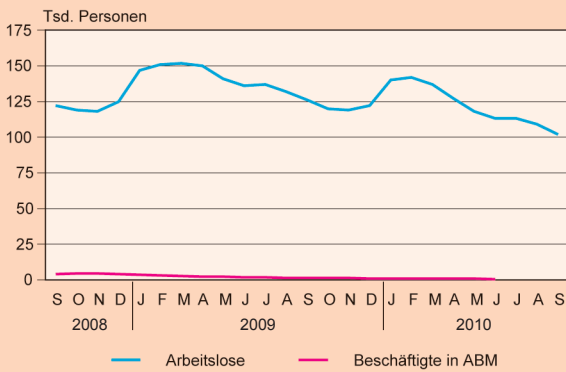
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)



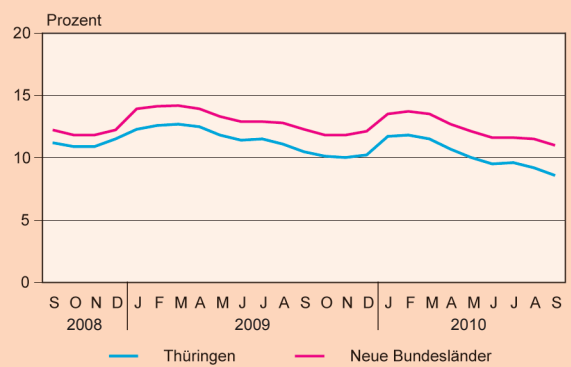
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)



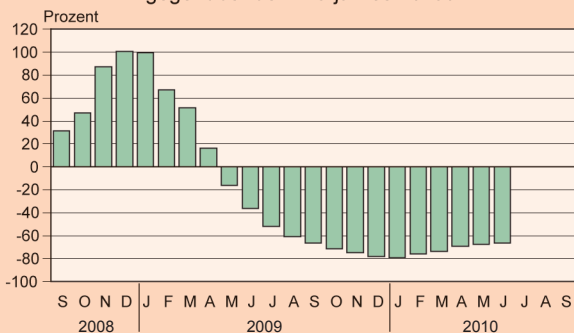
Arbeitsmarkt



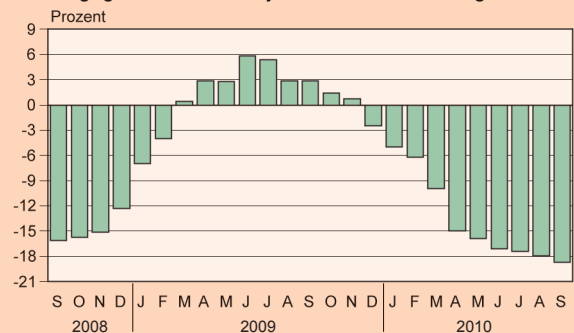
Arbeitslosenquote

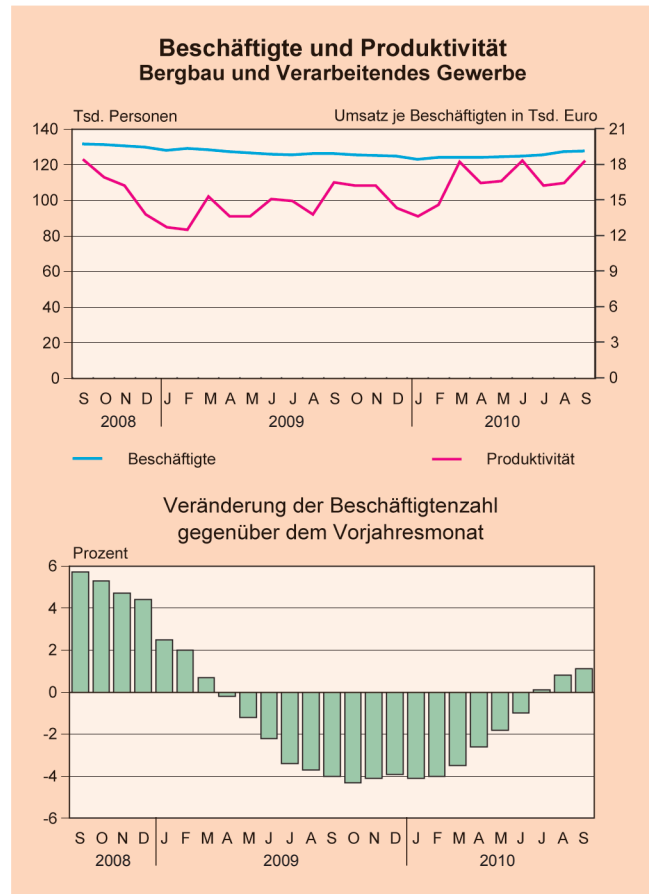
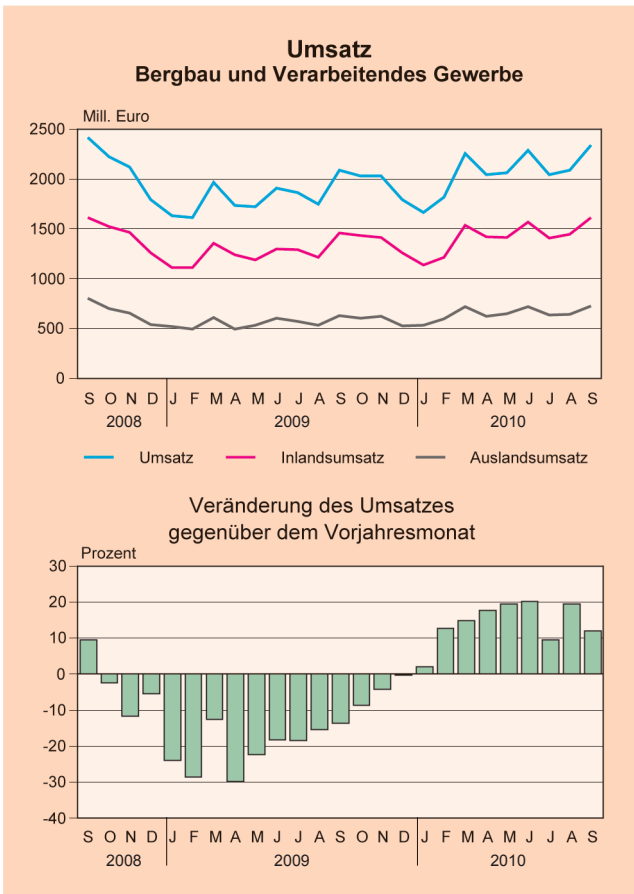
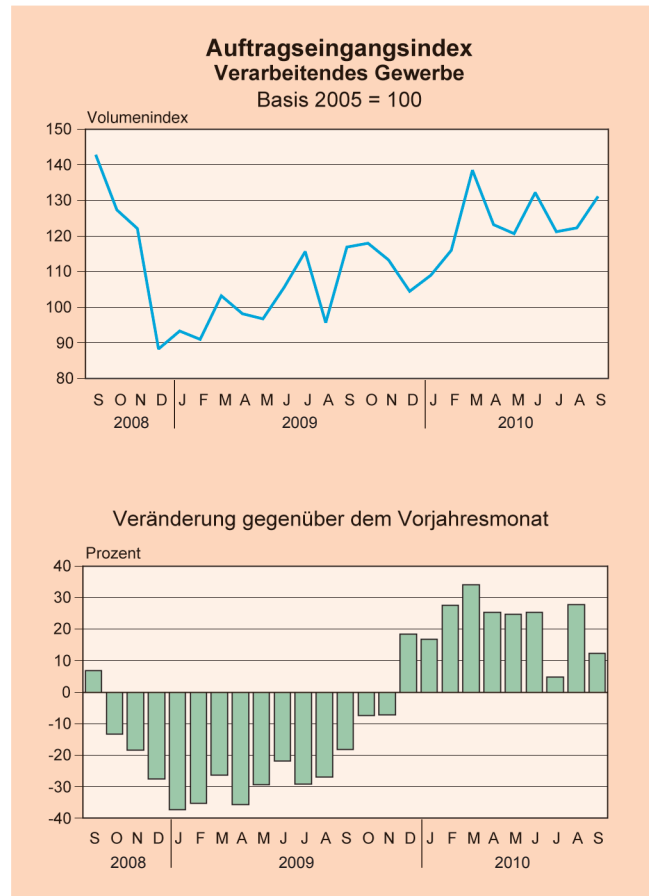
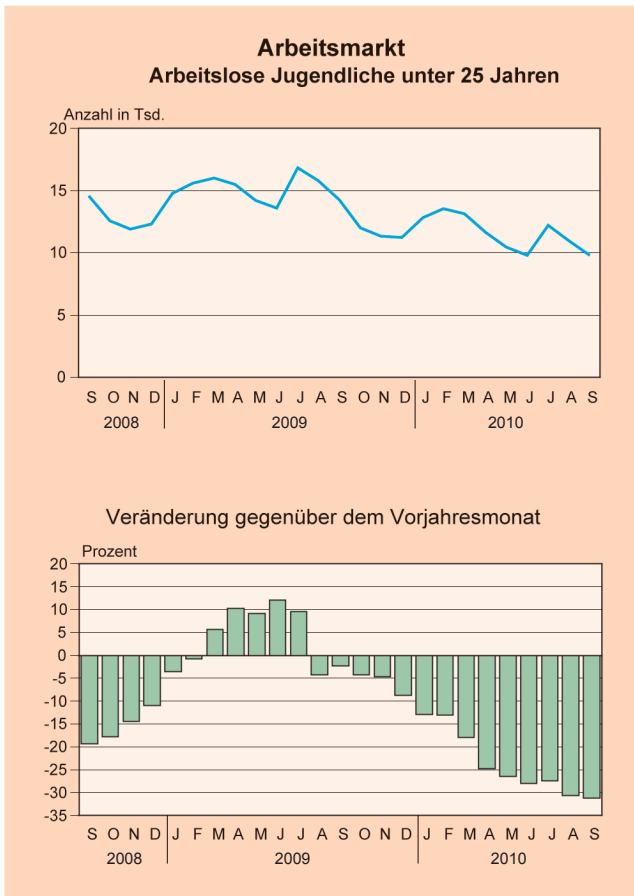


Veränderung der Zahl der Beschäftigten in ABM gegenüber dem Vorjahresmonat

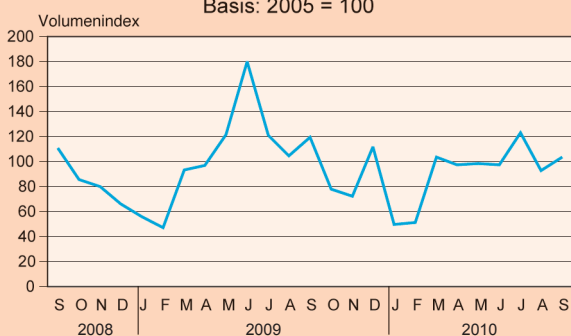


Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

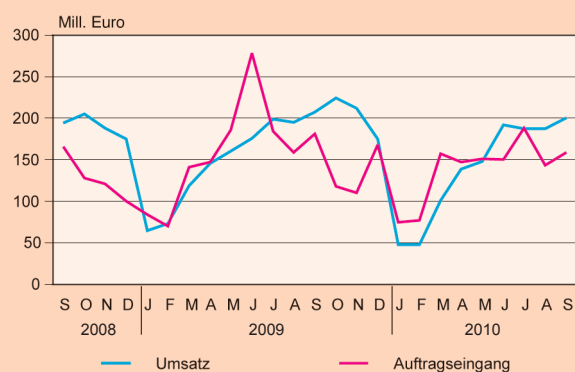




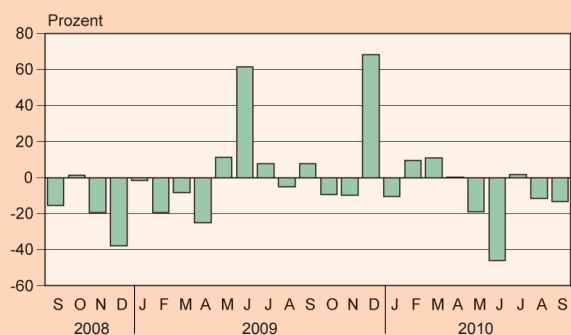
Auftragseingangsindex Bauhauptgewerbe Basis: 2005 = 100



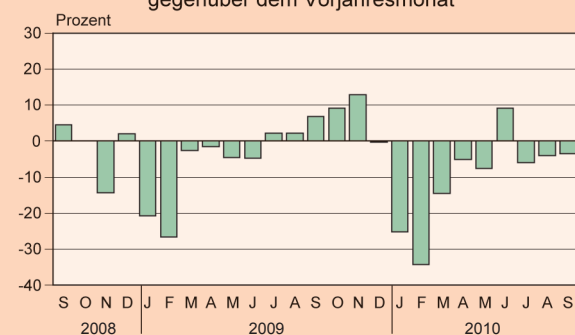
Umsatz und Auftragseingang Bauhauptgewerbe



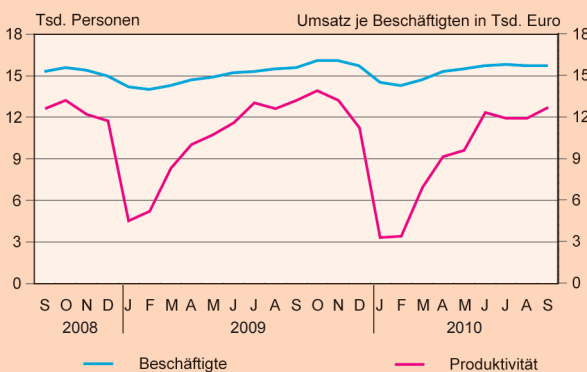
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



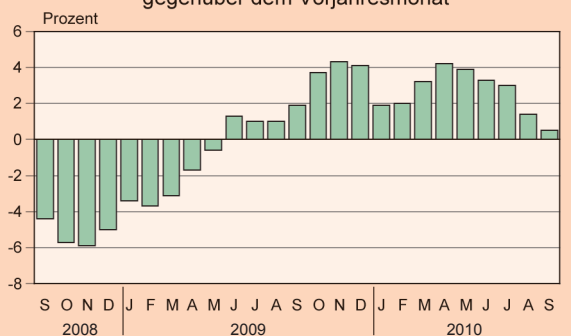
Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat



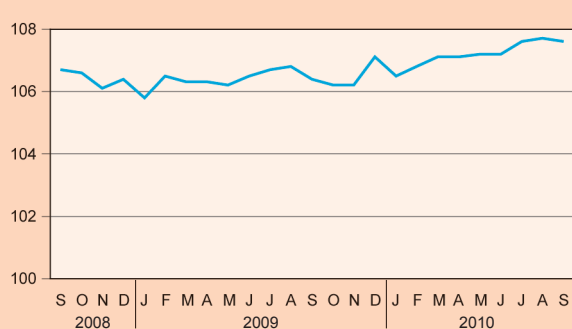
Beschäftigte und Produktivität Bauhauptgewerbe



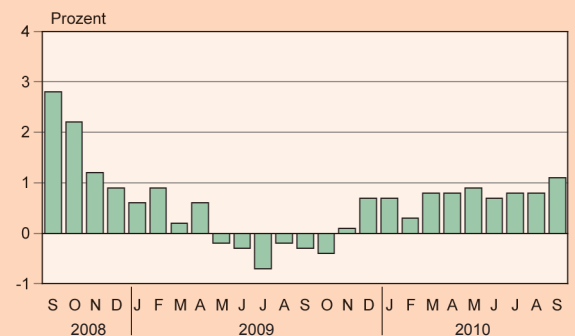
Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat



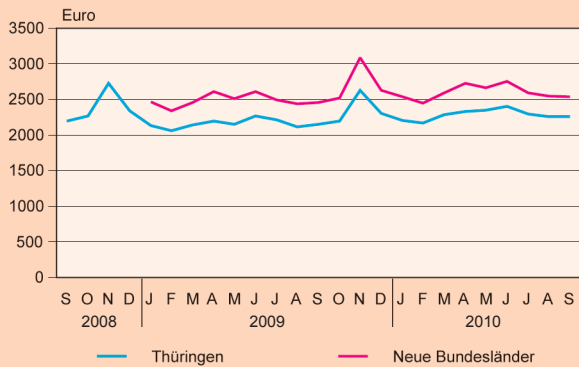
Verbraucherpreisindex Basis: 2005 = 100



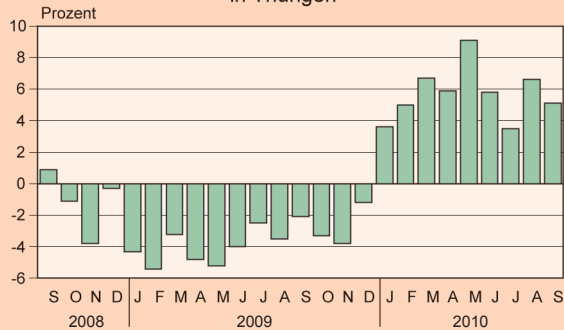
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



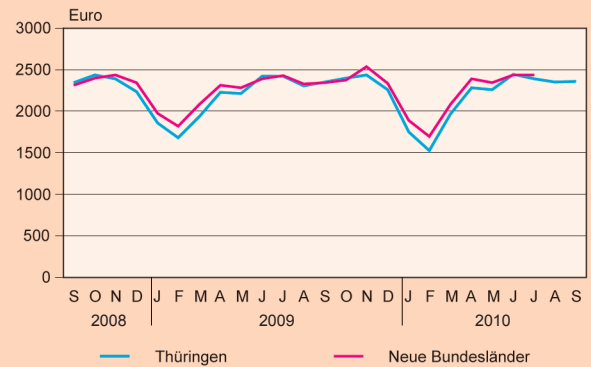
Entgelte je Beschäftigten Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



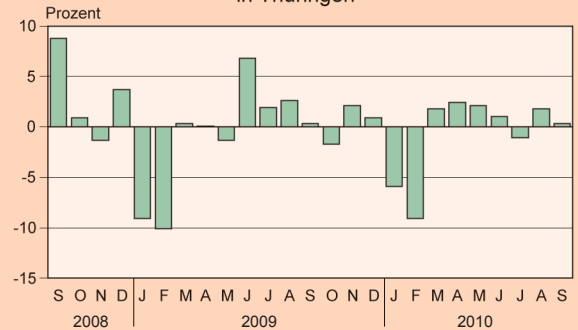
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



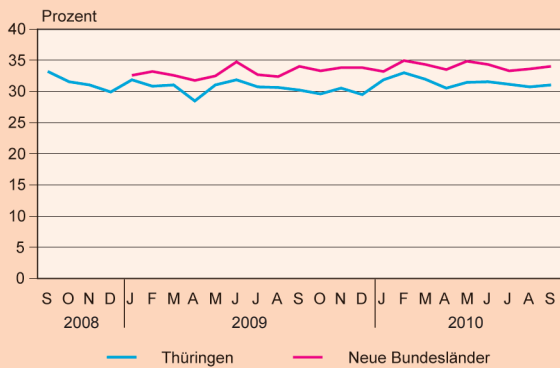
Entgelte je Beschäftigten Bauhauptgewerbe



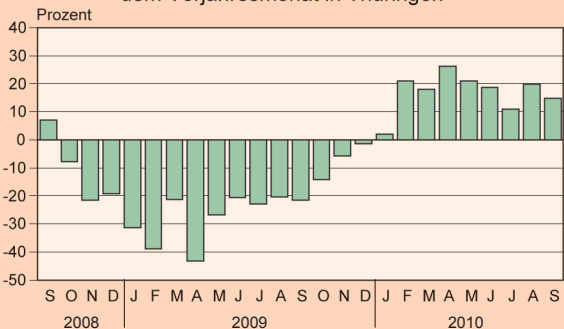
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



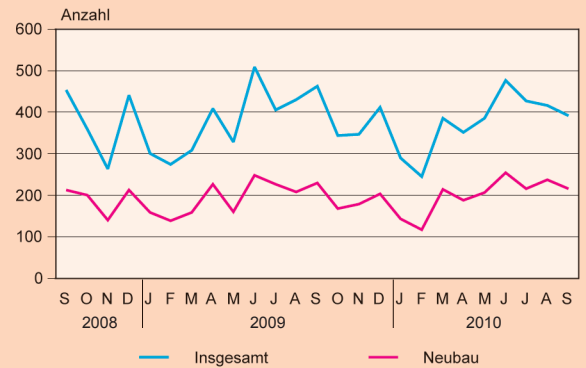
Exportquote Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



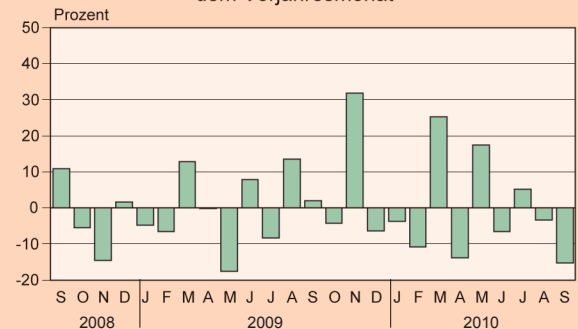
Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



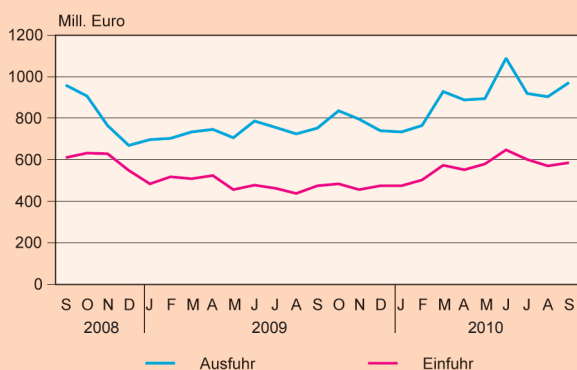
Baugenehmigungen



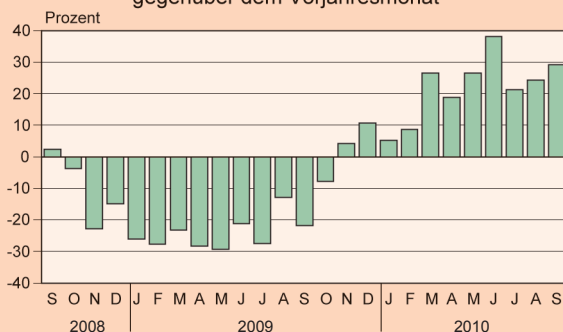
Veränderung der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat



Außenhandel

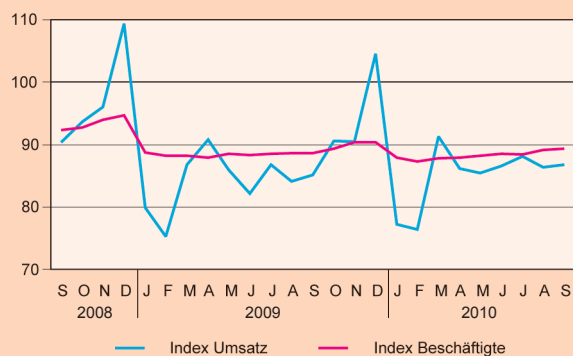


Veränderung der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahresmonat

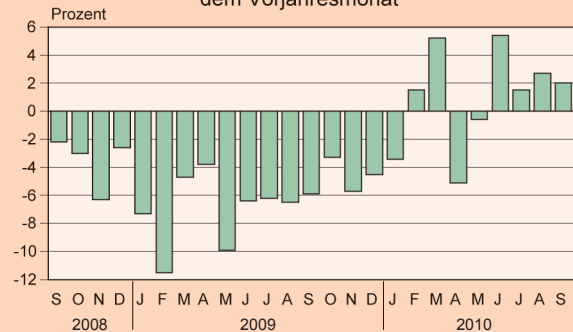


Index des Umsatzes und der Beschäftigten Einzelhandel

Basis: 2005 = 100

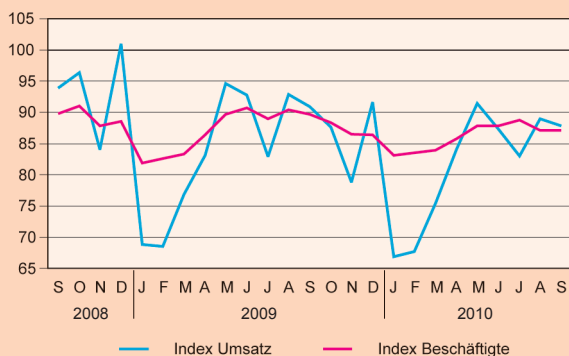


Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

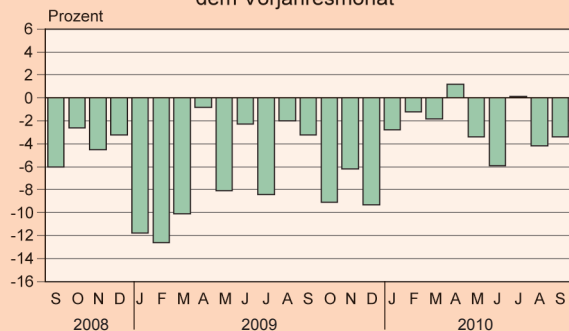


Index des Umsatzes und der Beschäftigten Gastgewerbe

Basis: 2005 = 100

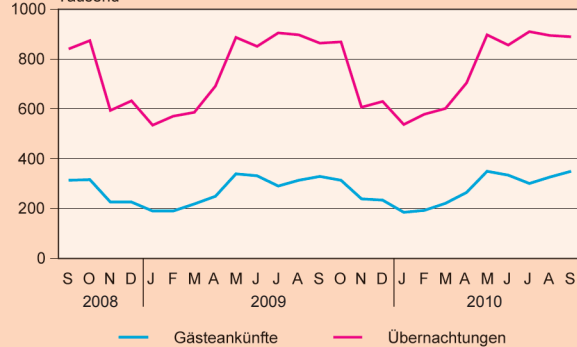


Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

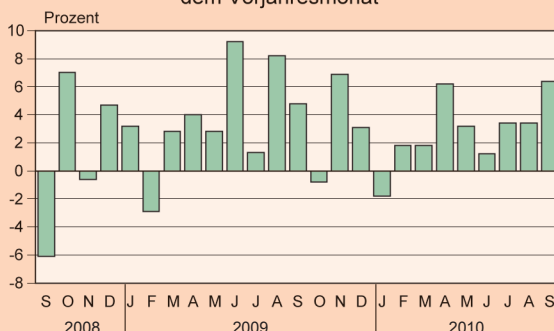


Beherbergung

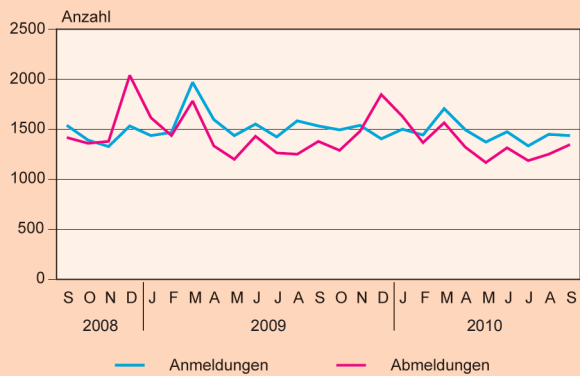
Tausend



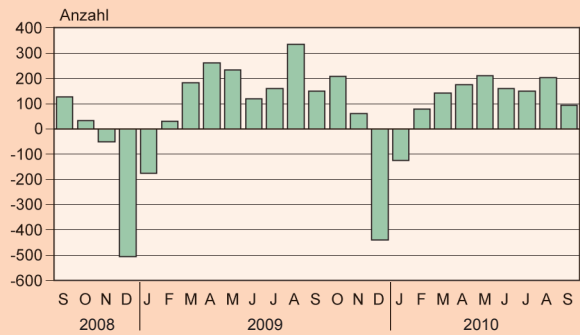
Veränderung der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahresmonat



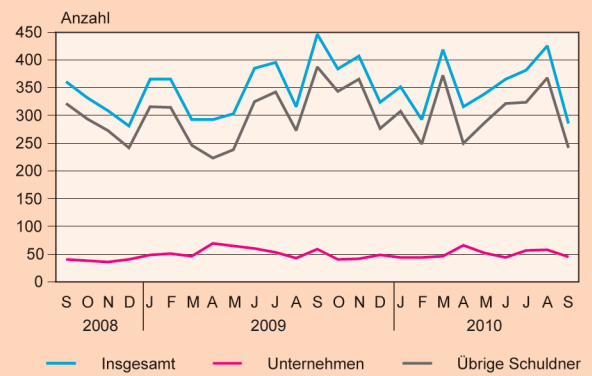
Gewerbean- und -abmeldungen



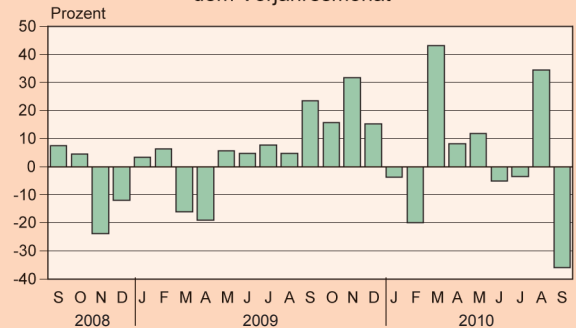
Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen



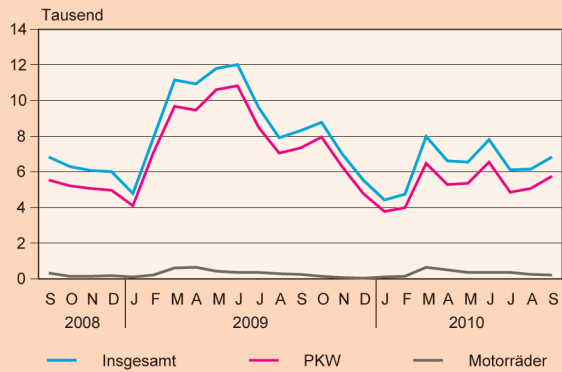
Insolvenzen



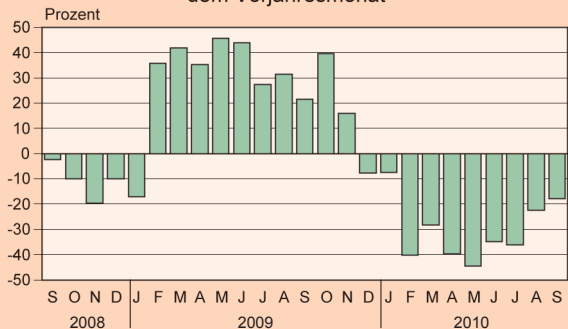
Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat



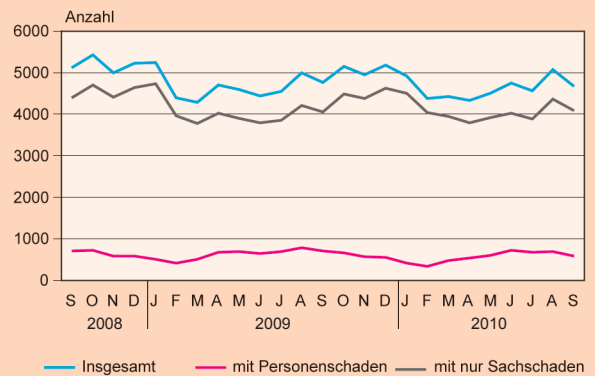
Zulassung neuer Kraftfahrzeuge



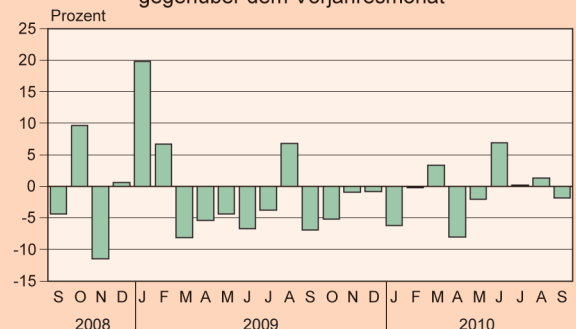
Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat



Straßenverkehrsunfälle



Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat



Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Überblick

Merkmal	Veränderung							
	Juni 2010	Juli 2010	August 2010	September 2010	Juni 2010	Juli 2010	August 2010	September 2010
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	um Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾								
Betriebe	- 0,4	0,1	0,0	0,0	- 3,1	- 2,7	- 2,7	- 2,9
Beschäftigte	0,4	0,7	1,3	0,4	- 1,0	0,1	0,8	1,1
Umsatz	11,2	- 10,8	2,1	12,1	20,1	9,5	19,4	12,0
dav. Inlandsumsatz	11,1	- 10,3	2,7	11,7	20,8	8,8	19,2	10,8
Auslandsumsatz	11,3	- 11,7	0,7	13,0	18,7	11,0	19,9	14,8
Umsatz je Beschäftigten	10,8	- 11,4	0,8	11,7	21,3	9,4	18,5	10,8
Geleistete Arbeitsstunden	9,8	- 7,0	5,7	3,7	7,8	2,4	9,4	5,5
Entgelte	2,6	- 3,9	- 0,2	0,6	4,8	3,7	7,5	6,3
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	9,6	- 8,4	0,9	7,3	25,4	4,8	28,1	12,1
Inland	11,3	- 11,0	7,7	5,8	28,3	3,8	31,7	10,7
Ausland	5,9	- 2,9	- 12,4	11,1	19,8	6,6	20,1	15,6
Bauhauptgewerbe ²⁾								
Betriebe	0,0	0,0	- 0,6	- 1,0	5,0	4,3	4,0	3,0
Beschäftigte	1,1	0,7	- 0,2	0,0	3,3	3,0	1,4	0,5
Umsatz	29,9	- 2,6	- 0,2	6,9	9,1	- 5,9	- 4,0	- 3,5
Umsatz je Beschäftigten	28,5	- 3,3	0,0	6,9	5,6	- 8,6	- 5,3	- 4,0
Geleistete Arbeitsstunden	16,8	- 2,3	0,9	3,1	8,3	- 0,8	3,6	0,3
Entgelte	9,2	- 1,2	- 2,1	0,5	4,3	1,9	3,3	0,8
Volumenindex des Auftragseingangs	- 1,1	26,4	- 24,8	11,8	- 45,9	1,7	- 11,4	- 13,2
Ausbaugewerbe ^{2) 3)}								
Betriebe	0,0	.	.	- 0,4	1,2	.	.	1,6
Beschäftigte	3,9	.	.	0,7	2,9	.	.	1,8
Umsatz	26,8	.	.	11,5	8,2	.	.	2,4
Umsatz je Beschäftigten	22,0	.	.	10,7	5,2	.	.	0,6
Gewerbeanzeigen ⁴⁾								
Gewerbebeanmeldungen	7,1	- 9,4	8,7	- 0,9	- 5,1	- 6,4	- 8,6	- 6,1
Gewerbeabmeldungen	12,8	- 9,7	5,1	7,8	- 8,3	- 6,2	- 0,5	- 2,7
Insolvenzen	7,7	4,4	11,5	- 32,7	- 5,2	- 3,5	34,5	- 35,9
Verbraucherpreisindex	0,0	0,4	0,1	- 0,1	0,7	0,8	0,8	1,1
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	- 4,6	0,4	- 4,2	- 5,9	- 17,1	- 17,4	- 17,9	- 18,7
Offene Arbeitsstellen	2,8	5,2	- 2,7	1,7
Beschäftigte in ABM	5,5	- 29,2	- 66,3	- 73,6

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Mitteldeutschland

Merkmal	Mengen- einheit	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Mittel- deut- schland	Anteil ... an Mitteldeutschland in Prozent		
						Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen
						September 2010		
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾								
Betriebe	Anzahl	1 226	660	852	2 738	44,8	24,1	31,1
Beschäftigte	Tsd. Personen	192	104	128	424	45,3	24,6	30,1
Umsatz	Mill. Euro	4 300	3 234	2 336	9 870	43,6	32,8	23,7
darunter: Inlandsumsatz	Mill. Euro	2 644	2 329	1 613	6 586	40,1	35,4	24,5
Auslandsumsatz	Mill. Euro	1 656	905	723	3 283	50,4	27,6	22,0
Umsatz je Beschäftigten	Euro	22 384	30 951	18 289	23 261	x	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tsd. Stunden	27 648	14 912	18 070	60 630	45,6	24,6	29,8
Entgelte	Mill. Euro	469	247	289	1 005	46,7	24,6	28,7
Bauhauptgewerbe ²⁾								
Betriebe	Anzahl	511	314	308	1 133	45,1	27,7	27,2
Beschäftigte	Tsd. Personen	31	17	16	63	48,9	26,3	24,8
Gesamtumsatz	Mill. Euro	388	211	200	799	48,6	26,4	25,0
Geleistete Arbeitsstunden	Tsd. Stunden	3 707	2 095	2 039	7 841	47,3	26,7	26,0
Entgelte	Mill. Euro	72	39	37	147	48,6	26,2	25,2
Ausbaugewerbe ^{2) 3)}								
Betriebe	Anzahl	...	240	261
Beschäftigte	Tsd. Personen	20	10	9	39	50,6	25,2	24,1
Baugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	528	...	221
Geleistete Arbeitsstunden	Tsd. Stunden	6 704	3 413	3 435	13 552	49,5	25,2	25,3
Entgelte	Mill. Euro	115	58	54	227	50,5	25,5	24,0
Fremdenverkehr ⁴⁾								
Gästeankünfte	1000	638	301	357	1 296	49,2	23,3	27,5
Gästeübernachtungen	1000	1 622	706	908	3 236	50,1	21,8	28,1
Gewerbeanzeigen ⁵⁾								
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 564	1 450	1 439	6 453	55,2	22,5	22,3
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 988	1 251	1 345	5 584	53,5	22,4	24,1
Insolvenzen								
davon: Unternehmen	Anzahl	142	72	45	259	54,8	27,8	17,4
Übrige Gemeinschuldner	Anzahl	587	385	241	1 213	48,4	31,7	19,9
Verbraucherpreisindex								
	2005 = 100	109,6	108,0	107,6	x	x	x	x
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	Tsd. Personen	231	138	102	471	48,9	29,3	21,7
davon: Frauen	Tsd. Personen	112	67	51	230	48,6	29,3	22,1
Männer	Tsd. Personen	119	71	51	241	49,2	29,4	21,3
Offene Arbeitsstellen	Anzahl	16 900	9 034	11 768	37 702	44,8	24,0	31,2
Arbeitslosenquote ⁶⁾	Prozent	10,8	11,5	8,6	x	x	x	x
davon: Frauen	Prozent	11,1	11,8	9,1	x	x	x	x
Männer	Prozent	10,6	11,2	8,2	x	x	x	x

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) Betriebe ab 9 Betten, einschließlich Campingplätze (Touristik- Camping).

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

6) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Mitteldeutschland

Merkmal	Veränderungen September 2010							
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Mitteldeutschland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Mitteldeutschland
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	in Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾								
Betriebe	0,1	- 0,2	0,0	0,0	- 4,0	- 0,6	- 2,9	- 2,8
Beschäftigte	0,6	0,3	0,4	0,5	0,8	1,6	1,1	1,1
Umsatz	8,8	8,8	12,1	9,6	5,9	24,4	12,0	12,9
darunter: Inlandsumsatz	8,0	9,9	11,7	9,6	5,8	23,6	10,8	12,8
Auslandsumsatz	10,1	6,2	13,0	9,6	6,0	26,5	14,8	12,9
Umsatz je Beschäftigten	8,2	8,5	11,7	9,1	5,0	22,4	10,8	11,6
Geleistete Arbeitsstunden	5,3	3,0	3,7	4,2	3,9	3,9	5,5	4,4
Entgelte	0,4	0,5	0,6	0,5	4,8	4,7	6,3	5,2
Bauhauptgewerbe ²⁾								
Betriebe	- 0,2	0,0	- 1,0	- 0,4	- 1,0	3,3	3,0	1,3
Beschäftigte	0,2	0,0	0,0	0,1	3,2	4,2	0,5	2,8
Gesamtumsatz	3,4	3,5	6,9	4,3	1,9	- 1,6	- 3,5	- 0,4
Geleistete Arbeitsstunden	3,3	1,3	3,1	2,7	3,1	6,1	0,3	3,2
Entgelte	1,1	0,4	0,5	0,8	3,1	4,7	0,8	2,9
Ausbaugewerbe ^{2) 3)}								
Betriebe	...	- 0,4	- 0,4	7,6	1,6	...
Beschäftigte	1,8	1,4	0,7	1,4	3,6	4,2	1,8	3,3
Baugewerblicher Umsatz	13,5	...	12,2	...	4,0	...	2,5	...
Geleistete Arbeitsstunden	6,8	5,2	6,7	6,4	4,9	7,3	3,2	5,0
Entgelte	1,1	2,3	4,6	2,2	7,0	9,3	5,3	7,2
Fremdenverkehr ⁴⁾								
Gästeankünfte	- 0,5	4,7	- 7,6	- 1,4	2,2	4,9	6,0	3,9
Gästeübernachtungen	- 4,4	1,1	- 16,2	- 7,0	- 0,1	4,9	2,6	1,7
Gewerbeanzeigen ⁵⁾								
Gewerbeanmeldungen	5,2	6,7	- 0,9	4,1	2,0	- 2,7	- 6,1	- 1,0
Gewerbeabmeldungen	10,5	0,4	7,8	7,4	1,7	- 8,6	- 2,7	- 1,8
Insolvenzen								
davon: Unternehmen	- 1,4	5,1	- 32,7	- 7,9	- 5,4	- 1,7	- 35,9	- 12,5
Übrige Gemeinschuldner	- 9,6	1,4	- 22,4	- 9,4	- 13,4	- 14,3	- 23,7	- 15,6
	0,9	5,8	- 34,3	- 7,6	- 3,3	1,0	- 37,7	- 11,8
Verbraucherpreisindex								
	0,1	- 0,1	- 0,1	x	1,5	1,3	1,1	x
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	- 3,6	- 4,4	- 5,9	- 4,3	- 11,5	- 12,1	- 18,7	- 13,3
davon: Frauen	- 3,3	- 4,3	- 6,3	- 4,3	- 9,0	- 9,4	- 17,7	- 11,2
Männer	- 4,0	- 4,4	- 5,4	- 4,4	- 13,8	- 14,5	- 19,6	- 15,3
Offene Arbeitsstellen	3,0	1,4	1,7	2,2	25,2
Arbeitslosenquote ⁶⁾	- 0,4	- 0,5	- 0,6	x	- 1,3	- 1,3	- 1,9	x
davon: Frauen	- 0,4	- 0,5	- 0,6	x	- 1,0	- 0,9	- 1,9	x
Männer	- 0,4	- 0,5	- 0,5	x	- 1,5	- 1,6	- 1,9	x

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) Betriebe ab 9 Betten, einschließlich Campingplätze (Touristik- Camping).

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

6) Veränderung in Prozentpunkten

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Vergleich

Merkmal	Mengen- einheit	Thüringen	neue Bundes- länder	alte Bundes- länder	Deutsch- land insgesamt	Anteil Thüringens (in %) an	
						neuen Bundes- ländern	Deutsch- land insgesamt
September 2010							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾							
Betriebe	Anzahl	852	3762	18138	21900	22,6	3,9
Beschäftigte	1000	128	622	4423	5045	20,5	2,5
Umsatz	Mill. Euro	2336	14470	119810	134280	16,1	1,7
darunter: Inlandsumsatz	Mill. Euro	1613	9554	62734	72288	16,9	2,2
Auslandsumsatz	Mill. Euro	723	4916	57075	61991	14,7	1,2
Umsatz je Beschäftigten	Euro	18289	23278	27086	26616	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	1000	18070	88029	584614	672643	20,5	2,7
Entgelte	Mill. Euro	289	1577	15268	16845	18,3	1,7
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2005 = 100	131,1	110,5	x	x
Inland	2005 = 100	149,6	107,3	x	x
Ausland	2005 = 100	102,4	113,4	x	x
Bauhauptgewerbe ²⁾							
Betriebe	Anzahl	308	6924	...	4,4
Beschäftigte	1000	16	98	...	384	16,0	4,1
Umsatz	Mill. Euro	200	1306	...	5568	15,3	3,6
Umsatz je Beschäftigten	Euro	12709	13320	...	14500	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	1000	2039	12000	...	45000	17,0	4,5
Entgelte	Mill. Euro	37	232	...	1057	16,0	3,5
Volumenindex des Auftragseingangs	2005 = 100	103,5	109,9	x	x
Ausbaugewerbe ^{2) 3)}							
Betriebe	Anzahl	261
Beschäftigte	1000	9
Umsatz	Mill. Euro	230
Umsatz je Beschäftigten	Euro	24747	x	x
Gewerbeanzeigen ⁴⁾							
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	1439
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	1345
Insolvenzen							
	Anzahl	286	13761	...	2,1
Verbraucherpreisindex							
	2005 = 100	107,6	108,3	x	x
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	102311	927582	2103772	3031354	11,0	3,4
Offene Arbeitsstellen	Anzahl	11768	63484	334156	397640	18,5	3,0

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Vergleich

Merkmal	Veränderungen September 2010							
	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	um Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾								
Betriebe	0,0	0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,9	- 2,6	- 4,6	- 4,3
Beschäftigte	0,4	0,8	0,4	0,4	1,1	1,3	- 1,4	- 1,1
Umsatz	12,1	9,8	17,8	16,9	12,0	10,3	11,5	11,3
darunter: Inlandumsatz	11,7	9,2	15,2	14,4	10,8	10,4	9,5	9,6
Auslandsumsatz	13,0	11,1	20,9	20,1	14,8	10,2	13,7	13,4
Umsatz je Beschäftigten	11,7	8,9	17,3	16,4	10,8	8,9	13,1	12,5
Geleistete Arbeitsstunden	3,7	5,3	11,2	10,4	5,5	4,1	3,2	3,3
Entgelte	0,6	0,4	0,5	0,5	6,3	4,7	1,8	2,0
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	7,3	9,0	12,1	13,9
Inland	5,8	9,6	10,7	11,7
Ausland	11,1	8,6	15,6	16,0
Bauhauptgewerbe ²⁾								
Betriebe	- 1,0	- 0,4	3,0	0,4
Beschäftigte	0,0	- 0,5	0,5	3,0	...	1,9
Umsatz	6,9	7,9	- 3,5	4,6	...	1,5
Umsatz je Beschäftigten	6,9	8,5	- 4,0	1,6	...	- 0,3
Geleistete Arbeitsstunden	3,1	9,3	0,3	3,1	...	2,1
Entgelte	0,5	0,6	0,8	4,1	...	2,9
Volumenindex des Auftragseingangs	11,8	5,8	- 13,2	- 1,1
Ausbaugewerbe ^{2) 3)}								
Betriebe	- 0,4	1,6
Beschäftigte	0,7	1,8
Umsatz	11,5	2,4
Umsatz je Beschäftigten	10,7	0,6
Gewerbeanzeigen ⁴⁾								
Gewerbeanmeldungen	- 0,9	- 6,1
Gewerbeabmeldungen	7,8	- 2,7
Insolvenzen								
	- 32,7	- 4,3	- 35,9	- 4,6
Verbraucherpreisindex								
	- 0,1	- 0,1	1,1	1,3
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	- 5,9	- 4,3	- 5,2	- 4,9	- 18,7	- 10,8	- 8,8	- 9,4
Offene Arbeitsstellen	1,7	0,8	0,2	0,3

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit						
1	Bevölkerung am Monatsende	1000	2 323	2 300	2 278	2 258
2	darunter Ausländer	1000	48	47	47	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
3	Eheschließungen	Anzahl	776	788	818	813
4	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	4,0	4,1	4,3	4,3
5	Lebendgeborene	Anzahl	1 367	1 431	1 444	1 405
6	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	7,1	7,5	7,6	7,5
7	Totgeborene	Anzahl	5	4	5	5
8	je 1 000 Geborene	aT	3,8	2,8	3,4	3,7
9	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 133	2 151	2 190	2 231
10	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	11,0	11,2	11,5	11,9
11	Gestorbene im ersten Lebensjahr	Anzahl	6	5	5	4
12	je 1 000 Lebendgeborene	aT	4,3	3,4	3,2	3,1
13	Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 766	- 720	- 745	- 827
14	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	- 4,0	- 3,8	- 3,9	- 4,4
Wanderungen						
15	Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	2 513	2 623	2 805	2 894
16	darunter aus dem Ausland	Anzahl	505	545	570	614
17	Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	3 702	3 732	3 863	3 563
18	darunter in das Ausland	Anzahl	546	543	640	558
19	Wanderungsgewinn bzw.- verlust (-)	Anzahl	- 1 189	- 1 109	- 1 058	- 669
20	Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung)	Anzahl	4 561	4 534	4 707	4 659
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt ¹⁾						
21	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	Anzahl	713 267	726 048	736 814	...
22	Arbeitslose insgesamt	Anzahl	188 448	158 972	135 203	136 250
davon						
23	Männer	Anzahl	92 527	75 068	64 799	71 195
24	Frauen	Anzahl	95 922	83 904	70 404	65 055
25	Ausländer	Anzahl	4 153	3 891	3 477	3 471
26	Jugendliche unter 25 Jahren	Anzahl	21 709	16 851	14 051	14 266
27	Arbeitslosenquote insgesamt ²⁾	%	15,6	13,2	11,3	11,4
darunter						
28	Männer	%	.	.	10,2	11,3
29	Frauen	%	.	.	12,4	11,5
30	Jugendliche unter 25 Jahren	%	.	.	9,7	10,2
31	Kurzarbeiter	Anzahl
32	Langzeitarbeitslose	Anzahl
33	Zugang an offenen Arbeitsstellen	Anzahl
34	Bestand an offenen Arbeitsstellen	Anzahl	15 501	17 502	14 420	13 495
35	Beschäftigte in ABM	Anzahl	3 205	2 867	3 065	1 915
36	Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld	Anzahl	65 205	45 860	39 547	...

1) Quelle: Agentur für Arbeit Sachsen- Anhalt, Thüringen und Bundesagentur für Arbeit - 2) bis 2008 bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen, ab 2009 auf alle zivilen Erwerbspersonen

Zahlenspiegel

2009				2010									Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
2 253	2 253	2 251	2 250	2 248	2 247	2 245	2 244	2 242	2 241	2 240	2 238	...	1
47	48	48	48	48	48	48	48	48	48	48	48	...	2
1 205	660	363	688	213	247	357	625	1 385	1 205	1 633	1 464	...	3
6,5	3,4	2,0	3,6	1,1	1,4	1,9	3,4	7,3	6,5	8,6	7,7	...	4
1 553	1 481	1 259	1 583	1 114	1 244	1 494	1 379	1 337	1 496	1 571	1 640	...	5
8,4	7,7	6,8	8,3	5,8	7,2	7,8	7,5	7,0	8,1	8,3	8,6	...	6
5	4	4	3	1	3	3	5	8	10	5	4	...	7
3,2	2,7	3,2	1,9	0,9	2,4	2,0	3,6	5,9	6,6	3,2	2,4	...	8
2 010	2 091	2 072	2 595	2 082	2 239	2 602	2 168	2 027	2 192	2 129	2 172	...	9
10,9	10,9	11,2	13,6	10,9	13,0	13,6	11,8	10,6	11,9	11,2	11,4	...	10
6	4	7	8	3	3	3	2	5	1	6	6	...	11
4,0	2,7	5,3	5,2	2,3	2,5	2,1	1,5	3,6	0,7	3,9	3,8	...	12
- 457	- 610	- 813	- 1 012	- 968	- 995	- 1 108	- 789	- 690	- 696	- 558	- 532	...	13
- 2,5	- 3,2	- 4,4	- 5,3	- 5,1	- 5,8	- 5,8	- 4,3	- 3,6	- 3,8	- 2,9	- 2,8	...	14
3 812	5 008	2 748	2 197	2 392	2 122	2 665	2 530	2 194	2 497	3 139	3 788	...	15
951	1 162	487	458	492	477	676	644	530	556	584	712	...	16
4 531	4 691	3 185	2 607	3 067	2 784	3 230	2 993	2 673	3 140	4 027	4 748	...	17
560	515	419	463	515	585	618	444	403	487	667	699	...	18
- 719	317	- 437	- 410	- 675	- 662	- 565	- 463	- 479	- 643	- 888	- 960	...	19
5 218	5 242	4 508	4 074	4 401	4 216	4 715	4 293	4 202	4 763	5 201	5 749	...	20
737 893	.	.	724 251	.	.	720 945	21
125 809	120 448	119 217	121 948	139 942	141 684	137 362	127 349	118 489	112 993	113 429	108 690	102 311	22
63 895	61 073	61 383	64 596	78 828	81 005	77 967	69 067	62 554	58 204	56 982	54 336	51 381	23
61 914	59 375	57 834	57 352	61 114	60 679	59 395	58 282	55 935	54 789	56 447	54 354	50 930	24
3 453	3 319	3 250	3 193	3 421	3 454	3 373	3 288	3 217	3 139	3 143	3 040	2 876	25
14 253	12 036	11 364	11 226	12 855	13 560	13 152	11 662	10 448	9 796	12 220	10 991	9 810	26
10,5	10,1	10,0	10,2	11,7	11,8	11,5	10,7	10,0	9,5	9,6	9,2	8,6	27
10,1	9,7	9,7	10,2	12,5	12,8	12,3	10,9	10,0	9,3	9,1	8,7	8,2	28
11,0	10,5	10,3	10,2	10,9	10,8	10,5	10,3	10,0	9,8	10,1	9,7	9,1	29
10,3	8,7	8,2	8,1	9,3	9,8	9,5	8,5	8,1	7,6	9,4	8,5	7,6	30
32 585	...	28 630	27 689	31
36 319	35 561	35 326	35 725	37 796	37 954	37 954	37 681	36 991	36 039	35 220	34 139	32 391	32
.	.	.	.	3 476	4 887	5 085	5 877	6 515	6 609	6 586	5 778	6 374	33
.	.	.	.	7 788	9 005	9 844	10 401	11 002	11 314	11 902	11 576	11 768	34
1 413	1 232	1 124	907	738	694	671	707	650	614	435	35
40 927	38 619	38 610	41 119	53 166	55 283	51 467	40 930	35 746	32 253	36

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
Gewerbeanzeigen						
1	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Anzahl	1 731	1 505	1 501	1 538
	darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	70	65
3	Baugewerbe	Anzahl	.	.	145	150
4	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	494	512
5	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	321	339
6	Gewerbeabmeldungen insgesamt	Anzahl	1 448	1 417	1 470	1 443
	darunter					
7	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	69	62
8	Baugewerbe	Anzahl	.	.	139	135
9	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	568	546
10	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	283	286
11	Neuerrichtungen	Anzahl	1 484	1 275	1 253	1 303
	darunter					
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	55	53
13	Baugewerbe	Anzahl	.	.	122	130
14	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	388	407
15	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	284	303
16	Aufgaben	Anzahl	1 179	1 158	1 202	1 169
	darunter					
17	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	51	47
18	Baugewerbe	Anzahl	.	.	113	109
19	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	465	432
20	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	236	242
Landwirtschaft						
21	Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	141 695	153 759	150 993	149 542
	darunter					
22	Rinder	Stück	5 643	5 980	6 790	6 425
23	Schweine	Stück	135 322	147 046	143 418	142 304
24	Schafe	Stück	630	645	679	703
	darunter					
25	Gewerbliche Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	139 152	151 394	148 711	147 465
	darunter					
26	Rinder	Stück	5 385	5 738	6 525	6 171
27	Schweine	Stück	133 292	145 173	141 692	140 774
28	Schafe	Stück	431	436	440	472
29	Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt	Tonnen	13 896	15 144	15 002	14 864
	darunter					
30	Rinder	Tonnen	1 596	1 719	1 930	1 833
31	Schweine	Tonnen	12 287	13 411	13 058	13 015
32	Schafe	Tonne	10	10	...	11
Legehennenhaltung und Eierzeugung						
33	Erzeugte Eier	1000 Stück	44 018	44 275	44 818	41 722
34	Legeleistung Eier je Henne	Stück	25,2	25,3	25,2	24,8

1) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

Zahlenspiegel

2009				2010									Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
1 532	1 496	1 540	1 408	1 503	1 446	1 705	1 495	1 376	1 474	1 336	1 452	1 439	1
66	64	95	66	57	63	69	67	53	55	72	54	64	2
144	126	114	110	159	146	180	194	152	130	144	168	157	3
482	486	528	474	492	472	531	459	436	428	361	402	459	4
357	320	311	292	314	295	363	326	316	360	333	365	315	5
1 382	1 287	1 479	1 848	1 628	1 368	1 564	1 319	1 166	1 315	1 187	1 248	1 345	6
42	54	72	83	54	61	79	59	36	59	48	48	55	7
106	115	142	180	165	137	190	136	109	123	128	113	111	8
502	483	571	683	602	512	505	447	456	483	405	464	501	9
279	267	246	390	336	269	346	285	246	266	247	281	266	10
1 313	1 265	1 313	1 155	1 222	1 216	1 467	1 291	1 191	1 258	1 156	1 260	1 231	11
55	54	77	52	41	50	53	49	43	43	60	37	51	12
122	114	91	79	121	126	156	176	137	107	130	152	138	13
385	379	418	368	381	366	433	380	359	341	298	338	384	14
318	278	289	262	262	266	322	298	287	322	296	329	273	15
1 106	1 017	1 210	1 543	1 302	1 101	1 282	1 067	968	1 048	985	1 048	1 119	16
31	39	58	63	44	43	60	49	24	45	38	30	42	17
76	96	119	144	138	109	154	110	89	100	108	99	85	18
387	372	446	569	471	414	411	351	381	385	338	398	424	19
232	224	205	337	267	225	290	231	208	219	195	241	221	20
152 489	161 986	161 002	156 821	144 620	138 614	166 883	151 247	141 747	151 612	135 900	155 891	155 083	21
6 862	6 657	7 251	6 337	5 894	6 070	7 353	6 062	5 790	6 426	5 962	7 532	8 178	22
144 933	154 369	152 156	149 332	138 237	132 106	157 809	144 585	135 440	144 823	129 640	147 868	146 276	24
595	835	1 457	1 042	456	383	1 458	490	408	282	242	393	521	24
152 023	159 732	156 069	152 498	141 472	135 769	164 222	149 891	141 020	151 248	135 675	155 644	154 576	25
6 814	6 375	6 714	5 850	5 581	5 745	6 957	5 812	5 664	6 373	5 931	7 496	8 119	26
144 681	152 874	148 531	146 106	135 682	129 763	155 816	143 673	134 968	144 582	129 496	147 735	145 944	27
490	445	773	506	187	218	1 232	320	305	219	194	330	419	28
15 348	16 110	15 889	15 305	14 377	13 869	16 680	15 175	14 297	15 336	13 716	15 882	16 048	29
1 986	1 887	1 993	1 732	1 689	1 735	2 088	1 751	1 681	1 883	1 717	2 203	2 421	30
13 345	14 205	13 867	13 556	12 679	12 125	14 553	13 410	12 603	13 445	11 987	13 665	13 611	31
12	11	20	12	5	6	30	8	8	6	5	8	10	32
37 247	40 613	37 794	30 639	28 605	26 168	29 898	31 485	33 161	32 832	30 993	29 825	28 671	33
24,5	25,7	24,2	22,8	25,6	23,6	25,8	25,9	25,9	25,1	25,4	26,5	24,6	34

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
Produzierendes Gewerbe						
Energie und Wasserversorgung						
1	Betriebe	Anzahl	129	137	140	141
2	Beschäftigte	Anzahl	7 427	7 251	6 816	6 701
3	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	1 012	982	915	897
4	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	136	135	134	134
5	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2 851	2 901	3 013	3 147
6	Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken	Mill. kWh	382	388	387	357
7	Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken	Mill. kWh	372	379	378	346
8	Stromeinspeisung in das öffentliche Netz	Mill. kWh	102	151	168	165
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾						
9	Betriebe	Anzahl	833	853	873	876
10	Beschäftigte	Anzahl	116 777	122 441	128 989	126 595
11	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	16 180	16 964	17 725	16 340
12	Entgelte	Tsd. Euro	256 604	275 276	296 029	279 819
13	Umsatz	Mill. Euro	1 918	2 120	2 214	1 843
14	davon Inlandsumsatz	Mill. Euro	1 290	1 396	1 438	1 281
15	Auslandsumsatz	Mill. Euro	629	724	734	562
16	Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe	2005 = 100	135,7	104,1
17	davon aus dem Inland	2005 = 100	137,5	116,4
18	aus dem Ausland	2005 = 100	132,8	84,9
19	Vorleistungsgüterproduzenten	2005 = 100	150,3	132,1
20	Investitionsgüterproduzenten	2005 = 100	126,9	84,9
21	Gebrauchsgüterproduzenten	2005 = 100	131,2	119,2
22	Verbrauchsgüterproduzenten	2005 = 100	116,1	99,3
23	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	140	144	148	145
24	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	139	139	137	129
25	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2 197	2 248	2 295	2 210
26	Umsatz je Beschäftigten	Euro	16 428	17 313	17 162	14 556
27	Exportquote	%	32,8	34,1	33,2	30,5

1) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel

2009				2010									Lfd. Nr.	
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September		
141	141	141	141	140	140	139	139	139	139	139	139	139	139	1
6 754	6 743	6 762	6 749	6 737	6 661	6 662	6 668	6 693	6 684	6 706	6 787	6 802	6 802	2
930	937	935	839	892	888	996	895	840	936	880	909	929	929	3
138	139	138	124	132	133	150	134	125	140	131	134	137	137	4
2 912	2 981	4 841	2 945	3 022	2 921	2 924	3 159	3 391	3 012	2 966	2 902	2 936	2 936	5
319	369	370	436	488	430	441	329	349	319	303	331	321	321	6
310	357	357	421	470	416	428	318	338	309	296	317	311	311	7
117	157	215	240	177	136	228	159	172	125	170	121	156	156	8
877	877	878	878	840	856	856	854	854	851	852	852	852	852	9
126 277	125 557	125 304	124 889	122 834	123 908	123 995	124 010	124 285	124 722	125 627	127 231	127 715	127 715	10
17 132	17 072	17 106	14 591	16 106	16 293	18 311	16 769	16 148	17 723	16 491	17 423	18 070	18 070	11
271 447	275 430	328 363	287 844	270 918	268 289	282 702	288 252	291 605	299 174	287 463	286 919	288 515	288 515	12
2 085	2 032	2 032	1 790	1 666	1 814	2 255	2 039	2 058	2 287	2 041	2 084	2 336	2 336	13
1 455	1 432	1 411	1 261	1 136	1 215	1 536	1 416	1 411	1 568	1 406	1 444	1 613	1 613	14
630	601	620	529	530	599	719	622	646	720	635	640	723	723	15
116,8	117,9	113,3	104,4	109,0	116,0	138,4	123,1	120,6	132,2	121,1	122,2	131,1	131,1	16
135,8	135,9	127,1	122,8	118,5	123,8	151,2	138,2	132,5	147,5	131,3	141,4	149,6	149,6	17
87,3	89,8	91,8	75,6	94,2	103,8	118,6	99,5	102,3	108,3	105,2	92,2	102,4	102,4	18
157,4	159,4	151,3	151,2	136,8	155,2	179,6	164,4	152,4	166,2	165,0	158,0	168,5	168,5	19
89,3	89,1	87,0	72,5	89,3	90,0	109,5	96,1	100,4	109,3	89,1	96,9	105,9	105,9	20
139,0	150,1	134,6	137,9	154,6	121,1	178,7	128,3	124,6	149,1	194,6	169,7	161,7	161,7	21
102,2	104,2	116,0	78,4	80,2	105,2	128,2	101,4	89,4	114,4	98,9	94,7	97,0	97,0	22
144	143	143	142	146	145	145	145	146	147	147	149	150	150	23
136	136	137	117	131	131	148	135	130	142	131	137	141	141	24
2 150	2 194	2 621	2 305	2 206	2 165	2 280	2 324	2 346	2 399	2 288	2 255	2 259	2 259	25
16 513	16 185	16 215	14 333	13 561	14 641	18 187	16 438	16 556	18 340	16 246	16 380	18 289	18 289	26
30,2	29,6	30,5	29,5	31,8	33,0	31,9	30,5	31,4	31,5	31,1	30,7	31,0	31,0	27

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
Baugewerbe insgesamt ^{1) 2)}						
1	Betriebe	Anzahl	567	571	569	561
2	Beschäftigte	Anzahl	23 384	24 099	23 802	24 117
3	Umsatz	Tsd. Euro	663 934	650 279	699 342	695 174
Bauhauptgewerbe						
4	Betriebe	Anzahl	314	310	308	303
5	Beschäftigte	Anzahl	15 051	15 409	15 058	15 128
6	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	1 673	1 680	1 627	1 605
7	davon für den Wohnungsbau	1000 Std.	158	159	146	139
8	gewerblichen Bau	1000 Std.	606	633	629	586
9	öffentlicher und Straßenbau	1000 Std.	909	888	852	880
10	Bruttolohn- und - gehaltssumme	Tsd. Euro	32 271	33 448	33 413	33 533
11	Umsatz	Tsd. Euro	158 774	153 039	162 541	162 446
12	Baugewerblicher Umsatz	Tsd. Euro	157 073	151 599	160 987	160 677
13	davon Wohnungsbau	Tsd. Euro	11 897	10 858	11 081	10 851
14	gewerblicher Bau	Tsd. Euro	54 520	53 121	53 900	49 330
15	öffentlicher und Verkehrsbau	Tsd. Euro	90 656	87 620	96 006	100 496
16	Volumenindex des Auftragseingangs	2005 = 100	94,3	100,0
17	Auftragseingang	Tsd. Euro	133 739	141 865	137 994	152 071
18	Auftragsbestand ²⁾	Tsd. Euro	671 549	756 191	854 279	945 355
19	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	48	50	49	50
20	Bruttolohn und - gehalt je Beschäftigten	Euro	2 144	2 171	2 219	2 217
21	Umsatz je Beschäftigten	Euro	10 549	9 932	10 794	10 738
Ausbaugewerbe ²⁾						
22	Betriebe	Anzahl	254	262	263	258
23	Beschäftigte	Anzahl	8 275	8 682	8 786	8 939
24	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	2 870	3 073	3 112	3 126
25	Bruttolohn- und - gehaltssumme	Tsd. Euro	43 863	47 259	49 182	50 867
26	Umsatz	Tsd. Euro	187 612	191 164	211 717	207 836
27	Ausbaugewerblicher Umsatz	Tsd. Euro	178 781	183 480	203 803	199 809
28	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	33	33	33	35
29	Bruttolohn und - gehalt je Beschäftigten	Euro	5 301	5 443	5 598	5 690
30	Umsatz je Beschäftigten	Euro	22 674	22 018	24 098	23 251

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten - 2) Quartalsangaben

Zahlenspiegel

2009				2010									Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
556	.	.	571	.	.	576	.	.	575	.	.	569	1
24 758	.	.	24 515	.	.	23 592	.	.	24 869	.	.	25 001	2
824 618	.	.	868 194	.	.	360 149	.	.	684 719	.	.	803 350	3
299	313	315	315	315	314	314	312	313	313	313	311	308	4
15 640	16 148	16 078	15 650	14 515	14 271	14 725	15 274	15 484	15 652	15 763	15 727	15 721	5
2 032	2 036	1 896	1 289	578	621	1 408	1 772	1 718	2 007	1 961	1 978	2 039	6
174	174	160	105	42	46	110	136	150	173	179	175	184	7
709	723	674	494	240	263	566	686	681	777	731	753	764	8
1 149	1 139	1 061	689	296	312	732	951	887	1 057	1 051	1 051	1 091	9
36 780	38 697	39 191	35 305	25 407	21 750	28 960	34 800	34 958	38 170	37 712	36 905	37 087	10
206 959	223 698	212 171	174 917	48 451	47 890	101 426	138 713	147 925	192 163	187 096	186 809	199 792	11
204 706	221 206	209 337	172 500	47 381	46 851	99 673	136 543	145 686	189 835	184 971	184 123	197 206	12
11 918	14 150	12 046	14 923	3 550	2 276	6 774	11 423	12 433	14 060	13 330	12 691	15 113	13
59 608	68 737	68 886	53 877	17 988	15 791	34 342	43 926	47 340	64 928	55 697	58 510	65 441	14
133 180	138 318	128 405	103 699	25 844	28 784	58 558	81 194	85 912	110 847	115 944	112 922	116 651	15
119,3	77,6	72,3	111,4	49,8	51,2	103,5	97,3	98,5	97,4	123,1	92,6	103,5	16
180 997	117 982	109 556	167 549	75 332	76 903	156 729	146 743	151 481	149 892	187 967	143 051	159 066	17
1 013 111	.	.	935 455	.	.	1 086 833	.	.	1 060 130	.	.	986 129	18
52	52	51	50	46	45	47	49	49	50	50	51	51	19
2 352	2 396	2 438	2 256	1 750	1 524	1 967	2 278	2 258	2 439	2 392	2 347	2 359	20
13 233	13 853	13 196	11 177	3 338	3 356	6 888	9 082	9 553	12 277	11 869	11 878	12 709	21
257	.	.	256	.	.	262	.	.	262	.	.	261	22
9 118	.	.	8 865	.	.	8 867	.	.	9 217	.	.	9 280	23
3 330	.	.	3 121	.	.	2 997	.	.	3 218	.	.	3 435	24
51 640	.	.	53 482	.	.	48 586	.	.	52 018	.	.	54 391	25
224 243	.	.	257 408	.	.	162 383	.	.	205 918	.	.	229 654	26
216 012	.	.	247 706	.	.	154 815	.	.	197 270	.	.	221 401	27
35	.	.	35	.	.	34	.	.	35	.	.	36	28
5 663	.	.	6 033	.	.	5 479	.	.	5 644	.	.	5 861	29
24 593	.	.	29 036	.	.	18 313	.	.	22 341	.	.	24 747	30

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
Bautätigkeit						
1	Gemeldete Baugenehmigungen ¹⁾	Anzahl	472	388	375	378
2	Wohngebäude	Anzahl	354	272	247	263
3	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	47 797	39 710	37 832	40 820
4	Wohnfläche	1000 m ²	39	31	29	31
5	Nichtwohngebäude	Anzahl	118	116	128	114
6	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	53 098	46 500	59 434	45 779
7	Nutzfläche	1000 m ²	66	58	73	51
8	Wohnungen insgesamt	Anzahl	317	282	227	272
9	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 690	1 313	1 159	1 289
10	Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude	Anzahl	258	198	192	192
11	Wohngebäude	Anzahl	193	131	120	129
12	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	186	125	114	123
13	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	32 755	24 987	24 453	26 970
14	umbauter Raum	1000 m ³	155	118	111	120
15	Wohnfläche	1000 m ²	29	22	20	22
16	Nichtwohngebäude	Anzahl	65	66	72	63
17	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	38 932	29 843	41 257	28 689
18	umbauter Raum	1000 m ³	383	338	459	290
19	Nutzfläche	1000 m ²	54	49	62	44
20	Wohnungen insgesamt	Anzahl	257	200	184	201
21	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 322	993	901	969
Handel und Gastgewerbe						
Außenhandel						
22	Ausfuhr (Spezialhandel)	Tsd. Euro	772 882	888 906	925 532	748 096
Ausfuhr nach Warengruppen						
23	Ernährungswirtschaft	Tsd. Euro	30 504	39 657	46 958	46 331
24	Gewerbliche Wirtschaft	Tsd. Euro	728 013	804 437	866 362	655 661
25	davon Rohstoffe	Tsd. Euro	7 525	8 020	10 139	7 843
26	Halbwaren	Tsd. Euro	43 871	48 159	50 813	36 520
27	Fertigwaren	Tsd. Euro	676 618	748 258	805 410	611 297
Ausfuhr nach ausgewählten Ländern						
28	Frankreich	Tsd. Euro	71 970	77 054	78 227	61 294
29	Italien	Tsd. Euro	61 156	73 145	65 174	52 111
30	Vereinigte Staaten	Tsd. Euro	56 907	58 257	57 761	41 645
31	Vereinigtes Königreich	Tsd. Euro	51 075	80 662	76 487	87 381
32	Niederlande	Tsd. Euro	48 389	51 708	53 531	39 857
33	Österreich	Tsd. Euro	41 048	43 841	49 589	37 998
34	Ausfuhr in EU- Länder (EU- 27)	Tsd. Euro	529 104	619 132	626 798	512 840
35	Einfuhr (Generalhandel)	Tsd. Euro	501 866	600 349	607 099	479 868
Einfuhr nach Warengruppen						
36	Ernährungswirtschaft	Tsd. Euro	41 707	39 710	41 790	43 193
37	Gewerbliche Wirtschaft	Tsd. Euro	442 942	513 209	543 078	380 716
38	davon Rohstoffe	Tsd. Euro	15 276	22 642	32 121	28 547
39	Halbwaren	Tsd. Euro	21 545	26 853	30 219	15 577
40	Fertigwaren	Tsd. Euro	406 121	463 714	480 737	336 591
Einfuhr nach ausgewählten Ländern						
41	Volksrepublik China	Tsd. Euro	90 460	104 613	106 272	48 807
42	Spanien	Tsd. Euro	38 598	43 456	34 339	28 396
43	Polen	Tsd. Euro	36 673	47 544	40 116	30 141
44	Österreich	Tsd. Euro	32 037	37 474	35 812	29 885
45	Italien	Tsd. Euro	31 585	49 403	45 534	43 010
46	Niederlande	Tsd. Euro	28 583	34 283	34 238	30 539
47	Einfuhr aus EU- Ländern (EU- 27)	Tsd. Euro	308 126	376 254	371 285	327 910

1) einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

Zahlenspiegel

2009				2010									Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
462	344	347	412	289	245	386	352	385	476	427	416	392	1
328	231	242	282	181	157	280	252	270	321	304	296	275	2
45 619	37 046	35 247	49 684	26 774	28 379	46 989	42 475	40 727	50 178	44 878	45 397	46 999	3
36	21	30	39	18	16	31	31	28	35	36	36	32	4
134	113	105	130	108	88	106	100	115	155	123	120	117	5
57 204	40 033	61 295	48 974	37 213	41 058	38 137	69 343	41 369	93 392	49 506	52 527	42 414	6
68	51	35	98	33	26	47	63	69	117	52	54	51	7
316	119	276	376	162	99	258	240	203	256	258	292	295	8
1 610	682	1 320	1 823	769	587	1 260	1 311	1 093	1 550	1 461	1 542	1 410	9
230	168	179	204	144	117	214	188	207	254	215	238	215	10
154	99	126	144	82	71	156	133	135	159	151	170	145	11
146	96	117	133	79	69	146	124	134	153	145	162	139	12
29 965	19 271	24 946	36 031	15 672	13 276	33 728	27 621	26 030	34 929	30 722	35 741	33 358	13
134	82	111	156	66	55	143	123	111	153	132	160	142	14
25	15	21	28	13	11	27	22	21	24	25	29	25	15
76	69	53	60	62	46	58	55	72	95	64	68	70	16
36 062	31 428	31 131	24 885	21 335	20 776	20 272	54 084	34 494	67 379	28 098	34 787	29 850	17
310	310	171	424	190	106	269	364	590	1 069	381	324	269	18
54	49	31	68	26	20	36	59	63	109	41	47	43	19
225	126	176	249	100	91	236	201	151	184	192	249	228	20
1 096	655	933	1 279	542	462	1 167	989	870	1 140	1 103	1 279	1 163	21
751 067	835 019	796 387	740 874	732 747	763 318	928 271	887 936	893 738	1 087 433	917 054	901 547	970 410	22
49 621	53 500	52 939	51 302	49 312	52 783	54 393	45 597	47 344	54 234	48 147	51 267	58 535	23
658 470	738 108	702 335	650 319	643 788	668 598	823 858	798 536	800 592	982 072	821 636	807 629	861 196	24
8 974	9 381	7 457	5 940	5 877	6 521	7 586	8 633	7 357	9 579	7 205	5 951	9 010	25
35 493	37 412	38 399	46 756	34 446	42 944	48 733	48 744	44 557	63 606	49 204	42 178	60 483	26
614 003	691 315	656 480	597 622	603 465	619 134	767 539	741 158	748 678	908 887	765 227	759 500	791 704	27
60 398	65 402	66 961	60 610	66 341	60 548	71 417	73 041	75 512	101 914	88 170	59 997	80 935	28
51 642	47 490	61 822	45 520	54 632	64 918	66 316	56 164	58 863	70 617	63 905	45 555	72 307	29
39 818	43 499	43 212	38 673	39 132	36 688	53 676	46 484	44 559	59 490	52 795	54 607	65 835	30
85 267	80 559	75 330	48 663	95 507	76 487	102 037	66 824	72 952	136 828	89 183	66 353	75 351	31
38 935	44 646	39 274	34 412	38 727	39 015	47 934	43 548	47 748	49 961	41 898	43 474	41 373	32
41 498	44 304	39 425	37 236	38 834	42 827	51 981	52 400	55 320	61 573	55 214	50 643	58 190	33
509 404	574 617	530 480	452 469	523 165	524 306	620 536	566 173	586 892	750 472	600 847	526 398	657 202	34
475 442	482 624	455 991	474 449	473 801	502 351	572 269	552 042	578 662	647 119	602 107	570 195	587 426	35
44 031	44 865	37 570	47 741	43 118	45 585	47 850	41 622	41 264	45 848	55 284	52 263	45 654	36
381 082	384 204	370 111	377 055	378 206	400 677	460 703	448 423	474 933	534 871	481 714	458 571	475 415	37
17 479	17 834	17 742	16 881	24 143	27 751	32 973	25 852	29 514	20 471	18 084	16 830	16 507	38
13 816	18 778	18 948	25 421	20 364	22 213	25 224	33 973	30 568	23 998	35 429	31 126	26 216	39
349 786	347 592	333 421	334 753	333 699	350 713	402 506	388 598	414 851	490 402	428 201	410 614	432 691	40
47 051	48 690	50 904	57 178	63 292	48 035	45 941	52 855	50 902	60 763	59 601	58 714	57 053	41
35 020	25 906	28 207	23 678	26 041	31 710	39 119	31 562	29 527	42 163	30 875	21 233	28 380	42
29 483	34 194	27 879	33 420	28 607	26 498	44 031	41 087	45 728	50 532	43 458	40 215	41 984	43
33 311	32 694	29 608	23 014	28 550	34 020	37 095	32 423	37 003	40 225	30 221	32 841	35 196	44
43 921	48 332	42 348	43 814	35 302	45 575	54 224	46 340	48 809	58 210	52 931	48 275	51 392	45
27 200	39 086	27 451	28 896	31 537	30 295	36 158	36 045	42 183	36 585	53 003	46 143	39 714	46
338 714	346 483	315 976	327 256	314 809	348 897	393 388	378 599	413 927	462 044	431 231	404 943	417 566	47

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
Einzelhandel ¹⁾						
1	Beschäftigte	2005 = 100	97,7	96,6	92,8	88,8
	darunter					
2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2005 = 100	97,7	97,5	89,8	86,0
3	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	2005 = 100	91,5	85,9	81,2	79,4
4	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	2005 = 100	94,7	91,8	69,7	59,8
5	sonstiger Facheinzelhandel	2005 = 100	100,1	100,7	105,1	100,0
6	Umsatz ²⁾	2005 = 100	99,9	97,4	92,6	86,9
	darunter					
7	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2005 = 100	97,5	95,0	84,6	75,9
8	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	2005 = 100	97,9	90,9	84,0	80,8
9	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	2005 = 100	95,0	84,6	72,0	67,8
10	sonstiger Facheinzelhandel	2005 = 100	107,2	100,3	107,3	102,9
Gastgewerbe						
11	Beschäftigte	2005 = 100	99,8	98,6	88,8	87,1
	davon					
12	Beherbergung	2005 = 100	102,3	101,8	98,3	95,3
13	Gastronomie	2005 = 100	98,8	97,3	84,7	83,7
14	Umsatz ²⁾	2005 = 100	100,1	96,6	90,3	84,1
	davon					
15	Beherbergung	2005 = 100	101,1	100,2	95,3	91,1
16	Gastronomie	2005 = 100	99,5	94,7	87,8	80,5
Fremdenverkehr						
17	Gästeankünfte	1000	245	261	260	270
18	darunter von Auslandsgästen	1000	16	17	18	18
19	Gästeübernachtungen	1000	692	720	724	740
20	darunter von Auslandsgästen	1000	41	41	40	42
Verkehr						
Kraftfahrzeuge						
21	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	8 108	7 110	6 894	8 811
	darunter					
22	Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	6 894	5 794	5 557	7 802
23	Lastkraftwagen	Anzahl	650	721	704	511
24	Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	369	360	364	292
Straßenverkehrsunfälle						
25	Unfälle insgesamt	Anzahl	4 932	5 006	4 819	4 768
	davon					
26	mit Personenschaden	Anzahl	712	716	658	621
27	mit nur Sachschaden	Anzahl	4 220	4 291	4 161	4 147
28	Getötete Personen	Anzahl	18	16	15	12
29	Verletzte Personen	Anzahl	926	937	853	805
Schienennahverkehr und gewerblicher Omnibuslinienverkehr ^{4) 5)}						
30	Fahrgäste	1000	41 521	39 997	39 082	39 323
31	Beförderungsleistung	1000 Pers.- km	338 228	327 003	321 054	304 097

1) ohne Handel mit Kfz und ohne Tankstellen - 2) Preisbasis 2000 - 3) Quelle: Kraftfahrt- Bundesamt Flensburg - 4) mit mehr als 250 Tsd. beförderten Personen

Zahlenspiegel

2009				2010									Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
88,6	89,3	90,4	90,4	87,9	87,3	87,8	87,9	88,2	88,5	88,4	89,1	89,3	1
85,8	86,7	88,5	88,0	84,6	83,7	83,6	83,4	83,2	83,4	83,4	84,4	85,1	2
77,8	78,6	79,3	80,7	78,0	77,9	79,1	78,6	78,9	78,0	77,1	78,9	79,1	3
59,2	58,8	59,1	59,8	57,1	56,4	56,0	55,0	55,2	56,2	57,9	58,1	56,8	4
99,8	100,1	99,0	99,0	98,5	98,5	101,0	100,3	100,6	101,2	101,0	100,4	100,1	5
85,1	90,6	90,5	104,5	77,2	76,4	91,3	86,2	85,4	86,6	88,1	86,4	86,8	6
71,8	77,3	77,3	94,2	69,5	67,8	78,6	73,4	73,3	72,4	76,8	72,9	71,4	7
78,1	78,7	78,4	94,8	66,4	68,2	80,8	82,2	79,6	82,1	82,6	78,9	76,8	8
70,6	68,0	66,0	64,7	60,9	59,8	69,1	63,4	67,0	71,2	74,5	74,4	71,1	9
104,2	107,0	107,1	104,7	80,1	84,9	114,0	111,8	107,8	106,0	104,4	98,3	103,3	10
89,7	88,3	86,5	86,4	83,1	83,5	83,9	85,8	87,8	87,8	88,8	87,1	87,1	11
99,3	98,1	95,6	96,2	92,4	92,2	91,9	94,1	96,9	97,4	95,1	95,0	95,9	12
85,7	84,3	82,8	82,4	79,3	80,0	80,6	82,5	84,1	83,9	86,3	83,9	83,5	13
90,9	87,6	78,8	91,6	66,9	67,7	75,4	84,1	91,4	87,3	83,0	89,0	87,8	14
104,9	98,9	80,7	98,1	70,2	67,5	71,9	86,8	105,6	95,1	90,6	97,0	100,2	15
84,1	82,1	77,5	88,3	65,1	67,4	76,6	82,5	84,5	83,3	79,2	84,9	81,7	16
329	313	240	233	185	193	222	264	349	335	300	325	350	17
24	17	11	11	9	9	13	16	24	25	35	34	26	18
864	868	607	629	537	578	600	704	896	856	909	893	888	19
57	44	25	24	20	19	28	35	51	52	86	77	55	20
8 317	8 769	7 017	5 551	4 421	4 733	7 984	6 609	6 554	7 805	6 124	6 134	6 840	21
7 350	7 944	6 304	4 778	3 790	4 005	6 468	5 279	5 366	6 550	4 842	5 079	5 756	22
521	545	482	553	425	433	604	587	584	666	616	555	631	23
245	146	69	47	91	154	638	516	354	365	356	264	219	24
4 759	5 140	4 947	5 176	4 917	4 381	4 421	4 330	4 501	4 739	4 560	5 064	4 673	25
711	658	573	558	424	341	477	546	594	724	671	699	591	26
4 048	4 482	4 374	4 618	4 493	4 040	3 944	3 784	3 907	4 015	3 889	4 365	4 082	27
16	11	17	7	12	4	2	13	11	17	9	9	8	28
919	857	717	752	589	443	639	720	740	922	867	890	770	29
35 850	.	.	41 252	.	.	41 794	.	.	38 976	30
278 998	.	.	315 307	.	.	312 708	.	.	298 256	31

- 5) Quartalsangaben

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
Preise						
Preisindex für die Lebenshaltung						
1	Verbraucherpreisindex	2005 = 100	101,7	103,8	106,3	106,4
	davon					
2	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2005 = 100	101,9	105,0	111,7	110,6
3	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2005 = 100	103,1	106,8	109,6	111,9
4	Bekleidung und Schuhe	2005 = 100	99,7	99,8	99,3	99,6
5	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	2005 = 100	103,1	104,7	108,1	108,2
6	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	2005 = 100	100,4	101,8	102,2	103,6
7	Gesundheitspflege	2005 = 100	99,9	101,8	103,3	104,5
8	Verkehr	2005 = 100	102,8	106,8	110,7	108,4
9	Nachrichtenübermittlung	2005 = 100	96,0	94,9	91,8	89,8
10	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2005 = 100	99,9	100,3	100,0	101,4
11	Bildungswesen	2005 = 100	105,1	106,0	105,9	106,6
12	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	2005 = 100	101,5	105,9	106,8	108,4
13	Andere Waren und Dienstleistungen	2005 = 100	101,6	105,2	107,1	108,3
Jahresteuerrate						
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat						
14	Alle privaten Haushalte	%	1,7	2,1	2,4	0,1
	davon					
15	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	1,9	3,0	6,4	- 1,0
16	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	3,1	3,6	2,6	2,1
17	Bekleidung und Schuhe	%	- 0,3	0,1	- 0,5	0,3
18	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	%	3,1	1,6	3,2	0,1
19	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	%	0,4	1,4	0,4	1,4
20	Gesundheitspflege	%	- 0,1	1,9	1,5	1,2
21	Verkehr	%	2,8	3,9	3,7	- 2,1
22	Nachrichtenübermittlung	%	- 4,0	- 1,1	- 3,3	- 2,2
23	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	%	- 0,1	0,4	- 0,3	1,4
24	Bildungswesen	%	5,1	0,9	- 0,1	0,7
25	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	1,5	4,3	0,8	1,5
26	Andere Waren und Dienstleistungen	%	1,6	3,5	1,8	1,1
Baulandpreise						
27	Grundstücksarten insgesamt	Euro je m²	20,46	25,55	21,32	...
	davon					
28	baureifes Land	Euro je m ²	35,80	34,75	30,84	...
29	Rohbauland	Euro je m ²	5,42	6,53	6,67	...
30	sonstiges Bauland	Euro je m ²	10,32	12,32	11,00	...
31	Preisindex für Wohngebäude (Brutto)	2005 = 100	101,9	107,9	110,7	112,2

Zahlenspiegel

2009				2010									Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
106,4	106,2	106,2	107,1	106,5	106,8	107,1	107,1	107,2	107,2	107,6	107,7	107,6	1
108,6	108,1	108,6	109,7	110,7	110,5	111,3	112,7	111,1	112,0	111,7	111,3	111,1	2
113,4	113,3	112,8	112,3	112,6	112,8	112,9	112,9	112,7	113,0	112,8	113,0	112,9	3
100,7	101,7	100,9	102,7	99,7	101,3	102,3	101,9	101,4	100,7	98,8	99,1	105,0	4
108,1	107,9	107,9	107,8	108,2	108,1	108,3	108,5	108,7	108,6	108,7	108,8	109,0	5
103,8	103,2	103,1	103,1	103,1	103,3	103,5	103,1	103,3	103,1	103,2	103,1	103,6	6
104,7	104,4	104,6	104,6	105,0	104,7	104,8	104,7	104,8	104,8	104,8	104,9	105,2	7
109,2	109,1	110,0	110,1	110,7	111,0	111,9	113,1	113,5	113,1	112,9	112,8	112,5	8
89,5	89,5	89,1	89,0	88,8	88,6	88,5	88,5	88,3	88,0	88,1	88,0	87,7	9
101,3	100,9	100,2	104,5	99,3	101,7	101,8	98,9	99,9	100,0	103,0	103,4	101,4	10
106,8	106,8	106,8	106,8	106,8	106,8	107,3	107,3	107,3	107,3	107,3	107,3	107,4	11
107,7	107,1	106,5	112,8	108,1	108,1	108,3	106,8	108,0	109,0	111,8	111,6	108,3	12
108,4	109,0	108,9	108,5	108,0	107,8	107,8	108,1	108,4	108,5	108,7	109,2	109,4	13
- 0,3	- 0,4	0,1	0,7	0,7	0,3	0,8	0,8	0,9	0,7	0,8	0,8	1,1	14
- 2,7	- 2,9	- 2,0	- 1,6	- 1,5	- 2,6	- 1,1	0,8	- 0,2	0,5	1,4	2,3	2,3	15
3,4	3,0	2,3	1,8	2,1	2,5	2,5	2,5	2,1	- 0,2	- 0,4	- 0,6	- 0,4	16
0,5	1,1	0,6	2,9	2,0	2,2	1,4	2,0	2,5	2,4	2,4	1,1	4,3	17
- 0,7	- 1,0	- 0,8	- 0,1	- 0,5	- 0,4	0,0	0,3	0,6	0,4	0,6	0,6	0,8	18
1,8	1,0	0,5	0,3	0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 0,7	- 0,7	- 0,2	19
1,1	0,8	1,0	1,0	1,1	0,6	0,6	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,5	20
- 2,8	- 1,8	2,0	3,8	4,9	4,0	4,9	5,2	5,3	3,3	3,5	2,5	3,0	21
- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 1,8	- 1,9	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 2,0	- 1,8	- 1,8	- 2,0	22
1,3	1,6	0,5	0,4	- 0,1	0,0	0,9	- 2,2	- 0,2	0,2	- 0,4	0,1	0,1	23
0,6	1,2	1,2	1,2	0,6	0,0	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	1,3	0,6	24
1,6	0,9	0,9	1,2	1,4	0,1	1,2	- 0,2	0,3	0,4	0,4	0,9	0,6	25
2,2	1,6	1,4	0,9	0,5	0,0	- 0,1	- 0,1	0,1	0,4	0,3	0,7	0,9	26
19,76	.	.	14,98	.	.	18,95	.	.	23,65	27
28,92	.	.	29,27	.	.	29,29	.	.	29,02	28
4,29	.	.	5,69	.	.	5,55	.	.	4,55	29
10,51	.	.	6,02	.	.	4,48	.	.	11,09	30
.	.	112,5	.	.	112,3	.	.	112,7	.	.	113,1	.	31

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer (ohne Sonderzahlungen)						
<i>Insgesamt vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i>						
1	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	Euro	.	2 418	2 510	2 541
	davon					
2	Produzierendes Gewerbe	Euro	.	2 300	2 385	2 310
3	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	.	2 342	2 965	3 169
4	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	.	2 324	2 404	2 285
5	Energie- und Wasserversorgung	Euro	.	3 714	3 900	4 078
6	Baugewerbe	Euro	.	1 982	2 063	2 137
7	Dienstleistungsbereich	Euro	.	2 508	2 610	2 727
8	Handel ¹⁾	Euro	.	2 115	2 195	2 241
9	Gastgewerbe	Euro	.	1 441	1 438	1 422
10	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Euro	.	2 177	2 256	2 289
11	Kredit- und Versicherungsgewerbe	Euro	.	3 202	3 350	3 530
12	Grundstücks- und Wohnungswesen ²⁾	Euro	.	2 881	2 951	3 055
13	Öff. Verw., Verteidig., Sozialversicherung	Euro	.	2 776	2 918	3 051
14	Erziehung und Unterricht	Euro	.	3 504	3 672	3 851
15	Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	Euro	.	2 919	3 056	3 131
16	Erbr. v. sonst. öff. u. pers. Dienstleistungen	Euro	.	1 968	2 031	2 013
<i>Insgesamt teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i>						
17	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	Euro
	davon					
18	Produzierendes Gewerbe	Euro
19	Bergbau und Gewinnung v. Steinen u. Erden	Euro
20	Verarbeitendes Gewerbe	Euro
21	Energie- und Wasserversorgung	Euro
22	Baugewerbe	Euro
23	Dienstleistungsbereich	Euro
24	Handel ¹⁾	Euro
25	Gastgewerbe	Euro
26	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Euro
27	Kredit- und Versicherungsgewerbe	Euro
28	Grundstücks- und Wohnungswesen ²⁾	Euro
29	Öff. Verw., Verteidig., Sozialversicherung	Euro
30	Erziehung und Unterricht	Euro
31	Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	Euro
32	Erbr. v. sonst. öff. u. pers. Dienstleistungen	Euro

1) sowie Instandhaltung und Reparaturen von Kfz. und Gebrauchsgütern - 2) sowie Vermietung bewegl. Sachen, Erbringung von wirtschaftl. Dienstleistungen, a.n.g.

Zahlenspiegel

2009				2010								Lfd. Nr.	
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
2 397	.	.	2 420	.	.	2 439	.	.	2 477	1
2 187	.	.	2 206	.	.	2 181	.	.	2 267	2
2 653	.	.	2 545	.	.	2 997	.	.	3 072	3
2 143	.	.	2 168	.	.	2 174	.	.	2 238	4
3 647	.	.	3 637	.	.	3 681	.	.	3 715	5
2 147	.	.	2 154	.	.	1 930	.	.	2 153	6
2 565	.	.	2 591	.	.	2 644	.	.	2 646	7
2 102	.	.	2 091	.	.	2 063	.	.	2 092	8
1 380	.	.	1 399	.	.	1 393	.	.	1 406	9
2 152	.	.	2 157	.	.	2 189	.	.	2 197	10
3 026	.	.	3 049	.	.	3 069	.	.	3 090	11
2 719	.	.	2 721	.	.	2 702	.	.	2 719	12
2 943	.	.	2 957	.	.	3 004	.	.	3 013	13
3 722	.	.	3 742	.	.	3 874	.	.	3 846	14
2 968	.	.	2 968	.	.	2 961	.	.	2 981	15
1 932	.	.	1 939	.	.	1 958	.	.	2 000	16
1 722	.	.	1 728	.	.	1 750	.	.	1 761	17
1 183	.	.	1 190	.	.	1 143	.	.	1 199	18
1 487	.	.	1 404	.	.	1 549	.	.	1 588	19
1 123	.	.	1 146	.	.	1 116	.	.	1 163	20
2 466	.	.	2 477	.	.	2 517	.	.	2 568	21
.	.	.	1 192	.	.	1 062	.	.	1 164	22
1 771	.	.	1 778	.	.	1 804	.	.	1 811	23
1 235	.	.	1 234	.	.	1 244	.	.	1 247	24
784	.	.	800	.	.	800	.	.	810	25
1 443	.	.	1 474	.	.	1 500	.	.	1 525	26
2 090	.	.	2 086	.	.	2 061	.	.	2 083	27
1 990	.	.	1 944	.	.	1 960	.	.	1 951	28
2 159	.	.	2 165	.	.	2 184	.	.	2 193	29
2 565	.	.	2 579	.	.	2 667	.	.	2 650	30
1 685	.	.	1 689	.	.	1 694	.	.	1 710	31
1 203	.	.	1 228	.	.	1 227	.	.	1 220	32

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Jahresangaben			
Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾						
Ausgaben						
1	Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Mill. Euro	4 305	4 366	4 515	4 750
2	je Einwohner	Euro	1 853	1 898	1 982	2 104
darunter						
3	Personalausgaben	Mill. Euro	1 110	1 106	1 187	1 257
4	je Einwohner	Euro	478	481	521	557
5	Laufender Sachaufwand	Mill. Euro	764	775	806	846
6	je Einwohner	Euro	329	337	354	375
7	Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	Mill. Euro	1 955	2 083	2 148	2 204
8	je Einwohner	Euro	842	905	943	977
9	Sachinvestitionen	Mill. Euro	694	668	689	786
10	je Einwohner	Euro	299	290	302	348
davon						
11	Baumaßnahmen	Mill. Euro	604	591	582	695
12	je Einwohner	Euro	260	257	255	308
13	Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen	Mill. Euro	90	76	107	91
14	je Einwohner	Euro	39	33	47	40
Einnahmen						
15	Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Mill. Euro	4 487	4 635	4 797	4 771
16	je Einwohner	Euro	1 932	2 015	2 106	2 114
darunter						
17	Steuern (netto) u. steuerähnliche Einnahmen	Mill. Euro	895	992	1 163	1 001
18	je Einwohner	Euro	385	431	510	444
darunter						
19	Grundsteuer A und B	Mill. Euro	178	176	177	177
20	je Einwohner	Euro	77	77	78	78
21	Gewerbsteuer (netto)	Mill. Euro	426	469	544	414
22	je Einwohner	Euro	183	204	239	184
23	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Mill. Euro	214	262	354	324
24	je Einwohner	Euro	92	114	155	143
25	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Mill. Euro	66	74	77	75
26	je Einwohner	Euro	28	32	34	33
27	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	Mill. Euro	562	597	592	599
28	je Einwohner	Euro	242	260	260	265
29	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse ²⁾	Mill. Euro	2 808	2 935	3 023	3 197
30	je Einwohner ²⁾	Euro	1 209	1 276	1 327	1 416
31	Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen	Mill. Euro	536	482	388	425
32	je Einwohner	Euro	231	210	170	188
33	Finanzierungsaldo	Mill. Euro	183	269	282	21
34	je Einwohner	Euro	79	117	124	9
35	Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums ³⁾	Mill. Euro	2 715	2 597	2 457	2 346
36	je Einwohner ³⁾	Euro	1 169	1 129	1 079	1 039

1) Angaben kumulativ - 2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich - 3) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden

Zahlenspiegel

2009				2010									Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
3 343	.	.	4 750	.	.	1 052	1
1 467	.	.	2 104	.	.	466	2
895	.	.	1 257	.	.	296	3
393	.	.	557	.	.	131	4
602	.	.	846	.	.	203	5
264	.	.	375	.	.	90	6
1 647	.	.	2 204	.	.	551	7
723	.	.	977	.	.	244	8
461	.	.	786	.	.	94	9
202	.	.	348	.	.	42	10
405	.	.	695	.	.	78	11
178	.	.	308	.	.	35	12
55	.	.	91	.	.	16	13
24	.	.	40	.	.	7	14
3 458	.	.	4 771	.	.	1 088	15
1 518	.	.	2 114	.	.	482	16
694	.	.	1 001	.	.	149	17
305	.	.	444	.	.	66	18
139	.	.	177	.	.	42	19
61	.	.	78	.	.	19	20
344	.	.	414	.	.	95	21
151	.	.	184	.	.	42	22
163	.	.	324	.	.	8	23
72	.	.	143	.	.	3	24
38	.	.	75	.	.	1	25
17	.	.	33	.	.	1	26
433	.	.	599	.	.	129	27
190	.	.	265	.	.	57	28
2 466	.	.	3 197	.	.	856	29
1 082	.	.	1 416	.	.	379	30
206	.	.	425	.	.	60	31
90	.	.	188	.	.	27	32
115	.	.	21	.	.	36	33
50	.	.	9	.	.	16	34
2 352	.	.	2 346	.	.	2 320	35
1 033	.	.	1 039	.	.	1 028	36

Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Jahresangaben			
	Geld und Kredit ¹⁾					
	Kredite und Einlagen ²⁾					
1	Kredite an Nichtbanken	Mill. Euro	24 639	24 480	24 214	25 221
	davon					
2	kurzfristige Kredite	Mill. Euro	2 036	1 976	1 988	1 750
3	mittelfristige Kredite	Mill. Euro	1 886	1 513	1 359	1 435
4	langfristige Kredite	Mill. Euro	20 717	20 991	20 867	22 036
5	darunter an inländische Nichtbanken	Mill. Euro	24 529	24 359	24 052	24 848
	davon					
6	Unternehmen	Mill. Euro	6 489	6 885	7 184	7 371
7	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Mill. Euro	3 810	3 701	3 635	3 900
8	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Mill. Euro	9 146	8 929	8 348	8 774
9	öffentliche Haushalte	Mill. Euro	5 084	4 844	4 885	4 803
10	Einlagen von Nichtbanken	Mill. Euro	26 467	28 066	29 492	30 407
	davon					
11	Sichteinlagen	Mill. Euro	9 846	10 276	11 067	13 833
12	Termineinlagen	Mill. Euro	2 946	3 852	4 433	2 674
13	Sparbriefe	Mill. Euro	2 022	2 326	2 540	1 705
14	Spareinlagen	Mill. Euro	11 653	11 612	11 452	12 195
15	darunter von inländischen Nichtbanken	Mill. Euro	26 339	27 904	29 305	30 247
	davon					
16	Unternehmen	Mill. Euro	3 671	4 034	4 354	5 188
17	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Mill. Euro	1 534	1 672	1 895	1 908
18	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Mill. Euro	19 667	20 513	21 182	21 550
19	öffentliche Haushalte	Mill. Euro	1 467	1 685	1 874	1 601
	Sparverkehr ³⁾					
20	Gutschriften auf Sparkonten	Mill. Euro	1 293	1 322	1 475	1 632
21	Zinsgutschriften	Mill. Euro	200	213	227	188
22	Lastschriften auf Sparkonten	Mill. Euro	1 433	1 341	1 384	1 356
23	Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken	Mill. Euro	11 653	11 612	11 452	12 195
	darunter bei					
24	Großbanken	Mill. Euro	1 253	1 227	1 228	1 359
25	Sparkassen	Mill. Euro	7 866	7 716	7 428	7 951
26	Kreditgenossenschaften	Mill. Euro	1 974	1 890	1 783	1 978
	Insolvenzen					
27	Insolvenzen	Anzahl	4 767	4 580	4 012	4 274
	davon					
28	Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	781	515	547	626
	darunter					
29	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	70	73
30	Baugewerbe	Anzahl	.	.	107	140
31	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	151	160
32	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	84	102
33	übrige Schuldner	Anzahl	3 986	4 065	3 465	3 648
	darunter					
34	natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä.	Anzahl	191	90	75	42
35	ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	Anzahl	754	707	742	720
36	Verbraucher	Anzahl	2 830	3 062	2 434	2 722
37	eröffnete Verfahren	Anzahl	4 318	4 311	3 703	3 968
38	mangels Masse abgelehnte Verfahren	Anzahl	441	253	292	271
39	Annahme Schuldenbereinigungsplan	Anzahl	8	16	17	35
40	voraussichtliche Forderungshöhe	Tsd. Euro	768 113	583 048	738 012	986 211
41	Beschäftigte	Anzahl	2 866	2 918	2 294	3 441

1) Quelle: Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen und Thüringen - 2) am Jahres- bzw. Monatsende - 3) Umsätze im Quartal; Bestand am Jahres- bzw. Monatsende

Zahlenspiegel

2009				2010								Lfd. Nr.	
September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
25 180	.	.	25 221	.	.	25 277	1
1 921	.	.	1 750	.	.	1 773	2
1 356	.	.	1 435	.	.	1 459	3
21 903	.	.	22 036	.	.	22 045	4
24 957	.	.	24 848	.	.	24 887	5
7 343	.	.	7 371	.	.	7 504	6
3 929	.	.	3 900	.	.	3 877	7
8 824	.	.	8 774	.	.	8 731	8
4 861	.	.	4 803	.	.	4 775	9
29 819	.	.	30 407	.	.	30 368	10
13 225	.	.	13 833	.	.	13 859	11
2 933	.	.	2 674	.	.	2 519	12
1 921	.	.	1 705	.	.	1 663	13
11 740	.	.	12 195	.	.	12 327	14
29 668	.	.	30 247	.	.	30 216	15
4 978	.	.	5 188	.	.	5 178	16
1 843	.	.	1 908	.	.	1 833	17
21 149	.	.	21 550	.	.	21 680	18
1 698	.	.	1 601	.	.	1 525	19
1 309	.	.	1 632	.	.	1 261	20
28	.	.	188	.	.	14	21
1 186	.	.	1 356	.	.	1 140	22
11 740	.	.	12 195	.	.	12 327	23
1 321	.	.	1 359	.	.	1 376	24
7 594	.	.	7 951	.	.	8 100	25
1 879	.	.	1 978	.	.	2 011	26
446	384	407	324	351	292	418	316	339	365	381	425	286	27
59	41	42	48	44	44	46	66	52	44	57	58	45	28
3	4	5	10	10	7	5	7	4	7	9	3	5	29
24	13	8	7	7	8	8	13	10	11	11	14	10	30
9	5	10	14	5	13	9	14	14	9	13	14	6	31
8	10	4	7	7	8	7	12	8	8	12	9	10	32
387	343	365	276	307	248	372	250	287	321	324	367	241	33
4	1	1	-	-	-	1	2	1	2	3	1	3	34
93	55	55	56	50	48	75	63	54	64	59	47	36	35
284	271	296	210	242	192	265	173	220	248	240	306	188	36
422	360	376	299	324	263	388	291	313	339	350	402	269	37
24	20	25	19	19	28	26	24	24	23	27	22	16	38
-	4	6	6	8	1	4	1	2	3	4	1	1	39
212 149	32 774	58 612	49 409	88 256	40 242	95 000	86 863	36 605	33 169	42 139	39 985	31 864	40
143	42	137	310	520	209	203	231	131	148	107	81	173	41

Veröffentlichungen des Thüringer Landesamtes für Statistik im November 2010

Titel	Periodi- zität	Bestell- nummer	Preis in Euro
Statistische Monatshefte, Oktober 2010	m	06 207	5,00
Ergebnisse der tierischen Erzeugung, September 2010	m	01 104	3,75
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Januar 2009 bis August 2010 nach Wirtschaftszweigen	m	07 103	5,00
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Produzierenden Gewerbe, Januar 2007 - August 2010	m	01 102	5,00
Bauhauptgewerbe, Januar 2009 - August 2010	m	02 601	3,75
Gemeldete Baugenehmigungen, September 2010	m	01 409	3,75
Umsatz und Beschäftigte im Handel und Gastgewerbe (Messzahlen und Veränderungsraten) August 2010 - vorläufige Ergebnisse -	m	03 305	3,75
Gäste und Übernachtungen, Juli 2010	m	07 401	6,25
Gäste und Übernachtungen, August 2010	m	01 605	6,25
Straßenverkehrsunfälle, September 2010 - vorläufige Ergebnisse -	m	05 101	6,25
Insolvenzen 1.1. - 31.08.2010	m	09 102	3,75
Verbraucherpreisindex, Oktober 2010	m	12 101	6,25
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 31.03.2010 - vorläufige Ergebnisse -	vj	07 401	6,25
Bevölkerungsvorgänge, 2. Vierteljahr 2010	vj	40 301	3,75
Bevölkerung der Gemeinden am 30.06.2010	hj	01 609	5,00
Kostennachweis der Krankenhäuser 2009	j	05 112	3,75
Berufsbildende Schulen 2009	j	02 201	7,50
Strafgefangene und Verwahrte in den Justizvollzugsanstalten am 31.03.2010	j	10 502	3,75
Tageseinrichtungen für Kinder und öffentlich geförderte Kindertagespflege am 1.3.2010	j	08 102	7,50
Faltblatt „Bevölkerung“, Ausgabe 2010	j	80 107	0,00
Faltblatt „Ausländische Bevölkerung“, Ausgabe 2010	j	80 111	0,00
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 30.6.1999 - 31.12.2009 - vorläufige Ergebnisse -	u	05 201	7,50

Abkürzungen: m - monatlich; vj - vierteljährlich; hj - halbjährlich; j - jährlich; u - unregelmäßig

